



Jugendamt

Familienbericht für die Stadt Bern

Potentiale von Familien
erkennen und nutzen

Die finanzielle
Situation
von Familien
verbessern

Die Vereinbarkeit
von Familie
und Beruf
fördern

Bern als Familienstadt fördern



Herausgeberin:
Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Jugendamt

Verfasser:
Prof. Dr. Dieter Haller
Berner Fachhochschule, Fachbereich Soziale Arbeit

Grafik und Layout:
Hans Peter Wermuth, infopub, Bern
Titelbild unter Verwendung einer Fotografie
des Forums Familie stark machen, BRD

Bezugsadresse:
Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Jugendamt
Effingerstrasse 21
Postfach
3001 Bern
Tel. 031 321 75 63
Fax 031 321 75 65
jugendamt@bern.ch

Preis der gedruckten Version: Fr. 35.–
Online: www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/jga

Copyright:
Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern, Jugendamt
Bern 2008
Abdruck – ausser für kommerzielle Zwecke – unter Angabe der Quelle gestattet

Vorwort

Familie ist selbstverständlich, allgegenwärtig, als kleinster sozialer Raum jeder und jedem durch Abstammung zugeordnet, nach dem Zufallsprinzip und mit allen damit verbundenen Chancen und Risiken. Sie wurde in der Schweiz seit jeher als privater Lebensbereich betrachtet und wird auch heute weitgehend als solcher behandelt. Der Staat beteiligt sich nur insoweit, als dies aus rechtlichen Gründen – zum Beispiel im Rahmen des Personen- und Familienrechts oder aus Gründen der sozialen Sicherheit – nötig ist. In Zukunft wird mehr öffentliches Engagement im Interesse von starken und handlungsfähigen Familien nötig sein.

Der gesellschaftliche Wandel macht vor der Familie nicht halt. Die demografische und die wirtschaftliche Entwicklung, die Steigerung der Lebenshaltungskosten, Individualisierung und Pluralität von Wertvorstellungen, bewusster Lebensgestaltung mit Setzen von persönlichen Prioritäten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Änderung der Haushaltstrukturen und der Familienformen, Familien mit Migrationshintergrund, Integration und Chancengleichheit werden auch in diesem Zusammenhang zu gesellschaftlichen Herausforderungen. In den letzten Jahren ist deshalb die Bedeutung der Familien in den Parlamenten von Bund, Kanton und Gemeinden ernsthaft thematisiert worden. Die Leistungen der Familien für die Gesellschaft werden besser wahrgenommen. Familien sind das erste soziale Netz, vermitteln Geborgenheit und primäre Bildung, gewährleisten Entwicklung, wirtschaftliche Sicherheit und Fürsorge. Mit diesen Voraussetzungen investieren Familien mit ihren privaten Ressourcen wesentlich in die gesellschaftliche Erneuerung, die zukünftigen Generationen, und übernehmen damit Verantwortung für den Erhalt und die Förderung des Wohlstandes in unserem Land.

Damit Familien diese gesellschaftspolitisch bedeutsame Verantwortung auch in Zukunft autonom wahrnehmen können, brauchen sie günstige Rahmenbedingungen, auch in der Stadt Bern. Aus diesem Grund hat der Sozialbericht 2008 der Stadt Bern in Aussicht gestellt, die Lage der Familien in einem Familienbericht vertieft zu analysieren mit dem Ziel, Bern als Familienstadt mit geeigneten Massnahmen noch besser zu positionieren. Damit wird auch einem Postulat entsprochen, das der Stadtrat am 26. Mai 2005 erheblich erklärt hat. Unter der Federführung des Jugendamts wurde die Berner Fachhochschule, Fachbereich Soziale Arbeit, mit der Ausarbeitung eines Berichts samt Empfehlungen beauftragt.

Ich freue mich, Ihnen mit dem vorliegenden Familienbericht eine spannende Studie mit überraschenden Fakten und Einsichten sowie einer frischen Sicht auf die Chancen der kommunalen Familienpolitik im Allgemeinen und auf jene der Stadt Bern im Besondern zur Verfügung zu stellen. Der Bericht konzentriert sich nach einer allgemeinen Einführung auf die vier Kernthemen «Potentiale von Familien erkennen und nutzen», «Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern», «Die finanzielle Situation von Familien verbessern» sowie «Bern als Familienstadt fördern» und schliesst mit einer Synthese zum familienpolitischen Profil der Zukunft und zehn familienpolitischen Empfehlungen an die Stadt Bern. Die Dynamik des Berichts gründet auf der Vielfalt im methodischen Vorgehen: Ansätze der Familiensoziologie und Einschätzungen von Expertinnen und Experten werden kombiniert mit Zahlen und Fakten aus Statistiken und aus der Einwohnerinnen- und Einwohner-Befragung aus dem Jahr 2007 sowie einer Erhebung der Angebote für Familien in der Stadt Bern.

Der Bericht vermittelt ein buntes und prägnantes Bild der heutigen Situation für die Familien in der Stadt Bern, zeigt Erreichtes und Stärken auf, weist aber auch auf Lücken und Probleme hin. Familien leisten viel für die einzelnen Angehörigen, aber auch für das Gemeinwohl und das Zusammenleben in der Stadt Bern generell. Familien gebührt dafür Anerkennung und bedarfsgerechte Förderung und Unterstützung. Mit dem Bericht liegt nun eine systematische Grundlage vor, um über familienpolitische Massnahmen zu diskutieren und entscheiden.

Ich danke allen beteiligten Personen und Institutionen herzlich für ihre wertvolle Mitarbeit am Familienbericht, der Fachhochschule Bern für die operative Projektleitung, der Begleitgruppe und den Expertinnen und Experten für die fachliche Unterstützung und dem Jugendamt für die sorgfältige Betreuung des Projekts. ■

Edith Olibet, Gemeinderätin
Direktorin für Bildung, Soziales und Sport
der Stadt Bern

Projektorganisation

Projektleitung

Prof. Dr. Dieter Haller, Berner Fachhochschule, Fachbereich Soziale Arbeit
Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen:
Eveline Althaus, lic. phil.
Nives Mlakar, lic. phil.

Begleitgruppe

Jürg Haerberli, Leiter Jugendamt der Stadt Bern (Vorsitz)
Dr. med. Ursula Ackermann, Leiterin Gesundheitsdienst der Stadt Bern
Desirée Aebersold, Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern
Regula Buchmüller, Leiterin Abteilung Stadtentwicklung der Stadt Bern
Dr. Pascal Coullery, Stv. Generalsekretär, Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
Susana Fankhauser-Pérez de León, Fachkommission für Integration der Stadt Bern
Ruedi Fink, Jugendamt der Stadt Bern
Irene Hänsenberger, Leiterin Schulamt der Stadt Bern
Dr. Michael Hohn, Leiter Sozialamt der Stadt Bern
Renate Kohler, Generalsekretärin Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern
Dr. Lucrezia Meier-Schatz, Geschäftsführerin Pro Familia Schweiz, Nationalrätin
Dr. Marc Stampfli, Leiter Bereich Familienfragen, Bundesamt für Sozialversicherungen
Franziska Zimmermann, Leiterin Personalamt der Stadt Bern
Thomas Weber, Abteilung Stadtentwicklung, Statistikdienste der Stadt Bern

Projektbetreuung Jugendamt

Ruedi Fink, Stabsstelle Betriebswirtschaft, Stv. Abteilungsleiter

Inhalt

Teil 1	Einführung	4
1	Grundlagen zu Familie und Familienpolitik	4
2	Familienhaushalte in der Stadt Bern	7
3	Inhaltliche und methodische Ausrichtung der thematischen Vertiefungen	8
Teil 2	Potentiale von Familien erkennen und nutzen	10
4	Potentiale von Familien als familienpolitisches Kernthema	10
5	Potentiale von Familien erkennen und nutzen: Grundlagen und Entwicklungen	11
6	Auf Potentiale und Defizite von Familien ausgerichtete Angebote in der Stadt Bern	14
7	Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten	20
8	Zwischenfazit	22
Teil 3	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern	23
9	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als familienpolitisches Kernthema	23
10	Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Grundlagen und Entwicklungen	24
11	Familienergänzende Tagesbetreuung: Angebot und Nachfrage in der Stadt Bern	27
12	Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten	29
13	Zwischenfazit	32
Teil 4	Die finanzielle Situation von Familien verbessern	33
14	Die finanzielle Situation von Familien als familienpolitisches Kernthema	33
15	Die finanzielle Situation von Familien verbessern: Grundlagen und Entwicklungen	34
16	Leistungen an arme und einkommensschwache Familien	34
17	Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung	36
18	Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten	37
19	Zwischenfazit	38
Teil 5	Bern als Familienstadt fördern	39
20	Die Verbesserung der Wohninfrastruktur und des Wohnumfeldes als familienpolitisches Kernthema	39
21	Bern als Familienstadt: Grundlagen und Entwicklungen	40
22	Stadtentwicklung und Angebote zur Wohnbau- und Wohnumfeldverbesserung	41
23	Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung	45
24	Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten	46
25	Zwischenfazit	48
Teil 6	Synthese: Zum familienpolitischen Profil der Zukunft	49
Teil 7	Zehn familienpolitische Empfehlungen für die Stadt Bern	53
	Literaturverzeichnis	54
Anhang	1 Liste der zur Erarbeitung des Familienberichtes befragten Expertinnen und Experten	57
	2 Liste wichtiger Beratungsangebote für Familien auf dem Platz Bern	58
	3 Ergebnisse Bevölkerungsbefragung 2007 – Thema Lebensqualität	61
	4 Ergebnisse Bevölkerungsbefragung 2007 – Beurteilung politischer Massnahmen	62

Teil 1 Einführung

1 Grundlagen zu Familie und Familienpolitik

1.1 Familien

Der Begriff «Familie» löst bei der erwachsenen Bevölkerung aller Sprachregionen der Schweiz positive Assoziationen wie Verantwortung, Liebe, friedliches Zusammenleben, Glück, Verständnis und Spass aus. In der Familie können Menschen existentielle Bedürfnisse wie Geborgenheit, Rückhalt und soziale Sicherheit befriedigen. Zu diesen im April 2008 vorgestellten Ergebnissen kommt der erste Familienmonitor der Zeitschrift «Beobachter». Der Zürcher Familiensoziologe Beat Fux kommentiert an derselben Stelle: «Die Institution Familie ist das Fundament jedes Zusammenlebens, und das dürfte so lange Bestand haben, wie es Menschen geben wird.»¹

In der Schweizerischen Sozialpolitik bezeichnet «Familie» Lebensformen, «die in den Beziehungen von Eltern und Kindern im Mehrgenerationenverbund begründet und gesellschaftlich anerkannt sind».² Diese Begriffsbestimmung erfasst auch die Beziehungen von Erwachsenen mit ihren Eltern und dient damit als Grundlage für eine Familienpolitik, die sich mit Problemstellungen des Zusammenlebens von Familienmitgliedern aller Generationen befasst. Im vorliegenden Familienbericht stehen Familien mit Kindern im Vordergrund, das heisst «Familie» als Form des Zusammenlebens von Eltern oder Elternteilen mit Kindern unter 25 Jahren. Diese Lebensform hat in der Schweiz eine grosse Bedeutung: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in einem Eltern-Kind-Haushalt. Nach wie vor weit verbreitet ist der Haushaltstypus mit Ehepaar und mindestens einem Kind. In dieser Lebensform leben 46.7% der Menschen in der Schweiz. 5.8% der Menschen in der Schweiz leben in einem Haushalt mit einem Elternteil und Kind(ern). Eine weitere Kategorie der Eltern-Kind-Haushalte bilden Konsensualpaare mit Kind(ern) (1.8% der Bevölkerung).³

In der sozialpolitischen Diskussion wird die herausragende gesellschaftliche Bedeutung der Lebensform Familie hervorgehoben. So betonte der Bericht «Familienpolitik in der Schweiz» von 1982 die Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen. Eine wichtige Rolle spielt die hauswirtschaftliche Funktion und die Erziehungs- und Bildungsfunktion: Familien übernehmen die Verantwortung für die Ernährung, Pflege und Erziehung der Kinder. Sie bilden ein wichtiges Lernumfeld, in welchem sie Kinder und Jugendliche auf Lebenslagen in Beruf und Gesellschaft vorbereiten. Weiter haben

Familien eine Integrationsfunktion: In der Familie werden die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und Generationen gelebt und gestaltet. Schliesslich erfüllen Familien eine generative Funktion, indem sie die Erneuerung der Generationen gewährleisten.⁴

Insgesamt fordern die Familiengründung und später das Familienleben Paare zu Entscheidungen heraus. Die Variante als Familie mit Kindern zu leben, muss vor allem mit den Anforderungen der Wettbewerbsgesellschaft vereinbar werden. Diese fordert eine flexible Leistungsbereitschaft im Erwerbsleben. Wie diese beruflichen Herausforderungen mit der Erziehungs- und Hausarbeit vereinbar werden können, ist eine der zentralen Fragen, die sich Paaren vor der Gründung einer Familie mit Kindern und auch in späteren Phasen stellt, wenn weitere Kinder folgen. Seit den 1980er-Jahren fand in der Schweiz eine Verschiebung vom sogenannten traditionellen bürgerlichen Familienmodell zum modernisierten bürgerlichen Familienmodell statt.⁵ Während vor 30 Jahren in Familien mit Schulkindern der Mann in der Regel vollzeitig erwerbstätig und die Frau nicht erwerbstätig war, ist heute in etwa der Hälfte der Paarhaushalte mit Kindern im Schulalter der Vater vollzeitig erwerbstätig und die Mutter geht einer Teilzeitarbeit nach.⁶

Die bisherigen Ausführungen zeigen verschiedene Ansatzpunkte, den Begriff «Familie» zu definieren. Je nach Kontext werden Strukturmerkmale oder gesellschaftliche Funktionen von Familien in den Vordergrund gestellt. Ein weiterer Ansatz betont, dass Familien auch für ihre einzelnen Mitglieder Leistungen erbringen: Familienmitglieder können sich auf persönliche, teils intime Beziehungen abstützen. Sie profitieren von der gegenseitigen Unterstützung in alltäglichen Tätigkeiten zur Regeneration. Die gemeinsame Haushaltsführung ist materiell günstiger. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Lebensform Familie für ihre Mitglieder attraktiv.⁷

1.2 Wandel der Familie

Im Kontext der Entwicklung der modernen westeuropäischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft fand während der letzten Jahrzehnte ein grundlegender Wandel der Lebensform Familie statt. Die Familiensoziologie fasst diese Entwicklungen mit den Konzepten des ersten und des zweiten demographischen Übergangs zusammen. Kennzeichen des ersten demographischen Übergangs, der ab dem 19. Jahrhundert bis in die 1950er-Jahre andauerte, war eine überwiegend

¹ Beobachter, 18.04.2008, S.57ff

² Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, 2005, S.9

³ EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.26f

⁴ EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.93f; Jans, Habisch, & Stutzer, 2000; Vgl. ausführlicher Kapitel Potentiale von Familien erkennen und nutzen, S.11ff.

⁵ Bühler, 2001

⁶ EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.50ff; Vgl. ausführlicher den Abschnitt Familienmodelle, S. 23ff.

⁷ Strohmeier, Schultz, & Strohmeier, 2005, S.59

verheiratete Bevölkerung und eine durchschnittliche Kinderzahl pro Familie, welche die Balance von Fruchtbarkeit und Sterblichkeit garantierte.⁸ Nach 1965 sank die Geburtenziffer unter zwei Kinder pro Frau. Hinter dieser statistischen Feststellung steht das Phänomen des zweiten demographischen Übergangs, dessen Merkmale bis heute die Situation von Familien kennzeichnen:⁹ Die in der Nachkriegszeit vorherrschende Rollenteilung zwischen Mann und Frau wird abgelöst vom Gedanken der Gleichberechtigung. Die verringerte normative Kontrolle und das Recht auf Selbstverwirklichung fördern die Wahlfreiheit der Lebensformen. Eine Familie mit Kindern zu gründen, wird zu einer möglichen Option unter mehreren. Die Toleranz gegenüber neuen Lebensformen wächst. Das Ehe- und Familienrecht wird liberalisiert. Dieser Wertewandel verändert die Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder:

- Die Pluralisierung der Paarbeziehung breitet sich aus (Beziehung als Mittel zur Selbstverwirklichung, Verbreitung nichtehelicher Lebensformen, grössere Toleranz gegenüber Ehescheidungen)
- Die gesellschaftliche Akzeptanz der Sexualität steigt, insbesondere auch die Akzeptanz von Sexualität ausserhalb der Ehe
- Die Reproduktion ist dank wirkungsvoller Kontrazeptiva aber auch dank technologischer Reproduktionstechnologien besser steuerbar
- Die Verknüpfung von Familie und (teilzeitiger) Erwerbsarbeit wird für Frauen zum meist gelebten Modell

In der Realität unterliegen die genannten Handlungsmöglichkeiten individuellen Beschränkungen. Es gibt Gründe wie berufliche Zwänge oder die Unfruchtbarkeit von Elternteilen, welche die Wahlfreiheit, eine Familie mit Kindern zu gründen, einschränken. Insgesamt ist dennoch zu beobachten, dass sich die Gesellschaft zunehmend in einen Teil, der sich auf eine familiäre Lebensform mit Kindern einlässt und einen Teil, der diese Lebensformen meidet, aufteilt.¹⁰ Eine zweite Polarisierungstendenz ist in «der Spaltung in einen Ehe- und Nichtehesektor» erkennbar. Schliesslich zeigt sich eine Trennlinie zwischen Paaren, welche die traditionelle Form der Teilung von Arbeits- und Berufsleben wählen und jenen Paaren, die sich für ein egalitäres Modell entscheiden. Weiter sind einmal gegründete Familien keine stabilen Gebilde: Jedes fünfte Kind verlässt nicht mehr die ganze Kindheit bei beiden leiblichen Elternteilen. Eineltern-, Fortsetzungs- und Patchworkfamilien sind häufige Formen des Zusammenlebens Erwachsener mit Kindern.¹¹

1.3 Ziele und Formen der Familienpolitik

Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen versteht unter Familienpolitik gesellschaftliche und staatliche Aktivitäten, welche die Gestaltung familialer Aufgaben beeinflussen. Konkret geht es um «die gewollten öffentlichen Aktivitäten, Massnahmen und Einrichtungen, mit denen bezweckt wird, die Leistungen, die Familien erbringen, anzuerkennen, zu fördern oder zu beeinflussen».¹²

Der Soziologe Franz Xaver Kaufmann beschreibt vier Ziele, die mit sozialpolitischen Interventionen angestrebt werden:¹³

- Die Verbesserung des rechtlichen Status von Bevölkerungsgruppen
- Die Vermehrung sozioökonomischer Ressourcen bestimmter Zielgruppen
- Die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten an Elementen der sozialen, räumlichen und sachlichen Umwelt
- Die Verbesserung der Handlungskompetenzen von Zielgruppen

Ausgerichtet auf diese Wirkungsfelder entwickelt Kaufmann eine Typologie der sozialpolitischen Interventionen. Er unterscheidet (1) rechtliche, (2) ökonomische, (3) ökologische und (4) pädagogische Interventionsformen.¹⁴ Diese Konzeptualisierung ist auf ein grosses Echo gestossen und wird verbreitet als Grundlage zur Analyse, Diskussion und Konzeption familienpolitischer Aktivitäten eingesetzt.¹⁵

- 1) Rechtliche familienpolitische Massnahmen zielen auf die Besserstellung eines schwächeren Teils von Gesellschaftsmitgliedern durch die Regelung eines Rechtsverhältnisses. Beispielsweise wurden mit den Revisionen des Kindsrechtes von 1976 und 1998 die Rechte zum Schutz des Kindes bzw. zur Beteiligung der Elternteile bei Ehescheidungen neu geregelt. Im Bereich dieser Interventionsformen ist primär der Staat tätig – in der Schweiz der Bund und die Kantone.
- 2) Auch Interventionen zur Verbesserung der ökonomischen Lage von Familien sind weitgehend ein Aufgabengebiet des Bundes und der Kantone. Über die Steuergesetzgebung werden beispielsweise Familien- und Kinderabzüge geregelt. Die Festlegung von einheitlichen Standards für die Auszahlung von

⁸ Strohmeier, 2002, S.322f

⁹ Das Konzept des Zweiten demographischen Übergangs wurde von de Kaa und Lesthaeghe Mitte der 1980er-Jahre entwickelt und wird hier in der Aufbereitung durch Fux wiedergegeben (Fux, 2005a, S.11ff).

¹⁰ Fux, 2005a, S.13f

¹¹ Bauer, Strub, & Stutz, 2004, S.47ff

¹² Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, 2005, S.9

¹³ Kaufmann, 2005, S.86ff

¹⁴ Kaufmann, 2005, S.89ff

¹⁵ z.B. EDI. Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004; Strohmeier et al., 2006

Kinder- und Ausbildungszulagen auf schweizerischer Ebene (Volksabstimmung über das Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 26. 11. 2006) stellte eine rechtliche Interventionsform mit ökonomischen Folgen für die Zielgruppen dar.

- 3) Sozialökologische Interventionen betreffen den Aufbau von Infrastrukturen und Institutionen, die den spezifischen Bedürfnissen von Familien in den Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen, Arbeit und Ausbildung dienen. In diesem Gebiet verfügen die Gemeinden über einen hohen Handlungsspielraum: Auf der Basis der kantonalen Gesetzgebung gestalten sie das Netz der familienergänzenden Kinderbetreuung, sie regeln operativ die organisatorischen Rahmenbedingungen der Volksschule, sie erstellen eine Bauordnung, sie sichern ein Netz zur notfallmässigen Aufnahme von Opfern, usw.
- 4) Unter die pädagogischen Interventionsformen fallen Angebote, die sich auf die Entwicklung von Kompetenzen von Familienmitgliedern und von Akteurinnen und Akteuren, die Familien unterstützen, ausrichten. Die Leistungen bestehen zum einen aus Informations-, Beratungs- und Schulungsangeboten, die freiwillig beansprucht werden können. Zum andern sind dieser Kategorie auch Interventionen zuzurechnen, mit denen zur Durchsetzung der Rechte von Schwächeren in Familiensysteme eingegriffen wird. Im Familienbericht des EDI werden diese Leistungen der Themenfelder Kinderschutz, Gewalt und sexuelle Ausbeutung, Pflegekinder und Adoption, als «familieninterne Interventionen» bezeichnet.¹⁶ Die pädagogischen Interventionen sind vor allem im Bereich der freiwilligen Information und Beratung ein lokales sozialpolitisches Handlungsfeld.

Kaufmann nennt in seinem Modell summarisch die Grenzen bei der Realisierung familienpolitischer Interventionen.¹⁷ Diese «Realisierungsengpässe» können als Referenzpunkte für die Evaluation bestehender familienorientierter Leistungen und für die Diskussion zukünftiger Entwicklungsschwerpunkte genutzt werden: Die Wirkung der rechtlichen Interventionsform kann daran gemessen werden, ob breite Bevölkerungsteile (z.B. auch Kinder oder Ausländerinnen/Ausländer) das Recht für ihre Interessen mobilisieren können. Der Engpass im ökonomischen familienpolitischen Handlungsfeld besteht in den begrenzten Möglichkeiten der Finanzierung durch die öffentliche Hand und den damit verbundenen Verteilungskämpfen. Bezüglich der sozialökologischen Leistungen stellt sich die Frage, inwiefern die Anbietenden die politisch intendierten Ziele realisieren können. So wird zum Beispiel der Mechanismus beobachtet, dass die primär anvisierten Zielgruppen, nämlich Bevölkerungsteile mit geringen Handlungsmöglichkeiten, die Angebote weniger nutzen als andere. Daraus ist die Frage abzuleiten, inwiefern mit den ökologischen Angeboten die vorgesehenen Zielgruppen erreicht werden? Dieselbe Frage stellt sich bezüglich der pädagogischen Interventionen noch ausgeprägter. In diesem Feld besteht die Intervention aus der schwer steuerbaren Interaktion

zwischen Leistungsanbietenden und -Empfängerinnen/Empfängern. Es wird angenommen, dass Klientinnen und Klienten mit umfassenden Handlungsmöglichkeiten eher Beratungsleistungen beanspruchen als andere.

1.4 Wirkungsmuster der Familienpolitik

Insgesamt stehen die Entwicklungen in den Familien mit dem gesellschaftlichen Wandel in Zusammenhang. Dies gilt auch für die Familienpolitik. Sie muss sich auf die Individuen und gleichzeitig auf die Gesellschaft ausrichten: Sie verbessert die Möglichkeiten, dass sich Menschen den Wunsch nach einer befriedigenden Elternschaft erfüllen können (individuelle Sicht). Dadurch dient sie gleichzeitig dem Aufbau von Humanvermögen und damit einer Voraussetzung für das Funktionieren der Ökonomie und der Gesellschaft.¹⁸ Die Familienpolitik wird im Makrosystem generiert; die angestrebten Wirkungen – z.B. die Förderung von Elternschaft – werden jedoch durch die einzelnen Gesellschaftsmitglieder auf der Mikroebene vollzogen. Die Beeinflussung der Entscheidungen von Gesellschaftsmitgliedern durch sozialpolitische Interventionen ist kein direkt kontrollierbarer Prozess. Strohmeier beschreibt auf der Basis ländervergleichender Analysen ein Wirkungsmodell der Familienpolitik.¹⁹ Für das Verständnis der Prozesse in der Mikrowelt potentieller Eltern sind vier Schlüsselkonzepte relevant, nämlich

- die biografischen Optionen
- allgemeine kulturelle Werte
- die Organisationsformen des Alltagslebens
- die Lebensformen

Hinter dem Konzept der biografischen Optionen steht die erwähnte Tatsache, dass die Elternschaft heute eine Sache der Wahl ist. Die Familienpolitik kann diesen Prozess und das Ergebnis der Wahl einer Lebensform beeinflussen. Es handelt sich um Einflussnahme im Sinne von Förderung oder Einschränkung der Handlungsoptionen. Ländervergleichende Untersuchungen belegen den grossen Einfluss kultureller Werte. Diese wirken einerseits auf die Entscheide und Handlungen der Individuen. Andererseits spiegeln sich Wertehaltungen in der Politik wider, so dass familienpolitische Interventionen als Umsetzung familienbezogener Wertehaltungen in der Form von Institutionen und Dienstleistungen bezeichnet werden können.²⁰ Ein entscheidender Faktor in der Lebenswelt potentieller Eltern ist die Organisationsform ihres Alltagslebens mit Kindern. Wenn potentielle Eltern die Vor- und Nachteile einer Elternschaft abwägen, ist z.B. die Frage, ob das Familien- und Erwerbsleben im Alltag vereinbart werden können, von grosser Bedeutung. Paare überlegen sich (prospektiv), wie sie das Leben als Familie finanziell bewältigen können, usw. So entsteht im Bewusstsein der «familienaktiven» Generation eine Art Musterbild des Familienlebens. Die Familienpolitik kann dieses Musterbild positiv beeinflussen, indem sie Hindernisse für eine Familiengründung aus dem Weg räumt und Ressourcen zur Verfügung stellt. ■

¹⁶ EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.104

¹⁷ Kaufmann, 2005, S.124ff

¹⁸ Strohmeier et al., 2005, S.86

¹⁹ Strohmeier, 2002

²⁰ Strohmeier, 2002, S.346

2 Familienhaushalte in der Stadt Bern

Der Familienbericht für die Stadt Bern befasst sich primär mit Familien, in denen minderjährige Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene unter 25 Jahren leben. Entsprechend dieser Begriffsbestimmung sind Familien für empirische Zwecke als Haushalte operationalisierbar, in welchen Erwachsene zusammen mit bis 24-jährigen Kindern zusammenleben. Abbildung I zeigt, dass diese Haushalte im Jahr 2000 knapp ein Fünftel der 67'115 Haushalte in der Stadt Bern ausmachten. Entlang der Aspekte der Elternschaft und der Partnerschaft sind diese Einheiten mit Kindern bis 24 Jahre²¹ weiter zu differenzieren als

- Haushalte, in welchen Paare mit einem oder mehreren Kindern zusammenleben (76,4%, Ehepaare oder Konsensualpaare; teils mit weiteren Personen)
- Haushalte, in welchen ein Elternteil mit einem oder mehreren Kindern zusammenlebt (23,6%, teils mit weiteren Personen)

ABBILDUNG I

Privathaushalte in der Stadt Bern (Volkszählung 2000)²²

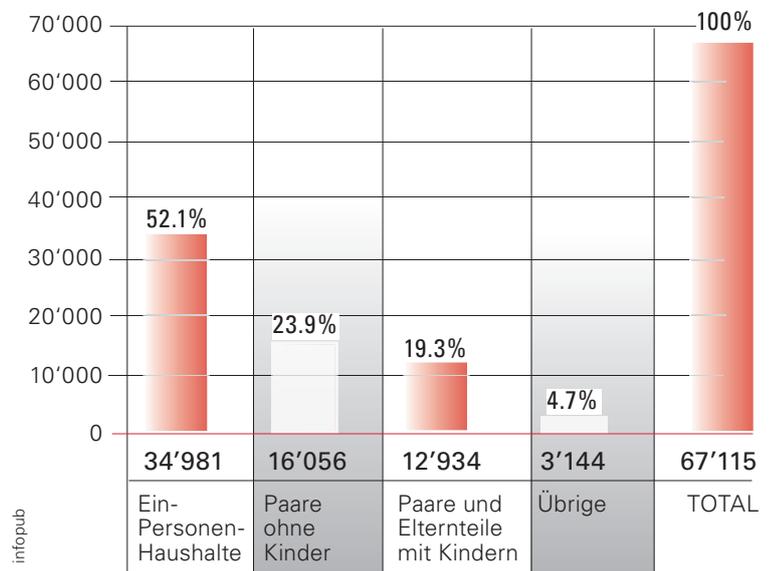


ABBILDUNG II

Privathaushalte in der Stadt Bern, 2000 und 1970 im Vergleich²³

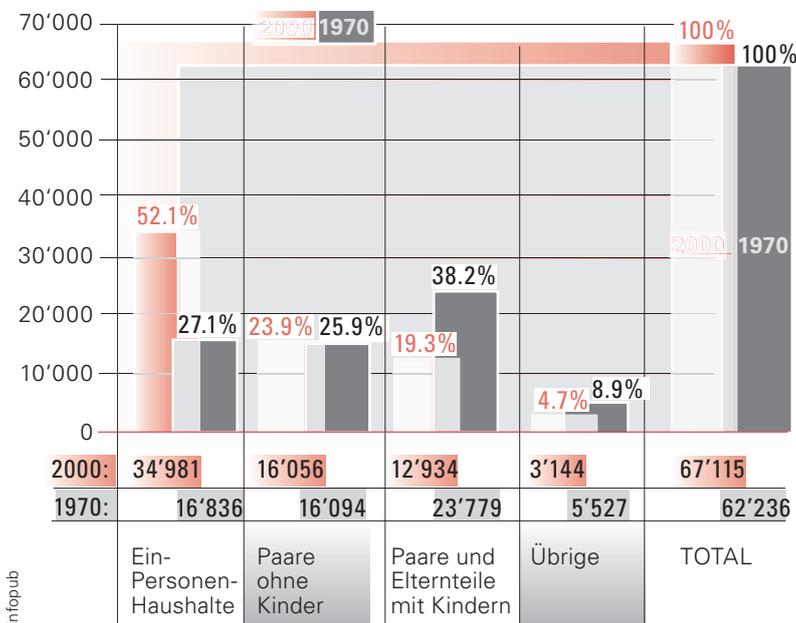


Abbildung II dokumentiert für die Stadt Bern die Abnahme der Familienhaushalte mit Kindern bis 24 Jahre. Von 1970 bis ins Jahr 2000 nahm die gesamte Anzahl Haushalte nur gering zu (weniger als 8%). Gleichzeitig verdoppelte sich jedoch die Anzahl der Einpersonenhaushalte: sie ist heute mit 52,1% die häufigste Haushaltsform. Die Zahl der Haushalte mit Kindern reduzierte sich um fast die Hälfte.

In den letzten 40 Jahren setzte sich insbesondere im städtischen Kontext das Modell der Kleinfamilie, die ausschliesslich aus Elternteilen und Kindern besteht, weiter durch. So reduzierten sich auch in der Stadt Bern die Familienhaushalte, in denen «weitere Personen» leben, zwischen 1970 und 2000 um mehr als 80%.²⁴ Auch die Verkleinerung der Familie lässt sich am Beispiel der Haushaltstrukturen der Stadt Bern aufzeigen: Der häufigste Familientypus sind Elternpaare oder Elternteile mit ein oder zwei Kindern.²⁵ ■

²¹ Die in der Volkszählung gebräuchliche Kategorie der «Familienhaushalte» ist nicht identisch mit der Kategorie der Haushalte, in welchen Elternteile mit Kindern leben. Sie umfasst auch die umfangreiche Haushaltskategorie der Paarhaushalte (Ehe- und Konsensualpaare) sowie die Kategorie der Haushalte, in denen erwachsene Personen mit ihren (betagten) Eltern wohnen. Vgl. auch (Fux, 2005a, S. 8f)

²² Gächter, 2005a, S. 3

²³ Gächter, 2005a, S. 3

²⁴ Gächter, 2005a, S. 3

²⁵ Gächter, 2005a, S. 7

3 Inhaltliche und methodische Ausrichtung der thematischen Vertiefungen

3.1 Inhalte

Ausgangspunkt und Grundlage für den Familienbericht war der ausführliche Bericht des Gemeinderates vom 5. Juli 2006 an den Stadtrat, worin als Antwort auf das erwähnte Postulat Imboden/Röthlisberger die Erstellung eines Familienberichtes befürwortet und begründet wurde. Die inhaltlichen Schwerpunkte für den Familienbericht wurden in der Begleitgruppe und in Absprache mit der Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern (Jugendamt) festgelegt. Den Hintergrund dazu bildeten aktuelle Erkenntnisse aus dem familienpolitischen Diskurs sowie Zahlenmaterial zur Situation von Familien in der Stadt Bern (vgl. oben). Im Folgenden wird das Gewicht der vier gewählten thematischen Schwerpunkte kurz begründet:

Die bisherigen Ausführungen betonen die zentrale Bedeutung der Funktionen und Leistungen von Familien für die Gesellschaft. Familien gewährleisten, dass sich die Gesellschaft generativ erneuert. Sie sorgen für überlebenswichtige Leistungen an Minderjährige wie Obdach, Ernährung und Schutz. Sie sind in ihrer Erziehungsfunktion massgeblich an der Vermittlung sozialer Kompetenzen an Kinder und Jugendliche beteiligt. Trotz dieses hohen gesellschaftlichen Ansehens der Familie geht in der familienpolitischen Auseinandersetzung die Thematik der Potentiale von Familien oft verloren. Als Kontrast dazu wird in diesem Familienbericht als Erstes die Frage bearbeitet, wie sich die städtische Familienpolitik gezielter auf die Potentiale von Familien ausrichten könnte. In Teil 2 werden unter dem Titel «Die Potentiale von Familien erkennen und nutzen» Möglichkeiten und Grenzen der familienpolitischen Einflussnahme in diesem Themenfeld aufgezeigt.

Im Abschnitt «Wandel der Familie» (Seite 7ff) sind einige Gründe genannt, warum sich die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau in der Berufs- und Familienarbeit während der letzten 30 Jahren stark verändert hat. Damit Väter und Mütter Familie und Beruf besser vereinbaren können, werden unter anderem flexible Erwerbsarbeitsmodelle und der Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote gefordert. Da die familienergänzende Betreuung ein gemeinsames Handlungsfeld der Gemeinden und des Kantons ist, wird im Folgenden dem Thema die entsprechende Beachtung geschenkt. Teil 3 ist dem Politikfeld «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» gewidmet.

Eltern tragen die Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnen, Betreuung usw. ihrer Kinder. Dazu kommen die indirekten Kosten, nämlich das entgangene Einkommen der Jahre, während derer Elternteile (meist die Mütter) wegen der Familienarbeit nicht erwerbstätig waren. Der Familienbericht des Eidgenössischen Departements des Innern von 2004 weist darauf hin, dass Familien mit Kindern heute stark armutsgefährdet sind. Bei Paaren mit drei und mehr Kindern und bei Einelfamilien betrug im Jahr 2002 die Armutsquote mehr als 20%. Ausgaben wie Krankenkassenprämien und Mieten, die für Familien überproportional ins Gewicht fallen, stiegen in den letzten Jahren weiter an. Unter dem Titel «Die finanzielle Situation von Familien verbessern» wird in Teil 4 dieser Themenbereich als familienpolitisches Handlungsfeld der Stadt Bern aufgearbeitet.

Bern bietet ein breites modernes Leistungsangebot für Familien an: Eine gut ausgebaute Volksschule mit Ergänzungsangeboten wie Schulsozialarbeit und Tagesschulen sowie ein breit gefächertes Bildungsangebot auf Sekundär- und Tertiärstufe. Dazu kommen die Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit, Sportangebote und fortschrittliche Einrichtungen für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Die Stadt Bern befasst sich seit Jahren in der Quartierplanung, Wohnbauförderung und Wohnumfeldverbesserung mit dem Wohl von Familien. Gerade erst, im April 2008, wurde vom Gemeinderat auf der Basis von Ergebnissen einer Studie die neuste Planungsstrategie zum Wohnungsbau verabschiedet.²⁶ Dennoch muss Bern um «seine Familien» kämpfen: Im Jahr 2000 wurden in der Stadt Bern knapp 13'000 Haushalte mit Kindern gezählt. Dies waren 19.3% der Haushalte. 1970 machte der Anteil Familienhaushalte – bei einer fast gleichen Gesamtanzahl Haushalte – noch mehr als 38% aus. Dieser Widerspruch – negativer Familien-Wanderungssaldo trotz Engagement für Familien – bildet einen der Ausgangspunkte für die familienpolitische Aufgabe «Bern als Familienstadt fördern», die in Teil 5 dargestellt wird.

²⁶ Stadt Bern. Stadtplanungsamt, 2007

3.2 Methodik und Gliederung

Zu den vier genannten inhaltlichen Schwerpunkten «Die Potentiale von Familien erkennen und nutzen», «Vereinbarkeit von Familie und Beruf», «Die finanzielle Situation von Familien verbessern» und «Bern als Familienstadt fördern» werden in den nachfolgenden Berichtsteilen verschiedenste Informationen einbezogen:

1. Zu jedem inhaltlichen Schwerpunkt wird zu Beginn dessen Relevanz als Politikfeld und familienpolitisches Kernthema begründet.
2. Es folgt jeweils ein Kapitel, in welchem aktuelle Herausforderungen und Trends aufgegriffen werden. Wie zur Begründung der Relevanz stützen sich auch diese Ausführungen auf den theoretischen Diskurs in den entsprechenden Fachgebieten sowie auf statistisch aufgearbeitetes Zahlenmaterial.
3. In einzelnen Berichtsteilen werden auch Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 einfließen. Im Auftrag der Stadt Bern wurden im Mai und Juni 2007 etwa 1000 Einwohnerinnen und Einwohner zu den Lebensbedingungen in der Stadt Bern und zur Zufriedenheit mit den Leistungen der Stadt befragt. Da die Thematik Lebensqualität mit besonderer Berücksichtigung des Kriteriums Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Befragung berücksichtigt wurde, ist ein Teil der Ergebnisse für den Familienbericht von besonderem Wert.
4. Stadt und Kanton Bern sowie private Trägerschaften stellen den Familien ein umfassendes Dienstleistungsangebot bereit. Zur Stützung der Potentiale von Familien sind dies beispielsweise Angebote der Jugendhilfe, der Gesundheitsförderung und eine breite Palette spezialisierter Beratungsstellen. Im Themenbereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht mehr wegzudenken. Zu jedem der vier inhaltlichen Schwerpunkte werden die bestehenden Angebote für Familien auf dem Platz Bern im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Familienpolitik beschrieben.

5. Um die Akzente eines zukünftigen familienpolitischen Profils für die Stadt Bern herauszukristallisieren, wurde im Winter 2007/2008 eine Expertenbefragung durchgeführt. Von den 32 angefragten Expertinnen und Experten der Bereiche Wirtschaft, Bildung, Migration, Familiensoziologie, Stadtentwicklung, Gleichstellung und Verwaltung nahmen 30 an der Befragung teil. Die Liste der Befragten findet sich im Anhang 1 (S. 57). Die ExpertInnen wurden zweimal schriftlich befragt. Als Erhebungsinstrumente wurden schriftliche Fragebogen mit standardisierten und offenen Fragen verwendet. Die erste Befragung diente dem Eruiieren, Festlegen und ersten Beurteilen relevanter Ziele und Massnahmen einer städtischen Familienpolitik. In der zweiten Befragung wurden die relevanten Themen inhaltlich weiter differenziert und bewertet. Für die Bearbeitung der zweiten Befragung wurden den ExpertInnen die Ergebnisse der ersten Befragung zusammengefasst vorgelegt.²⁷ Dieses Vorgehen, das ansatzweise einen strukturierten Meinungsbildungsprozess unter den Expertinnen und Experten auslöst, ist in der sozialwissenschaftlichen Delphi-Methode begründet, die zur Ermittlung und Qualifikation von Expertenmeinungen beigezogen wird²⁸.

Auf der Grundlage dieser Materialien wird am Schluss der Ausführungen zu den vier thematischen Schwerpunkten je ein Zwischenfazit formuliert. In Teil 6 werden unter dem Titel «Synthese: Zum familienpolitischen Profil der Zukunft» die Folgerungen zusammengefasst. Daraus wird die Quintessenz des Berichtes in der Form von Empfehlungen an die Stadtbehörden Berns abgeleitet (Teil 7). ■

²⁷ An der zweiten Befragungsrunde nahmen nur noch 29 der 30 Expertinnen und Experten teil (Ein Ausfall wegen Ortsabwesenheit).

²⁸ Vgl. Häder, 2002, S.32ff.

Die zur Erarbeitung dieses Familienberichtes durchgeführte Befragung von Expertinnen und Experten nimmt inhaltlich und methodisch Bezug auf eine in 14 europäischen Ländern durchgeführte Delphistudie über Einstellungen und Wertorientierungen zu bevölkerungsrelevanten Themen und über die Evaluation wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen (Fux & Bertschiner, o.J.).

Teil 2 Potentiale von Familien erkennen und nutzen

4 Potentiale von Familien als familienpolitisches Kernthema

Die Bedeutung der Familie als gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erfolgsfaktor ist noch zu wenig erkannt. Was Familien in ihren verschiedenen Formen leisten, kommt nicht nur ihnen selbst zugute, sondern schafft gemeinsame Güter für alle Bereiche des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens.

Innerhalb der Familien – auf der Mikroebene – erbringen die Eltern die materielle Versorgung, die Pflege und die Fürsorge ihrer Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das für die Bewältigung des Lebens notwendige Wissen, die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Werte sowie Geborgenheit und emotionaler Halt werden in Familien vermittelt und weitergegeben. In diesem Sinne werden Familien auch als Vermittlerinnen von Humanvermögen bezeichnet. So wird die Gesamtheit der Kompetenzen zusammengefasst, die Individuen in die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – ins Arbeits- und Freizeitleben, in Kultur und Politik – einbringen. Es geht dabei um Schlüsselqualifikationen des modernen Lebens wie Lernfähigkeit, Selbständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Beweglichkeit, Kooperationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, usw. Die Familie bildet und prägt solche «Daseinskompetenzen» durch ihre Erziehungsleistungen.²⁹ Insgesamt sichern Familien das Wohl und die Regeneration ihrer Mitglieder und gewährleisten damit, dass sich die Gesellschaft generativ erneuert.

Nicht nur die Leistungen von Eltern an ihre Kinder sind im Auge zu behalten. Erwachsene übernehmen oft auch Pflichten in der Begleitung, Betreuung und Pflege ihrer Eltern. Wenn Angehörige der mittleren Generation von beiden Seiten gefordert sind – von ihren eigenen Kindern und von ihren Eltern – erfüllen sie im Mikrosystem ihrer Familie ein oft umfangreiches Arbeitspensum.

Im nahen Aussenfeld, z. B. in Nachbarschaften, Quartieren oder Schulkreisen, sind Eltern von Kindern überdurchschnittlich engagiert; viele sind eingebunden in Netzwerke der Nachbarschaftshilfe und der Freiwilligenarbeit oder wirken in Projekten der öffentlichen Hand mit.

Im Jahr 2000 setzte die gesamte ständige Schweizer Wohnbevölkerung ab 15 Jahren ca. 1,25 Milliarden Stunden ein für unbezahlte Betreuungsaufgaben innerhalb des Haushaltes. In die informelle Freiwilligenarbeit, zu welcher Tätigkeiten wie Kinderhütendienste für Dritte, persönliche Hilfeleistungen für Bekannte und Verwandte oder Nachbarschaftshilfe gehören, wurden 369 Millionen Stunden investiert.³⁰ Zwei Drittel aller unbezahlten Arbeit werden von Frauen geleistet; es ist davon auszugehen, dass Elternteile – vor allem Mütter – überproportional an der unbezahlten Arbeit beteiligt sind.

Auch im Wirtschaftssystem spielen Familien eine wichtige Rolle: Familienhaushalte sind als Nachfrager von Konsumgütern und Dienstleistungen sowie als Anbieter von Arbeitskräften ein wichtiges Element im Wirtschaftskreislauf. Ihr Wohlergehen bildet eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

Obschon die Arbeit von Familien als volkswirtschaftlicher Faktor mehr und mehr anerkannt wird, ist die falsche Annahme, dass Leistungen von Familien natürliche, d.h. unbegrenzte und damit auch kostenlose Güter sind, weit verbreitet. Das mag damit zu tun haben, dass Leistungen, die Familien erbringen, vollständig dem privaten Sektor zugerechnet werden. Erst wenn sie ungenügend sind oder ausbleiben, wird ihre Bedeutung sichtbar – gleichzeitig mit den enormen Kosten, die entstehen, wenn sie ergänzt oder gar kompensiert werden müssen.

Zusammengefasst stellen die Eigenressourcen und Potentiale von Familien ein wichtiges gesellschaftliches Gut dar. Darauf zählt auch die Schweizerische Sozialpolitik. Sie beschränkt sich darauf, die Rahmenbedingungen zu optimieren, damit Familien auf der Basis ihrer Potentiale selbstverantwortlich handeln können. Weiter leistet sie dort, wo die Eigenressourcen nicht reichen, Beiträge. Dabei zählt das Prinzip der Subsidiarität: Der Staat springt erst ein, wenn familiäre Netze und private Organisationen nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen bzw. Lücken zu füllen. Familienpolitik soll die Leistungen von Familien nicht ersetzen. Sie versteht sich nicht als Konkurrenz zum Handeln von Eltern und familiären Bezugspersonen.

In den Legislaturrichtlinien 2005–2008 des Gemeinderates der Stadt Bern wurde die Zielsetzung formuliert, die Potentiale von Familien zu stärken. Ein Anliegen ist die Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen in der Volksschule. Diese Zielsetzung will der Gemeinderat u.a. durch den Ausbau der Schulsozialarbeit, der systematischen Sprachförderung im Kindergarten, der Frühförderungsangebote, der Tagesschulen und der Angebote zur Berufswahlvorbereitung erreichen. Weiter stützt der Gemeinderat Massnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Schliesslich richtet sich der Gemeinderat an die sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen und an die Migrationsbevölkerung. Über Mitwirkungsprojekte soll deren Integration und Lebensqualität gefördert werden.³¹ ■

²⁹ Kaufmann in Jans et al., 2000, S.46f

³⁰ Insgesamt wurden von der ständigen Schweizer Wohnbevölkerung ab 15 Jahren im Jahr 2000 8 Milliarden Stunden unbezahlt gearbeitet. Drei Viertel davon – 6 Milliarden Stunden – flossen in die Hausarbeit. Die übrigen 2 Milliarden verteilen sich auf die im Text genannten Kategorien «Betreuungsaufgaben im Haushalt», und «Informelle Freiwilligenarbeit» sowie auf eine weitere Kategorie, die «Institutionalisierte Freiwilligenarbeit». Die rund 8 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit stehen 6,7 Milliarden Stunden bezahlter Arbeit gegenüber. Vgl. www.presseportal.ch/de/pm/100000114/100481644/bundesamt_fuer_statistik; www.forum-freiwilligenarbeit.ch/archiv/texte_05122000_malaguerra.php.

³¹ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005

5 Potentiale von Familien erkennen und nutzen: Grundlagen und Entwicklungen

Aufgrund der vielen Leistungen, die Familien mit hoher Wertschöpfung für die Gesellschaft erbringen, könnten Familien als Feinkitt der Gesellschaft bezeichnet werden. Dass dieses Potential genutzt werden kann, ist nicht selbstverständlich. Zwei Aspekte seien kurz erläutert:

1. Die Familie spielt die wichtigste Rolle in der Entwicklung sozialer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Diese haben eine grosse Bedeutung für die Entwicklung und die späteren Chancen der Kinder. Dies zeigen Forschungen, die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 52 durchgeführt wurden. Ein Erziehungsstil, der die Kinder darin unterstützt, neue Lern- und Lebenswelten zu entdecken, fördert die Entwicklung sozialer Kompetenzen am stärksten. Der Grad der Unterstützungsleistungen, die Kinder von ihren Eltern erhalten, wirkt sich auf die schulischen Leistungen und auch auf gesundheitliche Merkmale der Kinder aus. Immer noch leben 14% der Familien in Umständen, die sich negativ auf die Erziehung und die Gesundheit der Kinder auswirken. Gleichzeitig sind gerade diese Eltern schwer mit Programmen zu erreichen, die auf die Stärkung der Erziehungskompetenz zielen.³² Die oben dargestellten Massnahmen aus den Legislaturrichtlinien des Berner Gemeinderates im Bereich der Frühförderung zielen demnach in die richtige Richtung. Neben den auf die Kinder ausgerichteten Massnahmen der Frühförderung unterstützt die Stadt Bern Eltern nach der Geburt ihrer Kinder seit Jahren mit den Eltern-

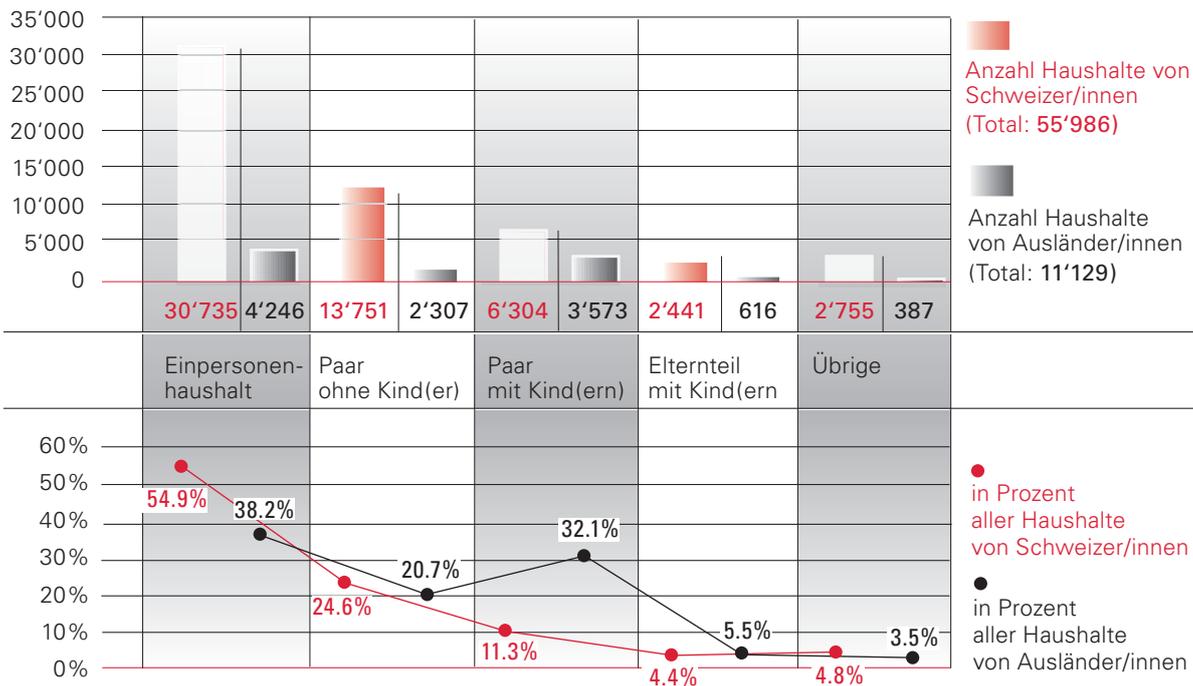
briefen der Pro Juventute. Darüber hinaus könnte ein zielgruppengerechter Ausbau der Angebote der Elternbildung die Kompetenzen der Eltern für die Wahrnehmung ihrer Erziehungs- und Familienaufgaben wirkungsvoll stärken und ergänzen.

2. Kinder mit Migrationshintergrund bewegen sich an der Schnittstelle der Kulturen. Wenn das erste Kind eingeschult wird, beginnt es, sich in einer Vermittlerrolle zu bewegen. Die in der Schule gesprochene Sprache erhält auch in der Familie mehr Bedeutung. Die Schule bringt dem Kind die Herausforderung, sich zu integrieren und sich mit seiner Migrationsgeschichte auseinanderzusetzen. Ergebnisse von Studien zeigen, dass die Eltern oft noch wenig in diese Prozesse einbezogen sind. Sie erleben die Schule als Institution des Zwangs und der Vorschriften. Die Schule könnte für die Integration besser genutzt werden. Eine höhere Integration ausländischer Familien hätte längerfristig zur Folge, dass deren Potential auch besser genutzt werden könnte.

Die Studien des Nationalen Forschungsprogramms 52 zeigen auch, wie wichtig die Sprachförderung fremdsprachiger Eltern im Hinblick auf die Integrationschancen ihrer Kinder ist: Wenn Eltern die Sprache der Gastkultur kennen, hat dies positive Effekte auf die Möglichkeiten der Kinder, Fuss zu fassen und sozial aufzusteigen. Die Integration scheint besonders positiv zu verlaufen, wenn Kinder und Eltern sowohl ihre Herkunftssprache als auch die lokale Sprache kennen.³³

ABBILDUNG III

Privathaushalte in der Stadt Bern, Vergleich Schweizer/innen – Ausländer/innen (2000)³⁴



Die Relevanz des Themas Integration von Familien wird auch in den Zahlen zu den Haushaltsformen in der Stadt Bern offensichtlich. **Abbildung III** zeigt, dass Ausländerinnen und Ausländer die traditionelle Lebensform «Paar mit Kind(ern)» fast drei Mal so oft wählen wie Schweizerinnen und Schweizer.

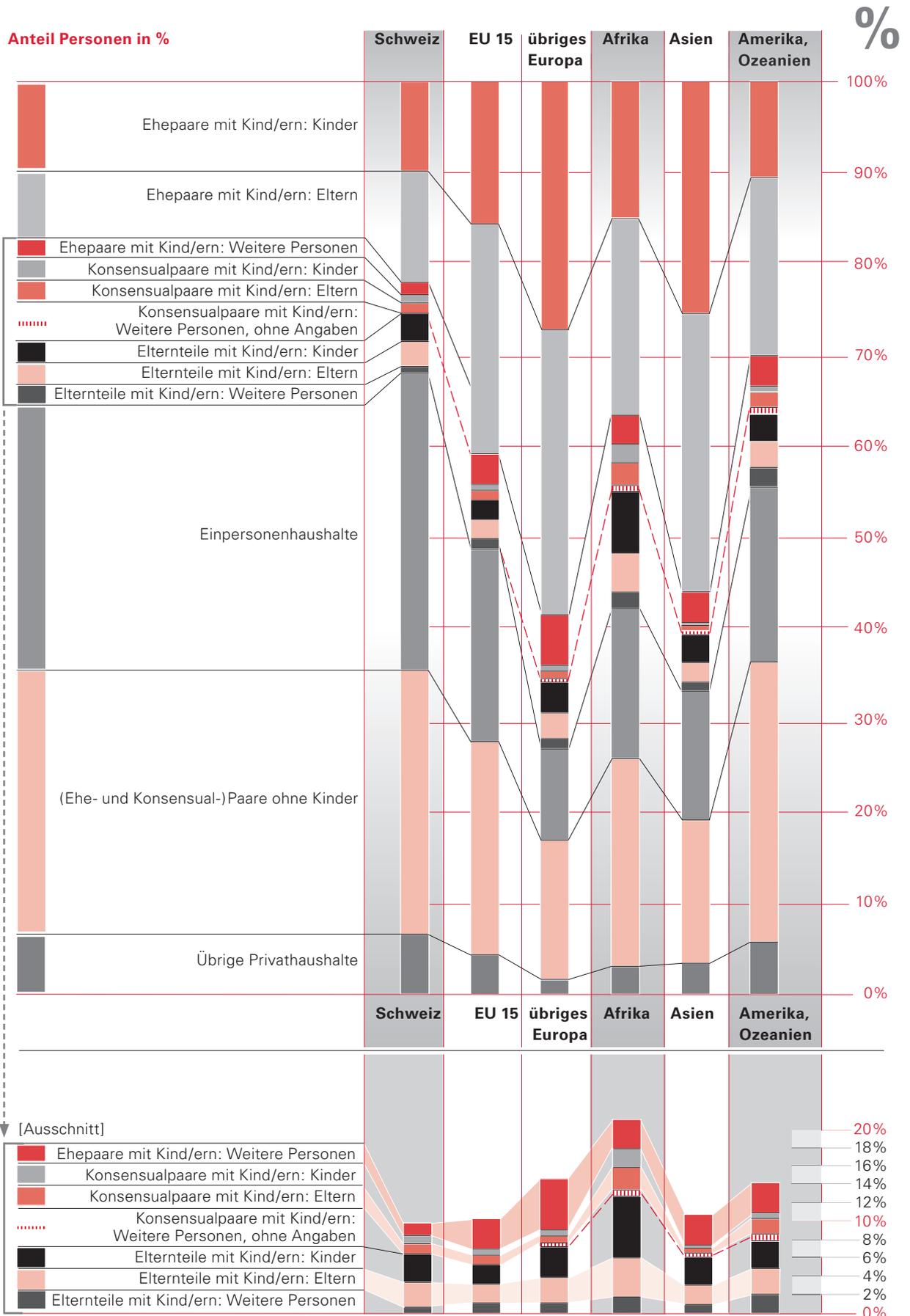
Abbildung IV zeigt ein differenziertes Bild, in welchen Formen von Familienverbindungen Menschen in der Stadt Bern leben. Im Jahr 2000 wohnten etwas mehr als 30% der Schweizerinnen und Schweizer in einem mit Elternteil/en und Kind/ern gemischten Haushalt. Die übrigen Personen mit Schweizer Nationalität verteilten sich auf die Haushaltskategorien Einpersonenhaushalt, Paare ohne Kinder und übrige Privathaushalte. Bei den Migrantinnen und Migranten aus europäischen Staaten ausserhalb der Europäischen Union sowie Asiens und Afrikas ist das Verhältnis beinahe umgekehrt: Zwischen 50% und mehr als 70% leben in einer Familienhaushaltung mit Elternteil/en und Kind/ern; Einpersonenhaushalte, Haushalte mit Paaren ohne Kinder und übrige Privathaushalte bilden die Restkategorien. Die Lebensform «Familie mit Kindern» ist vor allem unter Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern proportional viel verbreiteter als unter Schweizerinnen und Schweizern.

Die Potentiale von Familien sind eng verknüpft mit weiteren Themen der Familienpolitik. Teils werden diese – wie das Thema «Materielle Situation» oder «Rolleinteilung von Mutter und Vater» – an anderen Stellen dieses Berichtes bearbeitet. Auf andere Aspekte wie die Folgen der längeren Lebenserwartung für die Anforderungen an die Potentiale von Familien kann hier nicht eingegangen werden. ■

³⁴ Vgl. Gächter, 2005a, S.10

ABBILDUNG IV

Privathaushalte und Familienverbindungen in der Stadt Bern nach Nationengruppen (2000)³⁵



³⁵ Quelle: Volkszählung 2000. Datenbearbeitung und Grafikvorlage: Statistikdienste der Stadt Bern. Grafik: infopub

6 Auf Potentiale und Defizite von Familien ausgerichtete Angebote in der Stadt Bern

Vor dem Hintergrund der herausragenden gesellschaftlichen Bedeutung der Familien stellen öffentliche und private Träger ein Netz von Angeboten zur Förderung der Kompetenzen von Familien, besonders auch von Kindern und Jugendlichen, bereit. Nebst diesen auf Entwicklung und Prävention gerichteten Institutionen besteht eine grosse Anzahl Einrichtungen, welche Familien bezüglich spezifischer Frage- und Problemstellungen unterstützen. Konflikte, Trennungen oder Scheidungen erfordern manchmal situationsgerechte und effektive familieninterne Interventionen oder notfalls behördliche Massnahmen. Integrationsangebote und der Aufbau von Netzwerken in Quartieren und Nachbarschaften fördern die Partizipation sowie Kontakte zwischen Generationen und sozialen Milieus und können in besonderen Situationen stützend wirken. Familien ausländischer Nationalität, im Zwiespalt zwischen Herkunft und Integration, verdienen in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit und benötigen spezifische Angebote.

Die Angebotspalette reicht von Beratungsangeboten, die freiwillig besucht werden, bis hin zum Kinderschutz, der in gesetzlich definierten Situationen in die private Familiensphäre eingreifen kann. Das breit ausgebaute Unterstützungs- und Beratungsangebot auf dem Platz Bern ist auf den nächsten Seiten in folgende Bereiche gegliedert:

- Präventive Angebote
- Beratungsangebote für spezifische Frage- und Problemstellungen
- Integrationsangebote
- Suchthilfe, Entlastung des öffentlichen Raums
- Kinderschutz
- Kompetenzzentrum Jugend und Familie

6.1 Präventive Angebote

Kinder- und Jugendförderung der Stadt Bern

Die Kinder- und Jugendförderung befasst sich mit den Bereichen Soziokultur, Freizeit und Information, sowie mit der Kinder- und Jugendmitwirkung. Kinder und Jugendliche sollen Selbstverantwortung und Eigenständigkeit erlernen, ihre Freizeit aktiv und kreativ nutzen und ihr Potential entfalten können. Übergeordnete Ziele der Kinder- und Jugendförderung sind die Bereitstellung eines Angebotes für Kinder und Jugendliche, welches sinnvolle Freizeitmöglichkeiten und Partizipation ermöglicht, die quartier- und bedürfnisorientierte Weiterentwicklung der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie die umfassende Information der Bevölkerung über Angebote der Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien.³⁶

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Der Dachverband für die **offene Arbeit mit Kindern** (DOK), der Trägerverein für **offene Jugendarbeit** (TOJ) und das **Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel** setzen die offene Kinder- und Jugendarbeit im Auftrag der Stadt Bern um. Der DOK vernetzt und koordiniert verschiedene lokale Trägerschaften von stationären und mobilen Spielbetrieben für Kinder von fünf bis zwölf Jahren. Diese Betriebe bieten professionell betreute Spielangebote und Spielanimationen für Kinder an. Der DOK schützt und erschliesst Spiel- und Freiräume für Kinder und unterstützt mit temporären mobilen Projekten Quartiere ohne ausreichende Spielangebote.

In der offenen Jugendarbeit (TOJ) ergänzen sich Trefangebote, sowie aufsuchende und projektbezogene Arbeit.³⁷ Das Angebot ist für Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren gedacht. Gemäss Webseite des TOJ gibt es neun Einrichtungen in den Stadtteilen Länggasse-Felsenau, Mattenhof-Weissenbühl, Kirchenfeld-Schosshalde, Breitenrain-Lorraine sowie Bümpliz-Oberbottigen. In den beiden letztgenannten Stadtteilen werden die höchsten Benutzerzahlen festgestellt.³⁸ Die fachlichen Schwerpunkte werden in den Bereichen Integration, geschlechtsspezifische Arbeit, Ausbildung und Lehre, Gesundheitsförderung sowie Jugendkultur gesetzt.

Das Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel hat gemäss Leistungsvertrag eine Zentrumsfunktion für Jugendliche und jugendliche Kulturschaffende ab 16 Jahren der Region Bern. Die Jugendlichen sind selbst an der Trägerschaft beteiligt. Ziele sind beispielsweise die Förderung und Unterstützung kultureller Ausdrucksformen der Jugendlichen, das Angebot von Freiräumen, Möglichkeiten für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und die Mitwirkung und Mitbestimmung von Jugendlichen.

Alle Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit müssen einen Teil der Einnahmen selbst erbringen. Verschiedene Kirchgemeinden der reformierten Kirche, die katholische Kirche und verschiedene Freikirchen sind ebenfalls in der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit aktiv. Teilweise bestehen auch Kooperationen mit der städtischen Jugendarbeit.

Angebote für Freizeit und Partizipation

Eine wichtige Säule des Freizeitangebotes der Stadt Bern bilden die zahlreichen **Bibliotheken und Ludotheken** sowie **Angebote des Spielmaterialverleihs**. Als Ferien- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche zwischen fünf und sechzehn Jahren sticht auch der **«Fäger»** hervor: Während der Frühlings-, Sommer- und Herbstschulferien wird ein grosses Angebot von Schnupperkursen, Abenteuerworkshops, Kreativkursen und Lagern durch-

³⁶ www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/jga; Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, Jugendamt 2007, S. 7f

³⁷ Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, Jugendamt 2007, S. 8

³⁸ Jahresbericht TOJ 2007

geführt. Auch die Kinderuni gehört zum Angebot des Fägers. Ausser der Stadt Bern beteiligen sich gegen 30 Gemeinden der Region Bern am Fäger. Im Jahr 2007 wurden 8'628 Plätze angeboten. Davon wurden 4950 von insgesamt 3'122 TeilnehmerInnen besucht.³⁹

Zur Förderung der Partizipation von Kindern betreibt die Stadt das «Kinderbüro», eine Fachstelle des Jugendamtes. Es setzt sich für eine kindergerechte Stadt ein und unterstützt Kinder beim Mitreden, Mitmachen und Mitbestimmen. Es prüft Vorlagen und Planungen der Behörden auf ihre Kinderverträglichkeit. Im Jahr 2007 begleitete es fünf Partizipationsprojekte in Wohnquartieren.⁴⁰ Die «p_a_r_t-Stelle» für Jugendmitwirkung ist eine Anlaufstelle für Anliegen, Fragen und Projekte Jugendlicher. Unter dem Namen p_a_r_t wurde das jugendpolitische Konzept der Stadt Bern formuliert. Die wichtigsten Ziele sind Partizipation, Information und Koordination, Lebensräume sowie soziale, berufliche und kulturelle Perspektiven für Jugendliche.

Das **Kinderparlament** bietet eine weitere Möglichkeit zur Mitbestimmung für Kinder zwischen 8 und 14 Jahren. Es hat jährlich einen Betrag von Fr. 30'000.- zur Verfügung, über dessen Einsatz die Mitglieder selbst bestimmen können. Die Kinder können sich jeweils für ein Schuljahr anmelden. Die Kinder haben die Möglichkeit, Postulate an den Gemeinderat zu richten.⁴¹ Jugendliche engagieren sich eher projektbezogen. Sie haben die Möglichkeit, Jugendmotionen einzureichen, was bis 2007 dreimal geschah.⁴²

Mitwirkungsmöglichkeiten im Bereich der Volksschule bestehen gemäss Schulreglement der Stadt Bern in der Form von Schülerinnen- und Schülermitbestimmung sowie Elternmitsprache.

Information über die Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien

Das «**info jugendamt**» bietet als niederschwellige Anlaufstelle Zugang zu allen Dienstleistungen des Jugendamtes und Informationen zu den verschiedensten Bereichen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene der Stadt Bern, z.B. zu familienergänzender Kinderbetreuung, zu Freizeitmöglichkeiten, Ferienlagern, Gesundheits- und Suchtfragen sowie zu Beratungsangeboten. Diese Informationen sind auch über das Internet zugänglich.⁴³

Für den Bereich «Kinder- und Jugendförderung» betragen die Bruttokosten im Jahr 2007 rund 5 Mio. Franken. Die offene Arbeit mit Kindern und die offene Jugendarbeit hatten dabei den grössten Anteil (39% resp. 40%). Ferien- und Freizeitprojekte nehmen davon 6% in Anspruch, Mitwirkungsprojekte für Kinder- und Jugendliche ebenfalls 8%. Davon abgezogen werden müssen noch die Erlöse, die von den jeweiligen Bereichen erwirtschaftet wurden. Die Jugendarbeit der Stadt Bern wird im Lastenausgleich nach Sozialhilfegesetz durch den

Kanton Bern und die Gesamtheit der Gemeinden mitfinanziert.⁴⁴

Frühförderung

Die Stadt Bern führt seit Mai 2007 ein Pionier- und Pilotprojekt zur Frühförderung von Kindern im Vorschulalter in den Bereichen Bewegung, Ernährung, Sprache und Sozialkompetenz durch. Den Ausgangspunkt des Projektes **primano** bildet die Tatsache, dass viele Kinder den Kindergarten oder die Schule mit Entwicklungsrückständen beginnen. Sie können nicht mithalten, weil sie im Alter zwischen 0-4 Jahren nur unzureichende Anreize bekommen haben. Der Ausgleich dieser Defizite ist später, während der Schulzeit, oft nur noch unzureichend möglich. Ein wichtiges Projektziel ist die Förderung der Eltern-Kind-Beziehung und der Erziehungskompetenzen. Den Familien mit dem grössten Unterstützungsbedarf wird ein Hausbesuchsprogramm angeboten. Durch speziell ausgebildete Laienhelferinnen aus der gleichen Kultur wie die Mütter erhalten diese Anleitung, Hilfe und Unterstützung in der Erziehungsarbeit. Parallel dazu werden die Förderangebote für Vorschulkinder im Quartier stärker miteinander vernetzt («primano-Quartierplattformen»). In Kindertagesstätten und Spielgruppen werden Fördermodule aufgebaut. Das Projekt wird während der Pilotphase auf die Quartiere Bümpliz, Bethlehem, Holligen und Wittigkofen/Murifeld beschränkt. **primano** ist auf breites Echo gestossen und wird u.a. von der Jacobs Foundation, dem Kanton Bern und dem Bundesamt für Gesundheit mitfinanziert.⁴⁵

Gesundheitsförderung

Die Stadt Bern unterstützt verschiedene Angebote, welche die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger fördern. In der Gesundheitsförderung hat die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie Familien hohe Priorität. In den Schulen werden **Gesundheitsteams** eingesetzt sowie **Lebenskompetenzkurse**, **Suchtprävention** und **Elternkurse angeboten**.⁴⁶ Familien werden direkt im Alltag und im Wohnquartier mit Angeboten zu den Themen Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität angesprochen.

Der **Gesundheitsdienst** ist die städtische Fachstelle für Fragen der öffentlichen Gesundheit. Er arbeitet dezentral und stadtteilbezogen und setzt sich für die Vorbeugung von gesundheitsschädigenden Einflüssen, die Förderung von gesundheitsbewusstem Verhalten und für die Gestaltung eines gesundheitsfördernden Lebensraumes ein.⁴⁷ Das Gesundheitsinspektorat führt eine Kontaktstelle für Wohnverwahrlosung und Wohnhygiene. Der **schulärztliche Dienst** nimmt über die gesamte obligatorische Schulzeit die Aufgabe der Begleitung von Kindern und Familien in Gesundheitsfragen wahr. Früherfassung von ernsthafteren Störungen sowie die Abklärungen für Spezialunterricht und Schulbereitschaft gehören in seine Zuständigkeit.

³⁹ Stadt Bern, 2008, S.311f

⁴⁰ Stadt Bern, 2008, S.312

⁴¹ Stadt Bern, o.J.(Reglement Mitwirkung); www.bern.ch/leben_in_bern/persoennesliches/kinder/kinderbuero/kinderparlament

⁴² Jahresberichte der Stadt Bern, Produktgruppenrechnungen Jugendamt 2003 – 2007

⁴³ www.schtibaeng.ch

⁴⁴ Stadt Bern 2008, S.310

⁴⁵ www.primano.ch

⁴⁶ www.bern.ch/leben_in_bern

⁴⁷ www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/

Das städtische Angebot wird ergänzt durch die regionalen Präventions- und Gesundheitsförderungsangebote der Stiftung Berner Gesundheit (BeGes).

Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit

Die gemeinwesenorientierte Sozialarbeit der Stadt Bern hat zur Aufgabe, die Selbsthilfe und die Integration von Personen und Gruppen zu fördern sowie zur Steigerung der Lebensqualität in benachteiligten Quartieren beizutragen. Quartierbezogene und gesamtstädtische Projekte bezwecken die Stärkung des sozialen Netzes, die Aufwertung des Wohnumfeldes und eine bessere Integration benachteiligter Gruppen. In der Stadt Bern gibt es 20 professionell begleitete **Quartierzentren**, die im Auftrag der Stadt Bern als Orte der Begegnung, Information, Beratung und Koordination geführt werden.⁴⁸ Darunter gibt es Angebote, welche auf die spezifische Situation von Familien mit Migrationshintergrund zugeschnitten sind. In diesem Zusammenhang sind auch das Mütterzentrum Bern-West (MÜZE) und der Familientreff Bern zu nennen.

6.2 Beratungsangebote für spezifische Frage- und Problemstellungen

Schtibäng – der Wegweiser durch das breite Beratungsangebot auf dem Platz Bern

Ein Angebot der Stadt Bern für Familien ist der Schtibäng. In diesem Wegweiser, der auch im Internet zur Verfügung steht, werden eine Fülle von Informationen und Angeboten für junge Leute und Familien in Bern zugänglich gemacht. Hier findet man einen Überblick über die städtischen, kantonalen und eidgenössischen Beratungsstellen und sozialen Institutionen. Informationen über Anlaufstellen bei sozialen oder persönlichen Schwierigkeiten, Problemen bei der Ausbildung, Wohnen oder Arbeit, werden genauso aufgelistet, wie Wissenswertes über Kultur und Freizeitangebote.⁴⁹ Die breite Palette der Beratungsangebote für Familien in der Stadt Bern ist im Anhang 2 (S. 58ff) aufgeführt. Die folgende Darstellung beschränkt sich exemplarisch auf drei Angebote, welche unterschiedlichen Zielgruppen Beratungsleistungen anbieten, nämlich auf die Mütter-Väter-Beratung, die Schulsozialarbeit und die Ambulante Jugendhilfe der Stadt Bern.

Mütter-Väter-Beratung

Die Mütter-Väter-Beratung richtet ihr Angebot an Eltern von Säuglingen und Kleinkindern bis fünf Jahre. Über das Stadtgebiet verteilt werden im Auftrag des Kantons Bern acht **Beratungsstellen** betrieben, so dass diese Dienstleistung von allen Wohnquartieren aus gut erreichbar ist. Für berufstätige Eltern werden auch Abendberatungen angeboten und auf Wunsch werden Hausbe-

suche durchgeführt. Die Beraterinnen sind diplomierte Kinderkrankenschwestern mit Zusatzausbildung. Zurzeit besuchen ca. 70% aller Eltern mit einem Säugling oder Kleinkind mindestens ein Mal eine Beratungsstelle.⁵⁰ Die wichtigen Themen der Beratungen sind:

- Entwicklung des Säuglings und des Kleinkindes
- Pflege des gesunden und des kranken Kindes
- Stillen und Stillprobleme
- Ernährung
- Hinweise auf Impfungen und notwendige Vorsorgeuntersuchungen
- Vermittlung von Fach- und Beratungsstellen

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit der Stadt Bern (SSA) ist ein kostenloses, flächendeckendes Angebot für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen. Sie ist eine **Anlaufstelle bei sozialen Fragen und Problemen** in Schule, Kindergarten und Familie. Sie entlastet Lehrpersonen zugunsten ihres pädagogischen Auftrages. Schulsozialarbeit dient der Förderung und Erhaltung eines guten Schulklimas, der Früherfassung ungünstiger Entwicklungen von Schülerinnen und Schülern, sowie der Unterstützung der Kinder und Jugendlichen in der Bewältigung kritischer Lebenslagen. Die Krisen- und Konfliktbewältigung an Schulen geht einher mit psychosozialer Betreuung und der Vermittlung sozialer Kompetenzen an die Kinder und Jugendlichen. Dominierende Themen in den Beratungen und Projekten sind die soziale Integration, materielle Fragen, Gesundheit, Gewalt, Mobbing, Freizeitgestaltung, Kinderbetreuung, Erziehung, Sexualität und Sozialisation.

Im Jahr 2007 verzeichnete die SSA 341 Fälle mit erhöhtem Aufwand und 97 Fälle mit erweitertem Aufwand. Es gab 118 Betreuungsprojekte für Klassen oder Gruppen, sowie 7 Fortbildungsveranstaltungen und zwei Kinderlager. Die Schulbezirke Mattenhof-Weissenbühl, Breitenrain-Lorraine, Bümpliz und Bethlehem bilden die örtlichen Schwerpunkte der Schulsozialarbeit in der Stadt Bern.⁵¹

Ambulante Jugendhilfe der Stadt Bern

Zur ambulanten Jugendhilfe der Stadt Bern gehören die Beratungsstellen Bern Stadt und Bern West. Sie ist zuständig **für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres**. Die Leistungen umfassen Kinderschutz, Präventive Sozialarbeit, Vermittlung, Bewilligung und Aufsicht von Familienpflegeplätzen, Abklärung und Begleitung von Adoptionen, das Erarbeiten von Gutachten und Berichten sowie die Prüfung der Finanzierung von stationären oder ambulanten Massnahmen durch die Sozialhilfe. Im Jahr 2007 führte die ambulante Jugendhilfe in diesen Gebieten 887 Fälle.⁵² Die Klientinnen und Klienten sind zu 60% schweizerischer und zu 40% ausländischer Herkunft. 54% der hilfesuchenden Fami-

⁴⁸ www.vbgbern.ch/pages/angebote.htm

⁴⁹ www.schtibaeng.ch

⁵⁰ www.bern.ch/leben_in_bern/gesundheit/gesundheitsvorsorge/muetterberatung

⁵¹ BFH. Soziale Arbeit, 2007

lien sind Einelternfamilien, 33% leben als Kernfamilie und 13% in anderen Familienformen.⁵³ Die ambulante Jugendhilfe weist in der Jahresrechnung 2007 Bruttokosten von CHF 3'071'196 auf.⁵⁴

Kinderschutz

Gefährdungsmeldungen, die Minderjährige betreffen, werden von der ambulanten Jugendhilfe abgeklärt und bearbeitet. Nötigenfalls kann die ambulante Jugendhilfe bei der Kommission für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKSK) vormundschaftliche Schutzmassnahmen beantragen. In akuten Gefährdungssituationen sind die Beratungsstellen für ambulante Krisenintervention der ambulanten Jugendhilfe zuständig.⁵⁵ Im Jahr 2007 wurden 164 Gefährdungsmeldungen bearbeitet. Die meisten Meldungen sind von der Polizei eingegangen.⁵⁶

Präventive Sozialarbeit

Der Schwerpunkt der präventiven Sozialarbeit liegt in der **Besuchsrechtsregelung** bei Trennungs- und Scheidungssituationen. Weitere Dienstleistungen sind unter anderem die Beratung in Erziehungs-, Ausbildungs- und Rechtsfragen, sowie die Information und Vermittlung zwischen Klientinnen, bzw. Klienten und den zuständigen Fachstellen. Die präventive Sozialarbeit der ambulanten Jugendhilfe führte im Jahr 2007 in 439 Fällen Beratungen und Begleitungen durch.

Pflegefamilien

Pflegefamilien betreuen ein oder mehrere Kinder in **Wochen- oder Dauerpflege**. Die Involvierten – Eltern, Pflegeeltern, Kinder – werden während der Dauer des Pflegeverhältnisses durch die Beratungsstelle Bern Stadt der ambulanten Jugendhilfe begleitet. Diese helfen bei der Suche einer geeigneten Pflegefamilie und erteilen die entsprechenden Bewilligungen. Sie begleiten und überwachen das Einhalten des vertraglich geregelten Pflegeverhältnisses.⁵⁷ Im Jahr 2007 hatte die ambulante Jugendhilfe 73 laufende Fälle im Bereich Familienpflege⁵⁸.

Gutachten/Berichte

Wenn Gerichte oder die Erwachsenen- und Kinderschutzkommission (EKSK) über wichtige Fragen entscheiden, welche das Wohl des Kindes betreffen, werden von der ambulanten Jugendhilfe Gutachten oder Berichte erstellt. Darin werden Themen wie die Zuteilung der elterlichen Sorge und Obhut, die Regelung des Besuchsrechts, Abklärung der sozialen Situation und Empfehlung von Kinderschutzmassnahmen abgehandelt.

Begleitete Besuchssonntage

Damit Kinder Kontakt zu beiden Elternteilen haben können, bietet die ambulante Jugendhilfe begleitete

Besuchssonntage für getrennt lebende Familien an, die sich in einer Konfliktsituation befinden. Die teilnehmenden Eltern verpflichten sich, mit der zuweisenden Stelle an der Lösung der Besuchsrechtsprobleme zu arbeiten.⁵⁹ Laut Statistik waren im Jahr 2007 insgesamt 229 Personen an begleiteten Besuchssonntagen involviert. Darunter waren 138 Kinder und 91 Erwachsene.⁶⁰

6.3 Integrationsangebote

Kompetenzzentrum Integration

Das Kompetenzzentrum Integration ging am 1. Juli 2007 aus der früheren Koordinationsstelle für Integration hervor.⁶¹ Es deckt drei Fachbereiche ab: Die **Koordination** der Integration, die **Sozialhilfe und Beratung** für Asylsuchende sowie die **Arbeitsintegration und Tagesstruktur** im Asylbereich.

Als direktionsübergreifende Verwaltungsstelle koordiniert das Kompetenzzentrum Integration die Aufgaben innerhalb der städtischen Verwaltung und stimmt diese mit der Integrationsarbeit privater Organisationen und Fachstellen ab. Es entwickelt integrationspezifische Konzepte und formuliert Integrationsziele und Massnahmen. Es führt in der Regel keine eigenen Projekte durch, sondern gibt Impulse, indem es die Anspruchsgruppen ins Gespräch einbezieht und vernetzt.

Im Asylbereich leistet das Kompetenzzentrum Sozial- und Integrationsarbeit mit den in Bern ansässigen Asylsuchenden (Einzelpersonen wie auch vielen Familien). Gleichzeitig arbeitet es auf kantonaler Ebene an der strategischen Umsetzung der Asylpolitik mit. Zudem bietet es rund 60 Einsatzplätze in Programmen zur Arbeitsintegration und in einer Tagesstruktur für Asylsuchende an. Das Kompetenzzentrum wird in der städtischen Integrationsarbeit unterstützt durch

- die Konferenz der Integrationsverantwortlichen der fünf städtischen Direktionen, die dem Austausch und der Bearbeitung und Koordination von Integrations-themen innerhalb der Verwaltung dient.
- die gemeinderätliche Fachkommission Integration, die aus Schweizerinnen und Schweizern und aus Personen mit eigener Migrationserfahrung zusammengesetzt ist. Die Mitglieder bringen selbst aktuelle Themen ein und unterstützen die Umsetzung der Integrationspolitik mit ihrem Fachwissen und ihren Kontakten.
- das «Forum der MigrantInnen», eine offene, impulsgebende Veranstaltung, die Migrantinnen und Migranten die Gelegenheit gibt, ihre Interessen und Anliegen zu formulieren. Es findet jährlich statt, wobei jeweils rund 200 Personen teilnehmen. Im Jahr 2007 lautete das Thema «Familie und Integration».

⁵² Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, 2007a

⁵³ Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, 2007a, S.5f

⁵⁴ Stadt Bern, 2008, 314, S.10f

⁵⁵ www.bern.ch/stadtverwaltung/bss

⁵⁶ Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, 2007a, S.2

⁵⁷ www.bern.ch/leben_in_bern

⁵⁸ Jahresbericht der Stadt Bern 2007, Bd. 2, Produktgruppenrechnung

⁵⁹ http://www.bern.ch/leben_in_bern/gesundheit/juhi/ambulant/besuchssonntage

⁶⁰ Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, 2007a, S.3

⁶¹ www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/ki.

Das Kompetenzzentrum Integration organisiert neben den jährlich zweimal stattfindenden Informationsveranstaltungen zu rechtlichen und sozialen Aspekten des Familiennachzuges weitere Anlässe zu aktuellen Themen.

Private Organisationen

In der Stadt Bern gibt es zahlreiche private Organisationen, welche Dienstleistungen im Integrationsbereich anbieten. Sie werden zum Teil im Rahmen von Leistungsverträgen von der Stadt Bern finanziell unterstützt.

Die **Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen** (isa) ist eine Fachstelle für Migrations- und Integrationsfragen, welche auch regional ausgerichtet ist. Sie setzt sich für eine verstärkte Integration und Partizipation der ausländischen Bevölkerung sowie für einen besseren Zugang zu bestehenden Strukturen und Ressourcen ein. Sie bietet niederschwellige Deutsch- und Alphabetisierungskurse sowie Informationsveranstaltungen und Beratungen für Personen und Institutionen zu Migrations- und Integrationsfragen an und ist auch in der Quartierarbeit engagiert. Die isa berät Projekte von Migrantinnen und Migranten und führt selbst Projekte durch. Die von der isa früher im Auftrag der Stadt durchgeführten niederschweligen Mutter-Kind-Deutschkurse werden heute direkt vom Schulamt der Stadt Bern angeboten.

Die isa wird über Leistungsverträge mit dem Bundesamt für Migration und der Erziehungsdirektion des Kantons Bern mitfinanziert und ist in den Leistungsvertrag der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) mit der Stadt Bern eingebunden.⁶²

Die **Beratungsstelle für Frauen und Familien mit Migrationshintergrund** (BAFFAM) bietet Beratung in zehn verschiedenen Sprachen an.⁶³ Sie bietet auch Gruppenangebote an wie beispielsweise der Bildungs- und Empowermentkurs für Frauen (BEK) und an Migrantinnen gerichtete Informationsveranstaltungen. Ziele sind Empowerment, Gleichstellung und die Förderung sozialer Gerechtigkeit. In den verschiedenen Gruppenangeboten werden Themen aus den Bereichen Bildung, Soziales, Recht und Gesundheit behandelt. Die Zusammensetzung der Gruppen ergibt sich aus der Muttersprache der Teilnehmerinnen. Während allen Veranstaltungen wird ein Kinderhütendienst angeboten.

Im Jahr 2005 nahmen insgesamt 385 Personen Beratungsleistungen bei der BAFFAM in Anspruch, und es wurden 980 Beratungsgespräche geführt. Zusätzlich wurden 752 Kurzberatungen durchgeführt und ca. 1800 Informationsleistungen an Privatpersonen und Institutionen erbracht. Die BAFFAM ist ebenfalls in den Leistungsvertrag der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) mit der Stadt Bern eingebunden (im Jahr 2006 mit rund Fr. 240'000.–) und wird durch Spenden unterstützt.⁶⁴

Weitere Institutionen bieten zusätzlich Deutschkurse, Information oder Beratungen an, sind aber nicht speziell auf Familien als Zielgruppe ausgerichtet.⁶⁵ Auch die Ausländervereine erleichtern mit ihren Angeboten Migrantinnen und Migranten, in der Stadt Bern heimisch zu werden.

6.4 Suchthilfe, Entlastung des öffentlichen Raums

Die Suchtpolitik der Stadt Bern umfasst – in Anlehnung an die Politik des Bundes – Massnahmen und Angebote in den Bereichen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression.⁶⁶ Die **Schulsozialarbeit des Gesundheitsdiensts** der Stadt Bern ist zuständig für suchtpreventive Massnahmen in der Schule (Unterricht, Klassen- oder Schulprojekte, Elternabende) sowie für die Früherfassung von suchtgefährdeten Schülerinnen und Schülern.

Stadt und Kanton stellen für die Suchtprävention eine Palette von Angeboten bereit⁶⁷. Die Angebote umfassen Beratung und Information zu Suchtmitteln wie Tabak, Alkohol, harten und weichen Drogen und Medikamenten, sowie zu Essstörungen und Glücksspielsucht. Namentlich sind die Projekte «däts it» des Gesundheitsdienstes der Stadt Bern, sowie das Früherfassungsprojekt der «Hängebrücke» zu nennen. Wichtige Fachstellen führen die Stiftung **Berner Gesundheit**, das **Contact-Netz** und das **Blaue Kreuz**. Die Beratungsstelle **PEP** ist auf Essstörungen spezialisiert.

In den letzten Jahren haben die Präsenz von suchtmittelabhängigen Menschen im öffentlichen Raum und der Umgang mit ihnen immer wieder für Kontroversen gesorgt. Seit 2005 existiert das Pilotprojekt **PINTO** (Prävention/Intervention/Toleranz), dessen Zielsetzung die Förderung von Toleranz, Koexistenz und Rücksichtnahme verschiedener gesellschaftlicher Gruppen im öffentlichen Raum ist. Die Präsenz von PINTO soll Konflikte schlichten und deren Eskalation verhindern. Es wird direkt soziale und medizinische Hilfe angeboten.⁶⁸

6.5 Kinderschutz

Richtlinien Kinderschutz

Gemäss schweizerischer Bundesverfassung (BV Art.11) haben Kinder und Jugendliche Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung. Zum Schutze des Kindes sind zivilrechtliche Massnahmen vorgesehen, wenn die Gefahr besteht, dass dessen körperliches, geistiges oder seelisches Wohl bedroht ist.⁶⁹ 1997 hat die Schweiz das UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes ratifiziert.

⁶² Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen (isa), 2007

⁶³ BAFFAM. Beratungsstelle für Frauen und Familien mit Migrationshintergrund, 2007

⁶⁴ a.a.O.

⁶⁵ Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Sprachausbildung für fremdsprachige Kinder in der Volksschule. Zurzeit gibt es gemäss Webseite der Stadt Bern zehn spezielle Klassen für Fremdsprachige. Diese werden von den Kindern in der Regel ein Jahr lang besucht, um die deutsche Sprache zu erlernen. Danach wechseln sie in eine Regelklasse ihres Quartiers.

⁶⁶ Hügli, 2007; Olibet, 2007

⁶⁷ siehe Anhang 2, S. 58ff

⁶⁸ www.bern.ch/leben_in_bern/sicherheit/sicherheit

⁶⁹ www.bsv.admin.ch/themen/kinder_jugend_alter/00066/index.html

Dieses schützt und anerkennt Kinder als eigenständige Rechtspersönlichkeiten mit eigenen Zielen und eigenem Willen und fordert, dass das Wohl des Kindes bei allen Entscheidungen, die es betreffen, vorrangig berücksichtigt wird. Gemäss diesem Übereinkommen haben die Eltern die primäre, gemeinsame Zuständigkeit für die Erziehung des Kindes und sind verantwortlich für die Sicherstellung von Lebensbedingungen, die für die Entwicklung des Kindes notwendig sind.⁷⁰

Kindesschutz in der Stadt Bern

In der Stadt Bern ist ein Netz von Fachstellen und Institutionen dafür verantwortlich, Kinder und Jugendliche vor jeglicher Beeinträchtigung und Vernachlässigung ihres Wohls zu schützen und Gefährdungen frühzeitig zu erkennen. Diese Stellen sind bemüht, das soziale Umfeld des Kindes zu stärken. Eltern sollen befähigt, bestärkt und unterstützt werden, ihre Aufgaben gegenüber dem Kind verantwortungsvoll wahrzunehmen.⁷¹

Das Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz (EKS) hat die Oberaufsicht über den Kindesschutz. Es ist immer dann zuständig, wenn es um Beistandschaft oder eine Vormundschaft geht. Eine Beistandschaft ist ein starker Eingriff in die persönliche Freiheit und in die elterliche Fürsorge und gilt als Notfallmassnahme. Eine Gefährdungsmeldung kann gemacht werden, wenn das Wohl einer erwachsenen Person oder eines Kindes beeinträchtigt oder potentiell gefährdet ist und wenn freiwillige Bemühungen gescheitert sind.⁷² Den Bereich Kindesschutz tangierend und dem EKS unterliegend sind ebenfalls Regelungen der Vaterschaft, des Sorgerechtes und des Unterhaltes bei nicht verheirateten oder getrennt lebenden Paaren.

Wie in den Vorjahren war das Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz auch im Jahr 2006 mit steigenden Fallzahlen und mit wachsender Komplexität der Problemstellungen gefordert. Die Bruttokosten sind in den letzten Jahren kontinuierlich um 4 bis 5% gegenüber den jeweiligen Vorjahren angestiegen. Es gab im Jahr 2007 1'732 Mandate im Bereich Erwachsenenschutz und 516 im Bereich Kindesschutz. In beiden Bereichen handelt es sich um ähnliche Zahlen wie in den vorangehenden vier Jahren. Im gleichen Zeitraum ist eine tendenzielle Zunahme der Anzahl Anerkennungen von Vaterschaften zu verzeichnen. Dasselbe gilt für Unterhaltsverträge und für die gemeinsame elterliche Sorge.⁷³

Die Erwachsenen- und Kindesschutzkommission (EKSK) bildet die ordentliche Vormundschaftsbehörde der Stadt Bern. Ihr untersteht der zivilrechtliche Kindesschutz, die Vormundschaftspflege, die Alimentenbevorschussung sowie die Aufgaben in den Bereichen Erbrecht und Nachlasssicherung. Jährlich werden rund 3'000 Geschäfte durch die EKSK behandelt.

6.6 Kompetenzzentrum Jugend und Familie

Angebote

Das **Kompetenzzentrum Jugend und Familie Schlossmatt** – vormals Stationäre Jugendhilfe der Stadt Bern – bietet Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in ihrem gewohnten Umfeld nicht zurecht kommen, ein geeignetes betreutes Wohnumfeld oder eine unterstützende Tagesstruktur. Der Aufenthalt der jungen Menschen in den stationären und teilstationären Institutionen dient der Förderung und Sicherung ihres Wohls und ihrer Entwicklung, welche im familiären Umfeld oft nicht, oder nicht vollständig gewährleistet sind. Ziel ist es, dass die jungen Menschen bis zu ihrem Schul- und Berufsabschluss lernen, ihr Leben selbständig und erfolgreich zu gestalten.⁷⁴

Die **Notaufnahme für Kinder und Jugendliche** bietet in akuten persönlichen, familiären oder sozialen Krisensituationen Entlastung und Unterstützung. Diese Institutionen sind speziell auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zugeschnitten und stellen insgesamt 12 Plätze zur Verfügung.⁷⁵

Das **Kinder- und Jugendheim Schlossmatt** und die **Wohngemeinschaft Schöneegg** sind Institutionen, die betreutes Wohnen für Kinder und Jugendliche in einem sozialpädagogischen Rahmen anbieten. Es stehen 30 Plätze zur mittel- und langfristigen Platzierung zur Verfügung.

Die **«Hängebrücke»** ist eine teilstationäre Einrichtung. Sie bietet Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren ein individuell zugeschnittenes Tagesstrukturprogramm an.

Die **Wohngemeinschaft Alpenegg** unterstützt einerseits junge Frauen, welche mit der selbständigen Bewältigung des Alltags als neugewordene Mutter überfordert oder nicht in der Lage sind, ihr Kind bedürfnisgerecht zu betreuen. Andererseits bietet die betreute Wohngemeinschaft Hilfe für schwangere Frauen in prekären psychischen und sozialen Situationen. Es werden 7 Plätze für den mittel- und langfristigen Aufenthalt angeboten.

Im Bereich der stationären Kinder- und Jugendhilfe sind in der Stadt und Region Bern zahlreiche weitere öffentliche und private Trägerschaften tätig.

Im Rechnungsjahr 2007 betragen die Bruttokosten der Stationären Jugendhilfe der Stadt Bern 6.7 Mio. Franken, welche – mit Ausnahme der «Hängebrücke» (0.4 Mio. Franken) – direkt vom Kanton übernommen wurden.⁷⁶ ■

⁷⁰ a.a.O.

⁷¹ Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, 2007a, S.8

⁷⁴ www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/jga/kompetenzzentrum_ju_fa_schlossmatt

⁷⁵ www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/jga/kompetenzzentrum_ju_fa_schlossmatt

⁷⁶ Stadt Bern, 2008, S.317

7 Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten

Erste Befragungsrunde

Das Politikfeld «Potentiale von Familien erkennen und nutzen» erschien den Expertinnen und Experten auf den ersten Blick eher zweitrangig. So massen sie in der ersten Befragungsrunde diesem Politikfeld vergleichsweise die geringste Bedeutung zu (M = 4.67, SD = 1.06).⁷⁷ Auch der politische Handlungsbedarf wird im Vergleich

TABELLE 1

«Potentiale von Familien erkennen und nutzen» 1		
Rangfolge der vorgegebenen und von den Expertinnen und Experten selbst formulierten Ziele und Massnahmen der ersten Befragungsrunde		
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Ziele	M	SD
1 Integration ausländischer Familien	5.57	.63
2 Leistungen der Familie anerkennen	4.73	1.17
3 Den Anliegen von Kindern eine Stimme geben	4.53	.90
Legende: Skala von 1-6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung		
Häufige Ziele , die Expertinnen und Experten in der Befragung formulierten		
Leistungen der weiblichen Bevölkerung für Familien anerkennen	4 Nennungen	
Integration in Richtung Generationspolitik, Familien stärken, damit sie ältere Familienangehörige begleiten und pflegen	3 Nennungen	
Elternbildung für bildungsferne Eltern, Schnittstellen zwischen Öffentlichkeit/Schule und Familie pflegen	3 Nennungen	
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Massnahmen	M	SD
1 Durchmischung der in- und ausländischen Bevölkerung in Quartieren erhalten bzw. fördern	5.13	1.11
2 Bedürfnisse und Ressourcen von Familien gezielt für die Integration der ausländischen Bevölkerung nutzen	4.90	1.08
3 Fördern sozialer Netze für Familien	4.70	1.12
4 Kontinuierliches Monitoring des Familienwandels auf dem Stadtgebiet	4.43	1.01
5 Lobbying für die Anerkennung der Familienarbeit	4.03	1.30
6 Ombudsstelle für Kinder einrichten	3.63	1.33
Legende: Skala von 1-6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung		

mit den anderen Politikfeldern als weniger bedeutsam eingestuft (M = 4.97, SD = 1.24). Werden jedoch die Bewertungen der Befragten auf der Ebene der Ziele und Massnahmen in diesem Politikfeld betrachtet, ändert sich das Bild.

Das Ziel «Integration ausländischer Familien» hat nach Ansicht der Expertinnen und Experten eine sehr hohe Bedeutung (vgl. **Tabelle 1**). Im Gesamtranking der vorgegebenen familienpolitischen Ziele aller vier Politikfelder, platziert sich dieses Ziel auf dem zweiten Rang. Auch die damit verbundene Massnahme «die Durchmischung der in- und ausländischen Bevölkerung in Quartieren erhalten bzw. fördern» wird hoch bewertet. Als annähernd ebenso relevant wird von den Befragten die Massnahme «Bedürfnisse und Ressourcen von Familien gezielt für die Integration der ausländischen Bevölkerung nutzen» eingestuft.

Diese Ergebnisse akzentuieren, dass für die Expertinnen und Experten die Integration ausländischer Familien ein wichtiges und zentrales Anliegen darstellt. Durch die Durchmischung der in- und ausländischen Bevölkerung in den Quartieren soll eine Segregation von Ausländerquartieren vermieden werden. Eine Expertin schreibt: «Der politische Handlungsbedarf ist insbesondere in der Steuerung der Bevölkerungszusammensetzung in den Wohnquartieren gegeben». Die Befragten sind sich einig, dass Orte und Institutionen, an denen ausländische und schweizerische Familien zusammen in Kontakt kommen, vermehrt zur Integration der ausländischen Familien genutzt werden sollen. Ebenfalls wird postuliert, dass die Bedürfnisse und Ressourcen der ausländischen Familien besser erkannt werden müssen.

Bei den von den Expertinnen und Experten selbst formulierten Zielen werden von Einzelnen die Förderung der Chancengleichheit der Immigrantenkinder sowie die engere Zusammenarbeit mit Immigranteneinigungen erwähnt. Ein Experte meint: «Solche Netzwerke haben im interkulturellen Bereich eine wichtige Bedeutung. Hier hat auch die Schule ein wichtiges Potential, da Kinder verschiedener Schichten und Herkunft zusammenkommen».

Die Resultate der von den Befragten selbst formulierten Ziele und Massnahmen erweitert die Thematik der «Integration» um den Aspekt der «Integration der Generationen». So postulieren einige Expertinnen und Experten, dass sich die Familienpolitik auch um die Integration der älteren Generationen kümmern soll. Dadurch versprechen sich die Befragten einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Erreicht werden soll die Integration der älteren Generation unter anderem durch die Stärkung der Familien mit dem Ziel, den Familien die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie die Pflege von älteren Familienangehörigen und die Begleitung von älteren Betagten übernehmen können.

⁷⁷ **M** bezeichnet den Mittelwert der Antworten der 30 Expertinnen und Experten auf einer Skala von 1-6. **SD** bezeichnet den Wert der Standardabweichung eines statistischen Wertes zum Ausmass der Streuung der Antworten auf der Skala von 1-6.

Wenn hier Familienmitglieder Aufgaben übernehmen, soll diese Nutzung der Familienpotentiale jedoch nicht zu einer weiteren Belastung der Familien, insbesondere der Mütter während der Kinderphase, führen.

Indirekte Massnahmen zur Förderung der Potentiale von Familien sind den Expertinnen und Experten weniger wichtig als die genannten Integrationsmassnahmen. So werden die Ziele «Die Leistungen der Familie anerkennen» und «den Anliegen von Kindern eine Stimme geben» als weniger bedeutend eingestuft. Auch wird der Massnahme «Ombudsstelle für Kinder einrichten» eine geringe Bedeutung zugeteilt.

Zweite Befragungsrunde

In der zweiten Befragungsrunde ging es darum, aufgrund der Ergebnisse der ersten Befragung die Themen inhaltlich weiter zu differenzieren und ihre Bedeutung zu erhärten. Der in der ersten Runde aufgeworfene Aspekt der Integration der Generationen wurde konkretisiert. Die Ziele «Soziale Netze, an denen sich Familien mit Kindern sowie Erwachsene ohne Kinder beteiligen,

fördern» sowie «Soziale Netze zwischen den Generationen fördern» wurden als die bedeutsamsten in diesem Politikfeld angesehen (vgl. **Tabelle 2**).

Als fast genauso relevant wurden von den Befragten die Ziele «die Selbstorganisation und das Selbsthilfepotential Jugendlicher in kulturellen und sportlichen Aktivitäten fördern» und «Ausbau der Deutschkurse für erwachsene Migrantinnen und Migranten» bewertet. Nach Ansicht der Expertinnen und Experten ist die Beherrschung der Deutschen Sprache ein wichtiger Faktor für die Integration. Einige fordern deshalb auch, dass die Kinder mit Migrationshintergrund schon vor Schuleintritt über gute Kenntnisse der Unterrichtssprache verfügen sollen. Dies könnte unter anderem durch den Ausbau von Tagesstätten erreicht werden. Des Weiteren wird von Einzelnen eine bessere Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus gefordert.

Eine Expertin schreibt: «Die Integrationsproblematik dürfte sich weiter intensivieren. In dieser Hinsicht dürfte vor allem die sprachliche Assimilation politisch stark gepusht werden, wodurch sie grosse Bedeutung erlangt.» Eine hohe Bedeutsamkeit weist auch das Ziel «Mit Schweizer- und Ausländerkindern durchmischte Regelklassen in der Volksschule» sowie die Zielsetzung «Kampagne gegen herkunftsbezogene Vorurteile gegenüber Migrantinnen und Migranten» auf, wobei einige der Expertinnen und Experten die Meinung vertreten, dass Kampagnen die Probleme der Vorurteile kaum zu lösen vermögen. «Eine solche Kampagne erachte ich als höchst problematisch. Die Bestimmung einer Gruppe verstärkt die Vorurteile, [...] Vorurteile bauen sich eher beim Zusammentreffen ab als über Kampagnen».

Die Einschätzung der Expertinnen und Experten des Ziels «Gemeinwesenarbeit stärker auf die Integration von Migrantenfamilien und die Integration der Generationen ausrichten», zeigt deutlich, dass Integrationsbemühungen nicht auf Migrantinnen und Migranten beschränkt werden sollen, da auch generationenübergreifende Integration von Bedeutung ist.

Zusammenfassung

In der ersten Befragungsrunde stuften die Expertinnen und Experten das Ziel der Integration ausländischer Familien als sehr bedeutsam für die städtische Familienpolitik ein. In der zweiten Runde wurde spezifischer auf die Integration fokussiert und hierbei ergab sich, dass vor allem für die Integration der Migrantinnen und Migranten der Ausbau der Deutschkurse als wesentlich angesehen wird. Die Schule stellt eine integrationsfördernde Instanz dar, und deshalb ist es wichtig, dass diese Funktion der Schule weiter gefördert und ausgebaut wird.

Aus den Auswertungen der von den Befragten selbst formulierten Ziele und Massnahmen hat sich ergeben, dass vor allem auch die generationenübergreifende Integration eine bedeutende Rolle einnimmt. Weiter möchten die Befragten, dass die Politik die Selbstorganisation und das Selbsthilfepotential Jugendlicher in kulturellen und sportlichen Aktivitäten unterstützt. ■

TABELLE 2

«Potentiale von Familien erkennen und nutzen» 2		
Rangfolge der vorgegebenen Ziele sowie der Begründungen/Kommentare der zweiten Befragungsrunde		
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Ziele	M	SD
3 Soziale Netze, an denen sich Familien mit Kindern sowie Erwachsene ohne Kinder beteiligen, fördern	5.10	1.38
2 Soziale Netze zwischen den Generationen fördern	5.10	1.20
3 Die Selbstorganisation und das Selbsthilfepotential Jugendlicher in kulturellen und sportlichen Aktivitäten fördern	5.00	.85
4 Ausbau der Deutschkurse für erwachsene Migrantinnen und Migranten	5.00	1.44
5 Mit Schweizer- und Ausländerkindern durchmischte Regelklassen in der Volksschule	4.97	1.21
6 Kampagne gegen herkunftsbezogene Vorurteile gegenüber MigrantInnen	4.97	1.21
7 Die Gemeinwesenarbeit stärker auf die Integration von MigrantenInnenfamilien und die Integration der Generationen ausrichten	4.79	.90
8 Schnellere Einbürgerung von MigrantInnen, die hier aufgewachsen sind	4.76	1.23
9 Die Frühförderung von Kindern (betr. körperliche, soziale und sprachliche Entwicklung) weiter etablieren	4.66	1.23
10 Kleinere Volksschul-Regelklassen in Gebieten mit hohem Ausländeranteil	4.66	1.45
11 Potentiale von MigrantInnenkindern in der Volksschule noch stärker nutzen	4.10	1.45

Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung

8 Zwischenfazit

Familien erfüllen zentrale Funktionen für die Gesellschaft. Sie sichern den Nachwuchs und tragen wesentlich zur Sozialisation der Kinder und Jugendlichen bei. Sie kommen für deren Ernährung und Ausstattung mit materiellen Gütern auf. Ausserdem hat die Herkunftsfamilie einen wesentlichen Einfluss darauf, welchen sozialen Status ihre Heranwachsenden erreichen. Nebst diesen auf Kinder bezogenen Funktionen erfüllen Familien Aufgaben an Orten, an denen sich im täglichen Leben verschiedene gesellschaftliche Gruppen begegnen: Eltern, ihre Kinder und Jugendlichen – so die Hypothese – stehen besonders häufig in Austauschbeziehungen zu Angehörigen anderer Nationalitäten, sozialer Schichten und Generationen.

Die Aufgabe der **Familienpolitik** besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien in ihren Funktionen unterstützen. Gerade die befragten Expertinnen und Experten betonen, dass in der städtischen Familienpolitik diejenigen Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt gestellt werden sollen, welche mithelfen, die Potentiale von Familienangehörigen zu stärken.

Ein Instrument dazu ist die **Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen**. Frühförderungsangebote – wie sie in Bern im Projekt primano erprobt werden – sollen Teil der Grundversorgung werden, so selbstverständlich, dass sich Familien, die das Angebot nutzen, nicht unkontrollierbaren Stigmatisierungseffekten aussetzen.

Eine Voraussetzung für die Integration fremdsprachiger Kinder ist, dass sich ein noch grösserer Anteil ihrer Eltern in der hiesigen Unterrichtssprache Deutsch verständigen kann. Das heisst **«Deutsch für Fremdsprachige»** soll noch stärker als niederschwelliges Grundangebot und mit hoher Qualität angeboten werden. Für Eltern mit geringen Zeitressourcen und kleinen Einkommen ist das Angebot des Deutschkurses mit einem entsprechenden Entlastungsangebot zu kombinieren.

Die **Volksschule** ist ein Ort, an dem Kinder und Eltern verschiedener sozialer Schichten und Kulturen miteinander in Kontakt kommen. Die Schule soll aber nicht weiter durch Aufgaben der Familienförderung belastet werden. Ein Aspekt ist an dieser Stelle im Hinblick auf die Chancengleichheit der Kinder erwähnenswert. Es geht um die Frage, wie stark die Schule den Lernprozess der Schülerinnen und Schüler ans Elternhaus delegieren soll: Über die Hausaufgaben übergibt die

Schule einen Teil der Verantwortung für das Lernen der Kinder an die Familien. Diese nehmen diesen Auftrag im Rahmen ihrer Potentiale wahr. Bildungsferne und mit dem Schweizer Schulwesen nicht vertraute Familien werden die Kinder in der Regel vergleichsweise wenig unterstützen können. Entsprechend stützt diese Praxis die Reproduktion sozialer Ungleichheit, obschon in der Stadt Bern seit vielen Jahren Aufgabenhilfe angeboten wird. Um den sozialen Aufstieg benachteiligter Kinder noch mehr zu fördern, müssten die Rahmenbedingungen, die es diesen Kindern ermöglichen, innerhalb der Schule mehr Unterstützung zu erhalten, weiter entwickelt werden.

Auch für das **Zusammenleben der Generationen** erfüllen Familien wichtige Funktionen. Als Folge der gestiegenen Lebenserwartung ist die Zahl der Hochbetagten stark angestiegen. Die Generation ihrer Kinder ist zunehmend gefordert, Begleit- und Betreuungsaufgaben zu übernehmen. Da hier die Familie mit Kindern bis 25 Jahre im Vordergrund steht, wird dieser Aspekt nur am Rand thematisiert. Doch soll in sozialpolitische Überlegungen zur Gewährleistung der Betreuung von Hochbetagten daran gedacht werden, dass die Potentiale von Familien mit minderjährigen Kindern bereits für Erziehungs- und Betreuungsaufgaben stark gebunden sind.

Das oben beschriebene, breite **Angebot von Institutionen** des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesens, die zur Stützung der Potentiale von Familien auf dem Platz Bern tätig sind, kann an dieser Stelle nicht evaluiert werden. Auf dem Hintergrund der Interessen der Zielgruppe Familie müssten zur Beurteilung des Angebotes z. B. die folgenden wichtigen Fragen beantwortet werden:

- Können sich die Zielgruppen, die eine Unterstützung suchen, ein Bild machen, welches Angebot für sie **das Richtige** ist?
- Findet für komplexe Fragestellungen eine wirksame und effiziente fallbezogene **Zusammenarbeit** der Institutionen statt?
- Sind die Angebote genügend aufeinander **abgestimmt**?
- Finden **benachteiligte Familien** den Zugang zu den Angeboten?
- Ist gewährleistet, dass **fremdsprachige Familien** den Zugang zu den Angeboten finden? ■

Teil 3 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

9 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als familienpolitisches Kernthema

Paare, die sich die Frage stellen, ob sie Kinder möchten, sind herausgefordert ein Arrangement für die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu entwickeln. In späteren Phasen, wenn weitere Kinder folgen, wenn die Kinder in den Kindergarten und die Schule eintreten, wenn die Familie mehr finanzielle Mittel braucht oder wenn sich Eltern trennen, kann sich die Frage nach der Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit wieder von Neuem stellen. Daher haben in den Lebenswelten vieler Familien die Angebote der familienergänzenden Betreuung an ihrem Wohnort einen hohen Stellenwert. Die Thematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu einem wichtigen und aktuellen familienpolitischen Inhalt geworden.

9.1 Familienmodelle

Die Aufteilung von Erwerbs- und Betreuungsbeteiligung zwischen Frauen und Männern hängt «sowohl von politisch-institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen als auch von kulturellen Leitbildern, Werten und Normen ab».⁷⁸ Dabei gibt es verschiedene Organisationsformen wie Paare mit kleinen Kindern Familie und Beruf aufeinander abstimmen. Gemäss dem «Gleichstellungs- und Frauenatlas Schweiz» lassen sich diesbezüglich (basierend auf Datensätzen des Bundesamtes für Statistik) gegenwärtig hauptsächlich vier «geschlechterkulturelle Familienmodelle» herausfiltern.⁷⁹

Die ersten Jahrzehnte der Nachkriegszeit waren durch ein sogenanntes **traditionell bürgerliches Familienmodell** geprägt. Dieses beinhaltete die Eheschliessung, die Elternschaft und eine klare Aufgaben- und Rollenteilung von Mann und Frau, in der dem Mann die Erwerbstätigkeit, der Frau die Haus- und Kinderbetreuungsarbeit zugeschrieben wird.⁸⁰ Frau und Mann stehen in einem hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis zueinander, wobei die Frau vom Einkommen ihres Partners abhängig ist und über weniger materielle und finanzielle Ressourcen und demnach auch über geringere Entscheidungsspielräume verfügt.⁸¹

Seit den 60er-Jahren wird dieses Familienmodell von individualistischen Modellen zunehmend abgelöst, respektive ergänzt. Hintergründe dieser Entwicklung

bilden das Postulat und die Umsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Im Vergleich zu anderen mittel- und nordeuropäischen Ländern setzte die Erodierung des traditionell bürgerlichen Familienmodells in der Schweiz spät ein. Statistische Fakten (z.B. die Zunahme der Paarhaushalte ohne Kinder sowie die Zunahme der Ehescheidungsquote) weisen aber darauf hin, dass sich der Pluralismus der familialen Lebensformen seit den 1980er-Jahren auch in der Schweiz durchgesetzt hat. Parallel dazu nahmen Bildungsniveau und Erwerbsquote der Frauen stark zu.⁸² Bis in die 90er Jahre blieb das traditionell bürgerliche Familienmodell noch das im Durchschnitt in der Schweiz am meisten verbreitete.⁸³ Dessen weiter anhaltende Erodierung, die in den grossen Schweizer Städten – so auch in Bern – mit besonderer Intensität zu beobachten ist, hatte hingegen Auswirkungen auf die Entfaltung anderer familialer Organisationsformen.

Seit den 70er Jahren hat das sogenannte **modernisierte bürgerliche Familienmodell** massiv an Bedeutung gewonnen und ist mitunter zum dominanten Modell avanciert. Demnach arbeitet der Mann weiterhin Vollzeit, während die Frau einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachgeht. Im Jahr 2003 wurde dieses Modell von 45 Prozent der Elternpaare mit Kindern im Vorschulalter und von 54 Prozent der Paare mit Kindern in der Schule gewählt.⁸⁴ Das strukturelle Problem der Lohnungleichheit der Geschlechter spielt zur Entwicklung des modernisierten bürgerlichen Familienmodells eine nicht unwesentliche Rolle: Während die Väter (als meist Besserverdienende) weiterhin den Hauptteil des Familieneinkommens einbringen, übernehmen die Mütter lediglich den Zusatzverdienst der Familie, tragen aber weiterhin die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung und Haushalt.⁸⁵ Die Herausforderung, eine Balance zu finden zwischen den Anforderungen von Berufs- und Familienarbeit, lastet demnach vor allem auf den Schultern der Frauen. In den letzten Jahrzehnten – und insbesondere in den grossen Städten so auch in Bern – sind aber zunehmend Entwicklungen hin zu egalitären Familienmodellen zu beobachten.

Im **egalitär-erwerbsbezogenen Familienmodell** sind sowohl Mann wie Frau vollzeitig berufstätig, während in der Kinderbetreuung meist auf externe Angebote zurückgegriffen wird. Die Eltern sehen sich dabei mit einer grossen Arbeitsbelastung konfrontiert, da Haushalts-

⁷⁸ Bühler, 2001, S.78

⁷⁹ Bühler, 2001, S.78f

⁸⁰ 1970 waren gegen 95% der verheirateten Männer mit Kindern voll erwerbstätig, während gegen drei Viertel der verheirateten Frauen mit Kindern keiner Erwerbstätigkeit nachgingen (Fux, 2005b, S.49ff)

⁸¹ Bühler, 2001, S.80

⁸² Erwerbsquote vgl. (Fux, 2005b, S.69); Bildungsniveau = höchste abgeschlossene Ausbildung vgl. (Fux, 2005b, S.48).

⁸³ 1990 haben sich in der Schweiz etwa 60% aller Paarhaushalte mit kleinen Kindern danach orientiert. Dabei ist der Anteil von Familien mit Müttern schweizerischer Nationalität mit 66 Prozent viel höher als der Anteil von Familien mit Müttern ausländischer Nationalität, die sich im Jahr 1990 zu etwa 43 Prozent an diesem Modell orientiert haben (Bühler, 2001, S.79).

⁸⁴ Im Vergleich dazu gilt das traditionell bürgerliche Familienmodell im Jahr 2003 nur noch für einen von drei Paarhaushalten mit Kindern im Vorschulalter, respektive für einen von vier Paarhaushalten mit Kindern im Schulalter (EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.50)

⁸⁵ Bühler, 2001, S.82f; EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.50f

und Betreuungsarbeiten neben der Vollzeit-Erwerbstätigkeit wahrgenommen werden müssen. Da diese Tätigkeiten im traditionellen Sinn den Frauen zugeschrieben werden – und Frauen weiterhin mehrheitlich die Hauptverantwortung für die Hausarbeit tragen⁸⁶ – sind auch hier meist die Mütter besonders gefordert. Dieses Modell wird in der Schweiz nur von knapp einem Zehntel aller Paarhaushalte mit Kindern angewandt.⁸⁷ Dabei kann beobachtet werden, dass das egalitär-erwerbsbezogene Modell unter ausländischen Familienhaushalten massiv mehr verbreitet ist als unter schweizerischen Familienhaushalten.⁸⁸

Im Gegensatz dazu sind nach dem **egalitär-familienbezogenen Familienmodell** sowohl Frau als auch Mann teilzeiterwerbstätig. Die Grundidee ist, dass Kinderbetreuung und Hausarbeit partnerschaftlich aufgeteilt und Mütter wie Väter gleichwertig in die Erwerbsarbeit integriert werden. Dieses Modell hat in den letzten Jahrzehnten – insbesondere in den 80er Jahren in urbanen Zentren – stark zugenommen, wird aber weiterhin nur von einem verschwindend geringen Prozentsatz aller Paarhaushalte mit kleinen Kindern angewandt.⁸⁹ Die nach wie vor geringe Verbreitung einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit lässt sich mit verschiedenen Faktoren erklären. Strukturelle Probleme wie die Lohnungleichheit der Geschlechter und die Unvereinbarkeit von Teilzeitarbeit und Karriere in vielen Berufen, aber auch steuerliche und versicherungsmässige Nachteile, spielen dabei eine erhebliche Rolle. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind aber auch kulturell verankerte traditionelle Rollenverständnisse der Geschlechter: während Frauen sich zunehmend von einseitigen Rollenzuschreibungen emanzipieren, stehen Männer, die sich zugunsten der Familie für eine Teilzeiterwerbstätigkeit entscheiden, oft (noch) im Gegensatz zu den vorherrschenden Männlichkeitsbildern.⁹⁰

Die hier dargelegten vorherrschenden Familienmodelle beziehen sich explizit auf zweigeschlechtliche Paarhaushalte mit kleinen Kindern. Eine gegenwärtige Familienpolitik sollte hingegen auch andere Formen familialen Zusammenlebens wie Paarhaushalte ohne Kinder oder gleichgeschlechtliche Paare einbeziehen. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass es eine stark wachsende Zahl getrennt lebender Eltern sowie Einelternefamilien gibt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Alleinerziehende eine besondere Herausforderung, ein gut abgestimmtes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung ist für sie unabdingbar.

9.2 Die Bedeutung der familienergänzenden Betreuungsangebote

Im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen und der zunehmenden Pluralisierung der Familienformen veränderte sich der Stellenwert der Kinderbetreuungsangebote: Während der Jahrzehnte, in denen das traditionell bürgerliche Familienmodell vorherrschte, wurden Angebote wie Krippen und Horte eher von einkommensschwachen Familien genutzt. Gemeinden und gemeinnützige Träger organisierten die Angebote als Teil der auf soziale Defizite ausgerichteten Einrichtungen. Hier setzten in den letzten Jahren neue Trends ein: Damit Frauen und Männer ihre Berufslaufbahn nicht unfreiwillig unterbrechen müssen, wurden und werden die familienergänzenden Betreuungsangebote ausgebaut. Die Betreuung der Kinder zwischen Elternhaus und Schule wird als Dienstleistung an der Schnittstelle von Betreuung, Erziehung und Bildung verstanden und nicht mehr als Fürsorge für Familien in Ausnahmesituationen. Der externen Kinderbetreuung wird zunehmend eine ganzheitliche pädagogische, soziale und persönlichkeitsbildende Funktion zugeschrieben, die mit einem hohen Qualitätsanspruch verknüpft ist.

Das Prinzip der Frühförderung gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung. Diese Thematik wird gegenwärtig politisch kontrovers diskutiert. Die Geister scheiden sich insbesondere hinsichtlich der Frage nach der Einschulung und Frühförderung von Kindern im Prozess der Harmonisierung der obligatorischen Schule in der Schweiz. Die von der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und -direktorinnen verabschiedete interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule vom 14. Juni 2007, (die sich gegenwärtig in kantonalen Beitrittsverfahren befindet), sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler in der ganzen Schweiz mit dem vollendeten 4. Lebensjahr eingeschult, und in den ersten Schuljahren – jeweils an ihre individuelle Entwicklung angepasst – gefördert werden sollen. Zum Erlernen von grundlegenden sozialen, sprachlichen und schulischen Kompetenzen sollen je nach individuellen Bedürfnissen auch zusätzliche spezifische Unterstützungsmassnahmen zur Verfügung stehen. Für die Familienpolitik ist zudem die vorgesehene Vereinheitlichung von schulischen bzw. schulergänzenden Tagesstrukturen von besonderer Bedeutung. Ziel ist es, dass in der ganzen Schweiz ein bedarfsgerechtes Angebot für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler ausserhalb der Unterrichtszeit zur Verfügung steht, dessen Nutzung hingegen fakultativ und für die Erziehungspflichtigen kostenpflichtig sein soll.⁹¹

⁸⁶ Die ungleiche Verteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern ist in Paarhaushalten mit Kindern besonders ausgeprägt (EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.50f)

⁸⁷ Im Jahr 2003 haben sich 8% der Paarhaushalte mit Kindern im Vorschulalter und 11% der Paarhaushalte mit Kindern im Schulalter danach gerichtet (EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.50)

⁸⁸ 1990 arbeiteten in 30 Prozent der Familien ausländischer Nationalität, aber nur in 6 Prozent der Familien schweizerischer Nationalität beide Eltern kleiner Kinder Vollzeit (Bühler, 2001, S.84f)

⁸⁹ 1990 lag der Anteil gesamtschweizerisch bei 1.5% (Bühler, 2001, S.79). Diese Zahl ist in den 90er Jahren wohl nicht erheblich gestiegen. Im Familienbericht 2004 des EDI fungiert die Aufteilung «Teilzeit/Teilzeit» unter der Klammer «andere Erwerbsmodelle», die auch die Aufteilung «Partner Teilzeit/Partnerin Vollzeit» sowie «Partner Teilzeit/Partnerin ohne Erwerb» umfasst. Diese «anderen Erwerbsmodelle» wurden im Jahr 2003 nur in 10% der Paarhaushalte mit Kindern unter 15 Jahren angewandt (EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.50)

⁹⁰ Bühler, 2001, S.86f

⁹¹ Vgl. Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule vom 14. Juni 2007, Art.5 und Art. 11, www.edk.ch/d/EDK/Geschaeft/framesets/mainHarmoS_d.html

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) der Stadt Bern nimmt diese neuen Herausforderungen an. So fordert das erste Leitziel der BSS-Strategie eine frühzeitige Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Gewährleistung einer guten Grundausbildung in einer Volksschule, die sich um tatsächliche Chancengleichheit bemüht.⁹²

In den Legislativrichtlinien des Stadtberner Gemeinderats wird der Frühförderung wie auch der Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen für kleine Kinder eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Stadt will die Anzahl spezieller Förderprogramme in Kindertagesstätten erhöhen und jährlich 40 neue Betreuungsplätze schaffen (davon 20 für Kinder unter 3 Jahren). Zudem soll die Wartedauer für einen Platz in einer Tagesstätte auf höchstens 9 Monate reduziert werden.⁹³

Ein wichtiger Faktor der politischen Steuerung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zudem im Kriterium der Gleichstellung von Frau und Mann gesehen werden, das in den Legislativrichtlinien des Berner Gemeinderats als eine von drei grundsätzlichen Rahmenbedingungen fungiert. Diese legen fest, dass die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur in der Personalpolitik, sondern auch in der Realisierung von Projekten gefördert und umgesetzt werden soll⁹⁴. Die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern (FFG) hat eine Strategie zur Gleichstellungsförderung ausgearbeitet⁹⁵ und diese mit einem Aktionsplan⁹⁶ konkretisiert, der spezifische Massnahmen vorsieht. Für die Thematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist insbesondere jener Schwerpunkt wichtig, der die Handlungsfelder Erwerbsarbeit, Familien- und Hausarbeit, Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und Umverteilung der unbezahlten Arbeit thematisiert. Da Frauen weiterhin durchschnittlich 20% weniger verdienen⁹⁷, sind Fortschritte bei der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern anzustreben. Hierzu gehört nicht nur, dass die Stadtverwaltung Bern intern die Einhaltung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann regelmässig überprüft, sondern dass die Stadt auch im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufgaben an Dritte von den jeweiligen Verantwortlichen den Nachweis der Lohngleichheit verlangt. Sinnvolle Steuerungsmechanismen zur Förderung der Lohngleichheit setzen zudem bei der Entwicklung und Prüfung von geeigneten Kontrollinstrumenten, bei bestimmten Anreizsystemen sowie bei personalpolitischen Massnahmen (wie beispielsweise den Anstellungsbedingungen, Personalbeurteilungen oder der Beförderungspraxis) an.⁹⁸ Da Frauen weiterhin in höheren Positionen unter- und in Niedriglohnbranchen übervertreten sind⁹⁹, ist für die Gleichstellungsförderung der Ausbau des Frauenanteils in Kaderpositionen und in politischen Entscheidungsgremien ein wichtiges

Ziel. Politisch lässt sich dies etwa über die Anpassung von Anstellungsbedingungen, über familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, mittels einer Verbesserung der familienergänzenden Betreuungsstrukturen, einer gleichstellungsorientierten Besetzung städtischer Führungsgremien und -positionen oder der Unterstützung von Mentoring-Programmen für Frauen steuern.¹⁰⁰

Der Ansatz einer gleichstellungsorientierten Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedingt, dass es sich hierbei nicht einfach um ein ‚Frauenthema‘ handelt, sondern dass «Männer als Akteure und Zielgruppe» gleichermaßen eingebunden werden¹⁰¹. An dieser Leitidee orientiert sich auch die strategische Zielsetzung der städtischen Gleichstellungspolitik, die vorsieht, dass sich Männer zunehmend an der Familien-, Haus- und Betreuungsarbeit von Kindern beteiligen. Mögliche Handlungsfelder zur Umsetzung des Ziels einer zunehmenden Väterbeteiligung setzen nicht nur bei der bereits thematisierten Bekämpfung der Lohnungleichheit, sondern auch bei der Gesundheitsförderung (im Sinne einer Sensibilisierung für eine ausgewogene work-life-balance) oder der Personalpolitik (hinsichtlich des Vaterschaftsurlaubs, der Anstellungsbedingungen oder familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle) an.¹⁰²

Aktuell können verschiedene Inhaltsbereiche, die das familienpolitische Thema «Fördern der Vereinbarkeit von Familie und Beruf» anreichern, unterschieden werden:

- Gleichstellung: Die Familienergänzende Betreuung (FEB) ermöglicht Mann und Frau eine hohe Erwerbsbeteiligung während Lebensphasen mit kleinen Kindern.
- Wirtschaftliche Interessen: Eine gut ausgebaute FEB ermöglicht eine höhere Erwerbsbeteiligung der Mütter. Das Arbeitskräfteangebot ist dadurch verbessert; die gesellschaftlichen Bildungsinvestitionen werden von Männern und Frauen besser genutzt.
- Volkswirtschaftliche Interessen: Eine verbesserte Erwerbsbeteiligung der Frauen wirkt präventiv im Hinblick auf Armutsrisiken (z.B. im Hinblick auf materielle Lücken nach einer Ehescheidung).
- Bevölkerungspolitik: Ein gut ausgebautes System der FEB gilt aufgrund internationaler Vergleichsstudien als einer der Faktoren, welche die Geburtenquote positiv beeinflusst.

Familien und Paare, die sich überlegen, eine Familie mit Kindern zu gründen, sind individuell mit Herausforderungen konfrontiert, die sich aus diesen thematischen Kernen ableiten. Die im nächsten Abschnitt aufgeführten Zahlen vermitteln einen Einblick zur Praxis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Schweiz.

⁹² Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, 2006, Leitziel 1; Vgl. auch den Abschnitt zur Frühförderung in diesem Bericht.

⁹³ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.18

⁹⁴ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.6

⁹⁵ Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2007

⁹⁶ Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2008

⁹⁷ Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2007, S.10; vgl. auch Bühler, 2001, S.58f

⁹⁸ Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2007, S.11; Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2008, S.3

⁹⁹ Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2007, S.10; vgl. auch Bühler, 2001, 56f

¹⁰⁰ Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2007, S.10; Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2008, S.2f

¹⁰¹ Dies ist eine der grundlegenden Leitideen für die strategischen Zielsetzungen der städtischen Gleichstellungsförderung (Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, 2007, S.8)

10 Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Grundlagen und Entwicklungen

Die Erwerbssituation von Frauen ist in der Schweiz stark abhängig von ihrer Familiensituation, während bei Männern dieser Zusammenhang nicht besteht. Die familiären Ereignisse bestimmen massgeblich die Erwerbsbeteiligung der Frauen. Vor der Heirat arbeiten 72% der Frauen Vollzeit; nach der Geburt des ersten Kindes sinkt diese Zahl auf 20% und nach der Geburt des zweiten Kindes auf 7,1%. Dennoch ist die Erwerbsquote der Frauen zwischen 1991 und 2003 stark gestiegen, jedoch im Teilzeitbereich. So sind nach der Geburt des zweiten Kindes heute 36,5% der Mütter teilzeitig erwerbstätig.¹⁰³ Die Zahlen zu den Paarhaushalten der Stadt Bern spiegeln die schweizerischen Trends wider. Die Erwerbsquote der Mütter mit zwei Kindern lag im Jahr 2000 etwas höher als im schweizerischen Mittel: Um die 12% waren vollzeitig erwerbstätig. Die Zahl der teilzeitig Erwerbstätigen lag knapp unter 40%.¹⁰⁴

Die Zahlen lassen den Schluss zu, dass die Mutterschaft in der Berufsbiographie der Frauen einen Unterbruch oder eine Reduktion der beruflichen Aktivitäten mit sich bringt. Die Schweiz gehört zu den Ländern, in welchen junge Frauen wissen, dass sie nach der Geburt von zwei Kindern mit grosser Wahrscheinlichkeit ihre Berufslaufbahn stark einschränken oder unterbrechen müssen. Die Familiensoziologie geht davon aus, dass sich ein solcher Sachverhalt negativ auf die Geburtenrate auswirkt. So weisen die skandinavischen Länder, in welchen die Betreuungsinfrastruktur seit Jahrzehnten auf hohem Niveau eingerichtet ist, die höchsten Geburtenraten Europas aus. In Schweden lag die Geburtenrate im Jahr 1990 mit 2,14 Kindern pro Frau im Alter zwischen 15 und 45 Jahren zum Beispiel um ca. einen Drittel höher als in der damaligen Bundesrepublik Deutschland.¹⁰⁵

Es sollte hingegen nicht übersehen werden, dass sich auch die Väter, die prinzipiell an einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit interessiert sind, in der Berufswelt mit Hindernissen konfrontiert sehen, die sich diesem Wunsch entgegenstellen.

In der Schweizerischen Familienpolitik gelten u. a. ein angemessen langer Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub, die Mutterschaftsversicherung, flexible Erwerbsarbeitsmodelle und der Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote als Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Schweizerischen Familienbericht von 2004 wird festgehalten, dass Familien mit einem Betreuungsbedarf von weniger als einem Tag für die Kinderbetreuung mehrheitlich auf Verwandte zurückgreifen. Für Eltern mit einem höheren Betreuungsbedarf sind institutionalisierte Betreuungsangebote wichtiger als Verwandte.

Bezüglich der institutionalisierten Betreuung besteht eine grosse nicht gedeckte Nachfrage. Im Rahmen einer Studie des Nationalfonds wurde eine Hochrechnung der Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter durchgeführt. Um den Bedarf in diesem Bereich zu decken, müssten für diese Altersgruppe zu den bereits bestehenden ungefähr 30'000 Plätzen weitere 50'000 eingerichtet werden.¹⁰⁶

Laut kantonalem Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Art.71.f) ist im Kanton Bern die familienergänzende Kinderbetreuung eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Die Kosten werden je zur Hälfte vom Kanton und der Gesamtheit aller Gemeinden getragen. Die Nachfrage hat im Bereich der familienergänzenden Betreuung stark zugenommen: Während im Jahr 2002 noch 43 Millionen Franken im Rahmen der genannten Finanzierung bereitgestellt wurden, waren es im Jahr 2005 über 60 Millionen. Dazu kommen die von Gemeinden zusätzlich geleisteten Beiträge. Die Finanzierung der familienergänzenden Betreuung stellt ein Problem dar. In seiner Antwort auf eine parlamentarische Motion schreibt der Regierungsrat im Jahr 2006, die Mittel würden in keiner Weise ausreichen, um alle Gemeinden in ihren Ausbaubestrebungen zu unterstützen. Im Jahr 2005 mussten aus finanziellen Gründen Gesuche von Gemeinden im Umfang von 3 Millionen Franken abgelehnt werden.¹⁰⁷

Die Tagesbetreuung für Kinder im Kindergarten- und Schulalter wird im Rahmen einer Neustrukturierung der kantonalen Verwaltung der Erziehungsdirektion angegliedert. Im Rahmen der neusten Revision des Volksschulgesetzes (Januar 2008) ist ein weiterer Entwicklungsschritt eingeleitet worden. Ab August 2010 müssen die Gemeinden, bei ausgewiesenem Bedarf, ein Tagesschulangebot (Tagesschulen, Tageshorte, Mittagstische) bereitstellen. Die Angebote werden neu im Rahmen der Volksschul- und Lehreranstellungsgesetzgebung finanziert.

Aus ökonomischer Sicht stellt sich die Frage nach dem volkswirtschaftlichen Nutzen von Kindertageseinrichtungen. Eine im Oktober 2007 erschienene Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS zu den Kindertagesstätten in der Region Bern kommt zu einer positiven Kosten-Nutzen-Bilanz. Insgesamt fielen die Gesamtkosten für die Kita in der Region Bern im Jahr 2006 auf 34.5 Millionen Franken.¹⁰⁸ Demgegenüber wurden die Nutzenwirkungen der Kindertageseinrichtungen errechnet. Berücksichtigt wurden folgende durch die externe Kinderbetreuung ermöglichte langfristige Effekte: die höhere Erwerbsbeteiligung der Eltern und die

¹⁰³ Vgl. EDI. Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.48f

¹⁰⁴ Grafik aus Aebbersold & Belser, 2006, S.31

¹⁰⁵ Strohmeier, 2002, S.356 und 339

¹⁰⁶ Iten et al., 2005

¹⁰⁷ www.be.ch/gr/VosData/Gwd/Parlamentarische%20Vorstoesse/Motionen/2006/20060309_064813/docssta-247717-v1-M_043_2006_Sch%C3%A4r-Egger_Lyss_SP_vom_23_01_2006_4725.pdf

www.be.ch/gr/VosData/Gwd/Parlamentarische%20Vorstoesse/Motionen/2006/20080204_152416/M_083_2006_Geissb.pdf

¹⁰⁸ Fritschi, Strub, & Stutz, 2007, S.9

entsprechende Steigerung des Erwerbseinkommens, die daraus folgenden höheren Beiträge an die Sozialversicherungen, die höheren Steuereinnahmen aufgrund der zusätzlichen Erwerbseinkommen der Eltern sowie der Lohnzahlungen an das Kita-Personal und durch die höheren Einkommen der Eltern vermiedene Kosten der Sozialhilfe.¹⁰⁹ Aus der Studie geht hervor, dass die durch die Kitas in der Region Bern im Jahr 2006 hervorgehenden Nutzenwirkungen in der Höhe von 89.3 bis 122 Millionen Franken liegen. Insgesamt beträgt das Verhältnis von Nutzen zu Kosten für die öffentliche Hand 1.0 bis 1.4. Dies bedeutet, dass langfristig bis zu 40 Prozent mehr Einnahmen an die öffentliche Hand zurückfliessen

als die Kita-Finanzierung kostet. Während insbesondere für Bund und Kanton massiv mehr Einnahmen zurückfliessen als sie für die Kita-Betreuung ausgeben (für den Kanton 30 bis 80 Prozent mehr Einnahmen), sieht die Bilanz für die Gemeinden etwas weniger positiv aus. Wenn jedoch die durch den Lastenausgleich zurückerstatteten Beiträge berücksichtigt werden, so ergibt sich gemäss der Studie ein Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Standortgemeinden von 0.8 bis 1.2. Für die Gesamtgesellschaft ergibt sich ein durchaus positives Kosten-Nutzen-Verhältnis der Kinderbetreuung in der Region Bern: Kurzfristig fließen pro investiertem Franken 1.5 bis 2, langfristig 2.6 bis 3.5 Franken zurück.¹¹⁰ ■

11 Familienergänzende Tagesbetreuung: Angebot und Nachfrage in der Stadt Bern

11.1 Überblick über das familienergänzende Betreuungsangebot

In der Stadt Bern gibt es verschiedene Angebote der familienergänzenden Tagesbetreuung. Die Tagesstätten für Kinder im Vorschulalter (Kita) und Schulkinder (Tagi) sowie vier altersgemischte Einrichtungen gehören in den Aufgabenbereich des Jugendamtes. Das Schulamt ist für die Tagesschulen wie auch für das ergänzende Ferienbetreuungsangebot (Ferieninseln) zuständig. Daneben gibt es weitere Betreuungsangebote wie Tageseltern oder Spielgruppen.¹¹¹

Die **Tagesschulen** sind ein schulergänzendes (kostenpflichtiges) Angebot der Volksschule in der Stadt Bern, die neben den Schulstunden eine umfassende Tagesbetreuung – einen Mittagstisch, Hausaufgabenbegleitung sowie Freizeitaktivitäten – anbieten. Die Tagesschulen sind während den Schulwochen im Jahr montags bis freitags von 12 bis 18 Uhr geöffnet, wobei Kinder auch für einzelne Betreuungseinheiten eingeschrieben werden können.¹¹² Seit August 2007 verfügt die Stadt Bern über ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulstrukturen, das vereinheitlicht wurde. Die Tagesschulen haben die bisherigen Horte und Mittagstische abgelöst.¹¹³

Da die Tagesschulen während den Schulferien geschlossen sind, bieten die **Ferieninseln** eine – für berufstätige Eltern entlastende – Betreuung in der Ferienzeit an. Dieses von der Stadt subventionierte Ergänzungsangebot richtet sich an Schulkinder bis zwölf Jahre und besteht während elf Schulferienwochen jeweils von 08.00 bis 17.30 Uhr.¹¹⁴

Im Gegensatz zu den Tagesschulen sind die **Kindertagesstätten** ganzjährig montags bis freitags von 06.30 (resp. 07.00) Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. Diese Einrichtungen werden nach Alter der Kinder in Tagesstätten für **Kinder im Vorschulalter (Kita)** und Tagesstätten für **Schulkinder (Tagi)** unterteilt, zunehmend aber auch altersgemischt geführt. Zudem kann nach (finanziellen) Leistungsträgern zwischen städtisch geführten Einrichtungen, privat geführten, von der Stadt mitfinanzierten Einrichtungen sowie privat geführten Einrichtungen ohne Subventionen unterschieden werden. Die städtisch geführten sowie die privat geführten, von der Stadt mitfinanzierten Kitas leisten Ganztagesbetreuung und Frühförderung für Kinder bis zum Kindergarten, beziehungsweise bis zum Schuleintritt. Die Kitas haben eine Wohngruppenstruktur und es wird auf Beziehungskonstanz geachtet. So gilt in den städtischen Einrichtungen ein Mindestbetreuungsansatz von 40 Prozent. In den städtisch geführten sowie privat geführten, von der Stadt mitfinanzierten Tagis wird eine Ganztagesbetreuung für schulpflichtige Kinder angeboten. Die Kinder werden individuell gefördert und umfassend betreut (Aufgabenhilfe, Freizeitbegleitung). Die Mindestbetreuung in den städtischen Tagis liegt bei 60 Prozent. Des Weiteren gibt es städtisch geführte altersgemischte Einrichtungen, welche die Klein- und Schulkinder in derselben Institution zusammenführen, wodurch der Wechsel von der Kita ins Tagi entfällt. Dieses Angebot soll in Zukunft weiter ausgebaut werden.¹¹⁵

Tageseltern bieten eine umfassende Kinderbetreuung im privaten Umfeld an. Die Nachfrage von Plätzen bei Tagesfamilien ist deutlich geringer als die Nachfrage

¹⁰⁹ Fritschi et al., 2007, S.1–22. Diese Zahlen beziehen sich auf ein Minimal- und ein Maximalszenario. Die Maximalvariante nimmt einen linearen Zusammenhang zwischen Erwerbsvolumen und Betreuungsvolumen an (durch ein Tag mehr Kinderbetreuung steigt das Erwerbsvolumen um einen Tag). Die Minimalvariante geht davon aus, dass Eltern, die KITA-Betreuung beanspruchen, auch auf andere Arrangements zurückgreifen und das Erwerbsvolumen nur die Hälfte des Kinderbetreuungsvolumens ausmacht (Fritschi et al., 2007, S.13)

¹¹⁰ Fritschi et al., 2007, S.24

¹¹¹ Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.68ff

¹¹² Stadt Bern. Direktion für Bildung, 2007, S.12; Stadt Bern. Gemeinderat, S.69

¹¹³ Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.70, 73f

¹¹⁴ Stadt Bern. Direktion für Bildung, 2007, S.13; Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.69

¹¹⁵ Stadt Bern. Direktion für Bildung, 2007, S.10f; Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.69

¹¹⁶ So sollen im Jahr 2006 in der Stadt Bern nur 59 Vorschulkinder und 53 Schulkinder bei Tageseltern betreut worden sein (Stadt Bern. Direktion für Bildung, 2007, S.8)

nach institutioneller Tagesbetreuung.¹¹⁶ Die Flexibilität von individuell anpassbaren Betreuungszeiten ist insbesondere für Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten attraktiv¹¹⁷. Im März 2006 hat die Stadt Bern mit dem Verein «leolea» – dem Trägerverein der Tageseltern Bern – einen Leistungsvertrag abgeschlossen.¹¹⁸

Aus privaten Initiativen – hauptsächlich engagierter Eltern – sind zudem die **Spielgruppen** hervorgegangen. Als koordinierendes Gremium wirkt die Interessengemeinschaft (IG) Berner Spielgruppen, die sich für die Förderung von Spielgruppen in der Stadt einsetzt, Weiterbildungsmöglichkeiten und Austauschtreffen für SpielgruppenleiterInnen und Eltern organisiert und beratend und vermittelnd tätig ist.¹¹⁹ Dieses Angebot wird von der Stadt Bern subventioniert. Spielgruppen können von Kindern ab 3 Jahren bis zum Kindergarteneintritt ein- oder mehrmals pro Woche jeweils für zwei bis drei Stunden besucht werden. Dies gilt auch für die Waldspielgruppen, die draussen stattfinden und den Wald als Spiel- und Entdeckungsort für Kinder nutzen. Im Zentrum der Spielgruppenbetreuung stehen die Kinder und die Förderung von Spiel, Bewegung und Austausch mit anderen Kindern. Aufgrund der Dauer der Betreuung ist das Prinzip der zeitlichen Entlastung der Eltern zweitrangig.¹²⁰

Neben den städtischen, subventionierten und privaten Angeboten gibt es weitere Angebote zur Kinderbetreuung und Unterstützung von Familien. Zu nennen wäre etwa der Hütedienst des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK), der eine Betreuung von kranken Kindern berufstätiger Eltern oder von Kindern kranker Eltern anbietet. Diese Angebote richten sich nur an Familien in expliziten Belastungs- und Ausnahmesituationen. Für berufstätige Eltern entlastend wirkt zudem die Festlegung verbindlicher Blockzeiten in den Volksschulen.

11.2 Betreuungssituation: Verhältnis Angebot-Nachfrage

In Übereinstimmung mit dem politisch intendierten Ziel des Ausbaus der familienergänzenden Kinderbetreuung ist in den letzten Jahren die Platzzahl bei den Kindertagesstätten und Tagesschulen kontinuierlich weiter ausgebaut worden. Der Betreuungsgrad ist in der Stadt Bern im Vergleich zu anderen Deutschschweizer Städten hoch. In Kitas werden immer mehr Kinder teilzeitlich betreut. Die Anzahl der Kinder im Vorschulalter, die in städtisch finanzierten Tagesstätten oder auf städtisch mitfinanzierten Plätzen in privaten Kitas betreut wurden, stieg von 2003 bis 2007 um rund 20 Prozent von 1167 auf 1500 Kinder. Auf die Gesamtzahl Vorschulkinder in der Stadt Bern berechnet, ist dabei eine Erhöhung des

Betreuungsgrades (der in städtisch finanzierten Kitas sowie bei Tageseltern betreuten Vorschulkinder) von 19 auf 23 Prozent zu verzeichnen. Der Betreuungsgrad der (in Tagesstätten, Tagesschulen oder bei Tageseltern betreuten) Schulkinder nahm in demselben Zeitraum von 24 auf 35 Prozent zu. Dieser Anstieg ist hauptsächlich durch die Einrichtung von Tagesschulen verursacht: Während im Jahr 2003 1519 Schulkinder in Tagesschulen betreut wurden, lag diese Zahl im Jahr 2007 bei 2292 Kindern. Da die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern die neu geschaffenen Betreuungsplätze seit 2004 nur noch beschränkt zum Lastenausgleich zulässt, sieht sich die Stadt mit zunehmenden Ausgaben konfrontiert.¹²¹

Trotz dem ausgebauten Angebot bestehen nach wie vor sehr lange Wartelisten auf einen Betreuungsplatz. Die Wartezeit ist in der Regel deutlich länger als die in den Legislaturrichtlinien angestrebte Maximalzeit von neun Monaten. Die Nachfrage nach familienergänzender Betreuung nimmt weiter stark zu, was mit der wirtschaftlichen Lage auf dem Arbeitsmarkt wie auch mit einer gesellschaftlichen Imageaufwertung der familienergänzenden Kinderbetreuung und Frühförderung erklärt werden kann.¹²² Insbesondere in der Kinderbetreuung im Vorschulbereich sind die Wartelisten sehr hoch: im Jahr 2007 standen 738 Kinder auf den Wartelisten der Kitas. Das Angebot der bestehenden 886 subventionierten (Vollzeit-) Betreuungsplätze, die im Jahr 2007 auf 1500 Kinder im Vorschulalter verteilt waren, ist demnach viel geringer als die Nachfrage.

Weniger gravierend ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in den Einrichtungen für Schulkinder: 2745 Kinder wurden im Jahr 2007 in Tagesschulen und Tagis (verteilt auf die bestehenden 1770 Vollzeitplätze) betreut. Während die Tagesschulen praktisch die ganze Nachfrage decken, warten bei den Tagis 159 Schulkinder auf einen Betreuungsplatz.¹²³ Der Rückgang der Wartelisten in Einrichtungen für Schulkinder ist auch darauf zurückzuführen, dass das Tagesschulangebot in der Stadt Bern in den letzten Jahren stark ausgebaut und vereinheitlicht wurde.

Gestiegen ist auch die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in den Ferieninseln. Da diese als ergänzendes Angebot zu den Tagesschulen genutzt werden, konnten hingegen keine genauen Angaben zum Angebots-Nachfrage-Verhältnis in den Ferieninseln eruiert werden.

Im Verzeichnis der IG Berner Spielgruppen¹²⁴ sind für Bern über 30 Spielgruppen aufgeführt. Da die Anmeldung und allfällige Wartelisten direkt durch die jeweilige Spielgruppenleitung erfolgen, kann über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in den städtisch subventionierten Spielgruppen ebenfalls keine genauen Angaben gemacht werden.

¹¹⁷ Stadt Bern. Direktion für Bildung, 2007, S.15

¹¹⁸ Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, Jugendamt, 2007, S.17

¹¹⁹ www.bernerspielgruppen.ch/

¹²⁰ www.bern.ch/leben_in_bern/persoeliches/familie/kinderbetreuung/unregelmassig/spielgruppen/view?searchterm=spielgruppen*; www.bernerspielgruppen.ch/

¹²¹ Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.70f

¹²² Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.70

¹²³ Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.71

¹²⁴ www.bernerspielgruppen.ch/verzeichnis/bern.html

Aus den Daten der Bevölkerungsbefragung 2007 der Statistikdienste der Stadt Bern geht hervor, dass für die befragten Personen in Familienhaushalten ein erheblicher Handlungsbedarf hinsichtlich des Kinderbetreuungsangebots besteht. So haben Befragte, die in Haushalten mit Kindern leben, dem Kinderbetreuungsangebot eine sehr hohe Wichtigkeit beigemessen. Demgegenüber fallen die Bewertungen zur Zufriedenheit mit dem bestehenden Kinderbetreuungsangebot deutlich tiefer aus. Das betrifft nicht deren Qualität, mit der die Eltern sehr zufrieden sind, sondern die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze. Am schlechtesten werden die Angebote von Familien mit mindestens einem Kind von 0–3 Jahren bewertet. Während die Angebote auf einer Notenskala von 1 bis 6 bei einer hohen Wichtigkeit von 5.32 ansetzen, wird die Zufriedenheit mit 3.39 viel tiefer bewertet. Aus dieser Diskrepanz lässt sich ein hoher Handlungsbedarf erkennen.¹²⁵

11.3 Sozialräumliche Betrachtungen

Die Anzahl der in Kitas, Tagis, Tagesschulen oder bei Tageseltern betreuten Kinder ist je nach Stadtteil unterschiedlich.

Der Stadtteil II Länggasse-Felsenau weist für das Jahr 2007 den höchsten Betreuungsgrad an Vorschulkindern auf (59%), gefolgt vom Stadtteil V Breitenrain-Lorraine (44%). Im Vergleich dazu ist der Betreuungsgrad an Vorschulkindern in den Stadtteilen III Mattenhof-Weissen-

bühl (mit 36.1%), VI Bümpliz-Oberbottigen (mit 19.6%) sowie IV Kirchenfeld-Schosshalde (mit 13%) deutlich tiefer.¹²⁶ In der Inneren Stadt (Stadtteil I) werden sehr viele Vorschulkinder betreut, die nicht im Stadtteil selbst wohnen, daher können hier keine repräsentativen Zahlen angegeben werden. Ausgehend von diesen Erkenntnissen stellt sich nun die Frage nach der stadtteilspezifischen ungedeckten Nachfrage in den Kitas. Diese bemisst sich aus dem Verhältnis der Anzahl in Kitas betreuter Kinder zu der Anzahl Kinder auf der Warteliste. Der Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde (mit dem vergleichsweise geringsten Betreuungsgrad) weist die längsten Wartelisten auf (ungeddeckte Nachfrage von 73%). Eine hohe ungedeckte Nachfrage nach Betreuungsplätzen ist zudem im Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl (54%) auszumachen. Im Verhältnis dazu gibt es kürzere Wartelisten in den Stadtteilen V Breitenrain-Lorraine und VI Bümpliz-Oberbottigen (je 41%) sowie II Länggasse-Felsenau (29%).

Im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen war die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Kitas in den letzten Jahren deutlich geringer als in anderen Stadtteilen. Dies kann mit dem hohen Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung erklärt werden. Von vielen erwerbstätigen Eltern mit Migrationshintergrund wird das Konzept, die eigenen Kinder durch eine öffentliche Institution betreuen zu lassen, negativ bewertet und es werden familieninterne informelle Lösungen (wie die Betreuung durch Grosseltern oder Verwandte) bevorzugt.¹²⁷ In der Zwischenzeit zeichnet sich aber auch in diesem Stadtteil eine Zunahme der Nachfrage ab. ■

12 Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten

Erste Befragungsrunde

Die Ergebnisse der ersten Befragungsrunde widerspiegeln, dass das Politikfeld «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» für die städtische Familienpolitik der nächsten fünf Jahre die grösste Bedeutung einnimmt (M = 5.69, SD = .47). Dies gilt auch in Bezug auf die Beurteilung des politischen Handlungsbedarfs (M = 5.59, SD = .63).

Als die wesentlichsten Ziele, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, sehen die Expertinnen und Experten die Lohngleichheit der Geschlechter und das stärkere Engagement der Väter in der Kinderbetreuung. Im Vergleich dazu wird den Zielen «Aufgabe gängiger Stereotypen», «Verminderung der Alltagsbelastungen (Zeitdruck usw.) in der Kombination von Elternschaft und Erwerbsarbeit» sowie «Verminderung der Zäsuren und Rückschritte in der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern» weniger Bedeutung beigemessen.

Der politische Handlungsbereich der «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» wird von den Befragten unterschiedlich begründet. Ein Teil argumentiert – auf der Basis der Zielsetzung, dass den Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden soll – insbesondere mit der Förderung des erleichterten Berufseinstiegs nach dem Mutterschaftsurlaub wie auch mit der Förderung von Berufswiedereinsteigerinnen. Ein anderer Teil argumentiert auf der Basis der Zielsetzung, dass die Frauen auch in der (Klein-)Kinderphase ihre Erwerbstätigkeit gar nie unterbrechen sollten.

Als die bedeutsamsten Massnahmen werden von den Expertinnen und Experten die Harmonisierung der Blockzeiten von Kindergarten und Schule sowie der nachfrageorientierte Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung betrachtet.

¹²⁵ Genauere Angaben zu der Bevölkerungsbefragung finden sich in Kapitel 23 sowie den Tabellen im Anhang.

¹²⁶ Die Betreuungssituation bei Schulkindern weist weniger deutliche Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Stadtteilen auf. Nach dem Stadtteil V Breitenrain-Lorraine (Betreuungsgrad 44%) folgen die Stadtteile II Länggasse-Felsenau (40%), Mattenhof-Weissenbühl (37%), Kirchenfeld-Schosshalde (34%) und Bümpliz-Oberbottigen (31%). (Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.72)

¹²⁷ Stadt Bern. Gemeinderat, 2008, S.72

Nach Ansicht der Expertinnen und Experten stellt eines der wesentlichsten Ziele das stärkere Engagement der Väter bei der Kindererziehung dar. Handlungsbedarf besteht vor allem auf der Seite der Unternehmen und Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber. Gefordert wird ein Umdenken, indem den Männern die Möglichkeit einer Teilzeitarbeitsstelle sowie Vaterschaftsurlaub angeboten und zur Verfügung gestellt werden. Ferner wird als bedeutsam erachtet, dass sich die Männer stärker an Hausarbeiten beteiligen sowie dass Männern in typischen Frauenrollen zunehmende gesellschaftspolitische Akzeptanz zukommt. Die Massnahmen einer städtischen Kampagne für das egalitäre Familienmodell, die Förderung des Tagesbetreuungsangebotes im Sinne des «Public Private Partnership» und die Vergabe eines städtischen Zertifikats für familienfreundliche Unternehmen erhalten eine weniger hohe Gewichtung.

Zweite Befragungsrunde

Als das bedeutsamste Ziel dieses Politikfeldes – wie auch im Gesamtranking der Ziele – wird «Teilzeitarbeit von Männern fördern» angesehen. Eine Expertin schreibt: «Solange unter Männern Teilarbeitszeit keine Anerkennung findet und solange eben auch diese für die Arbeitgeber nicht klar wird, kann über Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht die Rede sein. Dabei muss erwähnt werden, dass solche Konstellationen primär auf eine patriarchalische Tradition zurückzuführen sind. Obwohl sich die modernen Arbeitgeber gerne mit dem Adjektiv familienfreundlich schmücken, tatsächlich sind sie es nicht.»

Die hohe Bedeutsamkeit, die diesem – generell auf alle Berufspositionen bezogenen – Ziel zugeschrieben wird, steht im Kontrast zur tiefen Bedeutsamkeit des Ziels «Teilzeitkaderpositionen für Frauen und Männer fördern», das von den Befragten als dasjenige mit der geringsten Bedeutsamkeit aller vorgegebenen Ziele eingestuft wur-

TABELLE 3

«Vereinbarkeit von Familie und Beruf»			1	
Rangfolge der vorgegebenen und von den Expertinnen und Experten selbst formulierten Ziele und Massnahmen der ersten Befragung				
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Ziele	M	SD		
1 Lohngleichheit der Geschlechter	5.60	.89		
2 Stärkeres Engagement der Väter in der Kindererziehung	5.40	1.04		
3 Aufgabe gängiger Rollenstereotypen	5.07	1.33		
4 Verminderung der Alltagsbelastungen (Zeitdruck usw.) in der Kombination von Elternschaft und Erwerbsarbeit	4.97	1.16		
5 Verminderung von Zäsuren und Rückschritten in der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern	4.87	1.43		
Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung				
Häufige Ziele, die Expertinnen und Experten in der Befragung formulierten				
Verminderung von Laufbahnunterbrüchen / erleichterter Berufseinstieg	7 Nennungen			
Umdenken in den Firmen, div. Arbeitszeitmodelle, Teilzeitmöglichkeiten, Vaterschaftsurlaub, Teilzeit-Kaderpositionen ermöglichen	5 Nennungen			
Anheben der unteren Einkommen, Armutsprävention, Finanzielle Entlastung von Familien	3 Nennungen			
Gesellschaftspolitische Akzeptanz von Männern in typischen Frauenrollen erhöhen, Teilung der Hausarbeit	3 Nennungen			
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Massnahmen				
	M	SD		
1 Harmonisierung der Blockzeiten von Kindergarten und Schule	5.67	.71		
2 Familienergänzende Tagesbetreuung nachfrageorientiert ausbauen	5.60	.72		
3 Städtische Kampagne für das egalitäre Familienmodell	5.00	1.48		
4 Fördern des Tagesbetreuungsangebotes im Sinne des «Public Private Partnership»	4.83	1.10		
5 Städtische Zertifikate für familienfreundliche Unternehmen	4.27	1.66		
Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung				
Häufige Massnahmen, die Expertinnen und Experten in der Befragung formulierten				
Umdenken bei den Unternehmen, Teilzeitarbeitsstellen insbesondere für die Männer	7 Nennungen			
Kampagnen zur Förderung der Familienfreundlichkeit	3 Nennungen			

TABELLE 4

«Vereinbarkeit von Familie und Beruf»		2	
Rangfolge der vorgegebenen Ziele sowie der Begründungen/Kommentare der zweiten Befragung			
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Ziele	M	SD	
1 Teilzeitarbeit von Männern fördern	5.72	.46	
2 Unterbrüche in der beruflichen Laufbahn von Frauen während der Kinderphase vermindern	5.62	.78	
3 Grössere Anerkennung der Erfahrungen aus Familienarbeit durch die Arbeitgeber	5.00	1.07	
4 Den Wiedereinstieg von Frauen nach der (Klein-) Kinderphase fördern	4.93	1.13	
5 Für Mittelstandsfamilien die Preise der städtischen Tagesbetreuungsplätze reduzieren	4.79	1.47	
6 Die Normalarbeitszeit für alle reduzieren	4.28	1.19	
7 Teilzeitkaderpositionen für Frauen und Männer ermöglichen	3.55	1.74	

Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung

de. Als sehr wichtig erachten die Expertinnen und Experten hingegen die Verminderung der Unterbrüche in der beruflichen Laufbahn der Frauen während der Kinderphase. Indessen messen die Expertinnen und Experten der Förderung des Wiedereinstiegs nach der (Klein-)Kinderphase weniger Bedeutsamkeit bei. Die Zielsetzung, die Preise der städtischen Tagesbetreuungsplätze für Mittelstandsfamilien zu reduzieren, wird im Vergleich als weniger relevant eingestuft, obwohl durch eine Verbilligung der städtischen Tagesbetreuungsplätze möglicherweise Unterbrüche in der beruflichen Laufbahn der Frauen während der Kinderphase vermindert werden könnten.

Eine grössere Anerkennung der Erfahrungen aus der Familienarbeit durch Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber wird nach Einschätzung der Expertinnen und Experten als erstrebenswert angesehen.

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, spielt die Reduktion der Normalarbeitszeiten nach Ansicht der Expertinnen und Experten eine geringe Rolle.

Aus der Auswertung der Begründungen und Kommentare der Expertinnen und Experten der zweiten Befragungsrunde wird ersichtlich, dass vor allem die Thematik Verminderung des Unterbruchs der beruflichen Laufbahn während der (Klein-) Kinderphase sowie auch die Förderung des Wiedereinstiegs von zentraler Bedeutung sind. Dabei wird unter anderem gefordert, dass Frauen beide Optionen zur Verfügung stehen sollten und dass dementsprechend Angebote und Möglichkeiten angeboten werden müssten. Auch wünschen wiederum einige Befragte, dass sich Väter vermehrt bei der Kinderbetreuung sowie im Haushalt engagieren sollen.

Zusammenfassung

In der ersten Befragungsrunde wurde das Ziel «Stärkeres Engagement der Väter in der Kindererziehung» von den Expertinnen und Experten als sehr bedeutsam für die Familienpolitik bewertet. Die Bedeutsamkeit dieses Ziels spiegelt sich auch in der zweiten Befragungsrunde wider und zeigt sich in der hohen Bewertung des Ziels «Teilzeitarbeit von Männern fördern». Im Kontrast dazu steht jedoch die tiefe Einstufung des Ziels «Teilzeitkaderpositionen für Frauen und Männer ermöglichen» der zweiten Befragungsrunde. Wenn hingegen die von Expertinnen und Experten selbst formulierten Ziele und Massnahmen berücksichtigt werden, kann dieses Ergebnis wieder relativiert werden, aus diesen geht nämlich hervor, dass Teilzeitkaderpositionen durchaus einem Bedürfnis entsprechen.

Von der ersten zur zweiten Befragungsrunde nimmt die Bedeutsamkeit der Verminderung der Unterbrüche in der beruflichen Laufbahn von Frauen in der Kinderphase erheblich zu.

Aus den von den Expertinnen und Experten selbst formulierten Zielen geht hervor, dass eine Verbilligung und ein Ausbau von familienergänzenden Betreuungsangeboten als wichtig erachtet werden. Gleichzeitig ist eine Ambivalenz in den Bewertungen ersichtlich, wenn die vergleichsweise tiefe Bedeutsamkeit des Ziels der zweiten Befragungsrunde «für Mittelstandsfamilien die Preise der städtischen Tagesbetreuungsplätze reduzieren» berücksichtigt wird: könnte doch eine Verbilligung der städtischen Tagesbetreuungsangebote die Unterbrüche in der beruflichen Laufbahn derjenigen Frauen reduzieren, für die sich aufgrund der hohen Preise eine Erwerbstätigkeit nicht lohnt. ■

13 Zwischenfazit

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unbestritten ein Kernthema aktueller Familienpolitik, dessen hohe Bedeutsamkeit von den befragten Expertinnen und Experten hervorgehoben wird. Die Modellvorstellungen wie Paare und Eltern Erwerbs- und Familienarbeit unter einen Hut bringen können sind heterogen. Auch wenn sich die familialen Organisationsformen in den letzten Jahrzehnten vervielfältigt haben, ist das hohe Gewicht, das dem traditionell bürgerlichen Familienmodell – mit dessen klaren Aufgaben- und Rollenteilung der Geschlechter – zugeschrieben wurde, weiterhin bestimmend und wirkt auch in der modernisierteren Version nach. In beiden Familienmodellen trägt der Mann die Hauptverantwortung für die Erwerbstätigkeit, die Frau für die Familienarbeit. In der modernisierteren Form haben sich die Mütter hingegen von einer einseitigen Rollenzuschreibung emanzipiert und sind teilweise erwerbstätig. Die Herausforderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich ihnen demnach mit besonderer Intensität.

Die Förderung einer partnerschaftlichen Aufteilung von Beruf und Familie, die von der Prämisse der Gleichstellung der Geschlechter ausgeht, wird sowohl von den politischen Entscheidungsgremien der Stadt Bern erkannt, als auch von den befragten Experten und Expertinnen gefordert.

Die stärkere Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung und Familienarbeit ist für die befragten Expertinnen und Experten ein wichtiges Ziel in diesem Politikfeld. Ein zentraler Ansatz zur Umsetzung dieses Ziels ist die Förderung und Herstellung der Lohngleichheit der Geschlechter. Ebenfalls von grundlegender Bedeutung ist gemäss der Beurteilung der Expertinnen und Experten die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen und Teilzeitarbeitsstellen für Männer. Dies beinhaltet auch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Teilzeitkaderpositionen ermöglichen. Gefordert ist hier vor allem ein Umdenken seitens der Unternehmen und Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber.

Eine partnerschaftliche Aufteilung von Familie und Beruf beinhaltet ebenso **die Förderung einer stärkeren Beteiligung der Mütter an der Erwerbsarbeit**. Hier soll nach der Einschätzung der Experten und Expertinnen bei gezielten Fördermassnahmen angesetzt werden, die einerseits Berufswiedereinsteigerinnen unterstützen, andererseits aber insbesondere auch zu einer Vermeidung längerer Unterbrüche in der beruflichen Laufbahn der Frauen während der Kinderphase beitra-

gen. Dies beinhaltet, dass flexible Arbeitszeitmodelle gefördert wie auch, dass die Erfahrungen aus der Familienarbeit durch die Arbeitgeber anerkannt und honoriert werden.

Eine zukunftsorientierte Familienpolitik sollte hingegen die zunehmende Pluralisierung der Familienformen berücksichtigen und nicht nur von dem Modell der in einem Haushalt zusammenlebenden Kleinfamilie zweigeschlechtlicher Eltern mit Kindern ausgehen.

Die Förderung eines bedarfsgerechten Ausbaus der familienergänzenden Betreuungseinrichtungen

setzt hier an. Denn die Förderung einer partnerschaftlich organisierten Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist an Möglichkeiten familienergänzender Betreuung gebunden. Trotz der kontinuierlichen Angebotsvermehrung der letzten Jahre besteht in der Stadt Bern vor allem für Kinder im Vorschulalter eine grosse Angebotslücke. Im Jahr 2007 warteten über 700 Kinder dieser Altersgruppe auf einen Platz in einer Kindertagesstätte (Kita). Hier stehen die Stadt und der Kanton in einem realpolitischen Dilemma: Die starke Nachfrage nach Betreuungsplätzen und den damit verbundenen Mitteln aus dem kantonalen Lastenausgleich widerspricht der politischen Forderung, das Kostenwachstum im Sozialwesen einzuschränken. Die wissenschaftlich fundierte Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Nutzens der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Bern, aber auch die politischen Intentionen, die Potentiale der Frühförderung zunehmend zu nutzen, bestätigen hingegen die Bedeutung des von den befragten Expertinnen und Experten geforderten nachfrageorientierten Ausbaus der familienergänzenden Betreuungseinrichtungen in der Stadt Bern.

Zu bemerken bleibt, dass die hohe Nachfrage nach Tagesbetreuungsplätzen für Kinder unter einem Jahr massgeblich durch den sehr kurzen Mutterschaftsurlaub in der Schweiz verursacht wird. Tagesbetreuung beginnt in der Schweiz im Vergleich mit den Nachbarstaaten sehr früh. Das kann sicher durchaus erwünscht sein, wenn Mütter ihre Erwerbstätigkeit bald wieder aufnehmen wollen. In vielen Fällen ist die Wiederaufnahme der Arbeit allerdings unfreiwillig. Eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes, des Kündigungsschutzes und der finanziellen Unterstützung gäbe Familien mit kleinen Kindern eine echte Wahlmöglichkeit und Entlastung. Es ist anzunehmen, dass eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes die Nachfragesituation für Plätze der Tagesbetreuung in der Stadt Bern entspannen würde. ■

Teil 4 Die finanzielle Situation von Familien verbessern

14 Die finanzielle Situation von Familien als familienpolitisches Kernthema

Eltern tragen die Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnen, Betreuung usw. ihrer Kinder. Zu diesen direkten Kosten kommen die indirekten Kosten, nämlich das entgangene Einkommen der Jahre, in welchen Elternteile (meist die Mütter) wegen der Familienarbeit nicht erwerbstätig waren. Ein Teil dieser Auslagen wird als Transfereinkommen durch staatliche Kinder- und Familienzulagen sowie Steuerabzüge für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene kompensiert. Grundsätzlich gilt, dass Familien in temporär oder langfristig prekären finanziellen Verhältnissen eingeschränkt sind, ihre Funktionen wahrzunehmen und ihre Potentiale auszuschöpfen.

Das Amt für Jugend- und Berufsberatung des Kantons Zürich berechnete für das Jahr 2004 die direkten Kosten für Kinder während der ersten 18 Lebensjahre und legte diese für ein Einzelkind zwischen Fr. 1820.– und Fr. 1'925.– pro Monat fest, für eines von drei Kindern zwischen Fr. 1'405.– und Fr. 1'570.– pro Monat.¹²⁸ Diese Berechnungen korrespondieren mit älteren Ergebnissen aus dem Jahr 1995: In einer Studie des Büro BASS wurden die direkten Kosten für ein Kind in einer Einelternfamilie mit durchschnittlich Fr. 1'825.– pro Monat beziffert, für ein Kind in einem Paarhaushalt mit zwei Kindern mit Fr. 1'038.–. Die für ein Kind anfallenden indirekten Kosten wurden Mitte der 90er-Jahre je nach Anzahl Kinder auf Fr. 928.– bis Fr. 1'825.– pro Monat geschätzt. Werden die direkten und indirekten Kosten während der ersten 20 Lebensjahre eines Kindes summiert, ergibt sich ein Durchschnittsbetrag von Fr. 820'000.– für ein Einzelkind eines Ehepaars. Für ein Ehepaar mit drei Kindern wurde dieser Betrag auf durchschnittlich Fr. 1'430'000.– berechnet. Möchte ein Paarhaushalt mit einem Kind über die gleichen Konsummöglichkeiten verfügen wie ein Paar ohne Kinder, müsste ihm ein 43% höheres Einkommen zur Verfügung stehen. Ein Paar mit drei Kindern müsste 75% mehr Einkommen erzielen. Seit diesen Berechnungen sind die durchschnittlichen Kinderkosten tendenziell weiter gestiegen: die Familienhaushalte sind kleiner geworden und die Kinderkosten in kleinen Familien proportional höher. Weiter ist die durchschnittliche Ausbildungszeit der Kinder länger geworden, so dass Eltern die Kinder länger finanziell unterstützen.¹²⁹

Die angeführten Zahlen zeigen summarisch den finanziellen Aufwand, den Eltern für Kinder leisten. Mit Leistungen des Staates an Familien wird diese Belastung verrin-

gert. Eine dieser familienpolitischen Transferleistungen sind Familienzulagen (Kinderzulagen, Betreuungszulagen und Ausbildungszulagen). Auf den 1. Januar 2009 tritt das Bundesgesetz über die Familienzulagen in Kraft, das die minimalen Zulagen für Kinder bis 16 Jahre auf Fr. 200.– und die Ausbildungszulagen für Kinder von 16 bis 25 Jahre auf Fr. 250.– festlegt. Im Kanton Bern werden die Kinderzulagen von zurzeit Fr. 160.– bzw. Fr. 190.– auf den 1. Januar 2009 um 15 Prozent über dem Bundesminimum ansteigen: Für Kinder bis 16 Jahre gibt es neu Fr. 230.–, für Jugendliche 287.50 im Monat.¹³⁰ Ein weiteres staatliches Mittel zur finanziellen Entlastung von Familien sind Steuerabzüge für Kinder und für Kinder in Ausbildung. Im Kanton Bern kann auch ein Teil des Aufwandes für die familienergänzende Betreuung und für die Krankenkassenprämien als Abzug geltend gemacht werden. Diese Steuervergünstigungen wirken bei Familien mit mittleren und hohen Einkommen stärker entlastend als bei Familien mit kleinen Einkommen. Weitere Transfers bilden Stipendien sowie Leistungen der Sozialhilfe. Eine Leistung der Gesellschaft an Familien mit Kleinkindern bildet der bezahlte Mutterschaftsurlaub, der seit 2006 gesamtschweizerisch gesetzlich geregelt ist. Bedarfsleistungen an Familien mit kleinen Kindern kennt der Kanton Bern im Unterschied zu 12 anderen Schweizer Kantonen nicht.¹³¹

«Kinder haben» bedeutet eine hohe finanzielle Belastung. Die familienpolitisch motivierten Ausgleichszahlungen leisten einen Beitrag zur Belastungsreduktion. In ihrer Studie «Familien, Geld und Politik» beurteilen Bauer et al. die Wirkungen des aktuellen Systems der Transferleistungen. Zwei wichtige Folgerungen:

- Über das Instrument der Familienzulagen ist ein gewisser Transfer von Geldern von Haushalten ohne Kinder an Familienhaushalte gewährleistet.
- Die familienpolitischen Transferleistungen an Arme und an einkommensschwache Familien sind viel zu gering, als dass von einer Grundsicherung gesprochen werden könnte. Das System berücksichtigt die finanzielle Belastung Alleinerziehender ungenügend.¹³²

Mit der gesetzlichen Verankerung der Mutterschaftsversicherung und der Vereinheitlichung der Standards für Familienzulagen ging die Schweizerische Familienpolitik zwei Schritte vorwärts. Angesichts der finanziellen Situation von Familien, wie sie im nächsten Abschnitt beschrieben wird, besteht weiterer Entwicklungsbedarf. ■

¹²⁸ EDI. Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.41

¹²⁹ EDI. Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.40f; Bauer, 2004, S.66f.

¹³⁰ Wyler, 12.06.2008, Der Bund, S.28

¹³¹ EDI. Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.42ff

¹³² Bauer et al., 2004, S.143ff

15 Die finanzielle Situation von Familien verbessern: Grundlagen und Entwicklungen

Bei der 20–59-jährigen Bevölkerung lag im Jahr 2002 die Armutsquote bei 9.3%. Die tiefsten Werte wiesen die Gruppe der Paare ohne Kinder (5.2%) und die Gruppe der Alleinstehenden (8.4%) auf. In den Familienhaushalten wurden überdurchschnittliche Armutsquoten festgestellt: 12.0% bei Paaren mit zwei Kindern, 20.6% bei Paaren mit drei und mehr Kindern. Fast ein Viertel der Einelternfamilien (23.6%) erreichten trotz Alimenten und Sozialhilfe ein Einkommen unter der Armutsgrenze. Für diese Berechnungen wurde die Armutsgrenze auf der Basis der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe definiert: Sie lag z.B. für einen Einpersonenhaushalt bei Fr. 2'200.–, für einen Paarhaushalt mit zwei Kindern bei Fr. 4'300.–.¹³³

Die neusten Zahlen zur materiellen Situation der Schweizer Bevölkerung stammen aus einer Studie, welche die Universität Genf im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung durchführte. Analysiert wurden Daten von gegen 1,5 Millionen Personen im Alter zwischen 25 und 99 Jahren. Die Daten wurden aus Steuerregistern und aus dem Register der Zentralen Ausgleichsstelle der AHV gewonnen. Dies erlaubte die bislang bedeutendste Analyse der wirtschaftlichen Situation der Menschen in der Schweiz.

In den Ergebnissen werden Bevölkerungsgruppen bezeichnet, die gefährdet sind, vorübergehend oder dauerhaft in finanzielle Probleme zu geraten. Darunter fallen alleinstehende Frauen und Menschen, die langfristig eine IV-Rente beziehen. Für die Familienpolitik von Bedeutung ist, dass 40% der Haushalte alleinerziehender Frauen und 20% der Paarhaushalte mit drei oder mehr Kindern der Gruppe der Armutsgefährdeten zuzurechnen sind.¹³⁴

Für die Stadt Bern stehen keine Zahlen zu Einkommenschwäche und zur Verbreitung von Armut zur Verfügung. Einen Anhaltspunkt gibt die Sozialhilfequote. Diese bezeichnet in Prozenten den Anteil der Bevölkerung, der innerhalb eines Kalenderjahres mindestens ein Mal Sozialhilfeleistungen bezieht. Im Jahr 2007 betrug die Sozialhilfequote in der Stadt Bern 5.1%.¹³⁵

Insgesamt bezogen 6'289 Personen, die sich auf 4'071 Fälle verteilten, Leistungen der Sozialhilfe. Die Fälle können vier Haushaltskategorien zugeteilt werden: Im Jahr 2007 wurden 56,3% der Fälle in Einpersonenhaushalten gezählt, 21,8% der Fälle waren Alleinerziehende, 16,3% Ehepaare mit Kindern und 5,6% Ehepaare ohne Kinder. In Bern wurden im Jahr 2007 1'943 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von der Sozialhilfe unterstützt. Das heisst, beinahe jedes achte der Kinder in der Stadt Bern war – in der Regel zusammen mit seinen Eltern – von der Sozialhilfe abhängig.

Rund 5,7% aller Haushalte in der Stadt Bern bezogen 2007 Sozialhilfeleistungen. Für Haushalte von Paaren mit Kindern lag diese Quote etwas höher bei 6.1%. Sehr stark vom Durchschnittswert weicht der Wert für Alleinerziehende ab. 26.8% der Haushalte allein erziehender Elternteile bezogen Sozialhilfeleistungen.¹³⁶

Die Zahl der Arbeitslosen, die nach der Aussteuerung auf die Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen sind, stieg in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende weiter an. Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel liessen die Zahl der jungen Erwachsenen, die Sozialhilfeleistungen beanspruchen müssen, stark ansteigen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der «Working Poor» zu und die Unterstützungsdauer wird länger. ■

16 Leistungen an arme und einkommenschwache Familien

16.1 Sozialhilfe

In der schweizerischen Bundesverfassung ist ein Recht auf Hilfe in Notlagen verankert (Art.12 BV). Bedürftige haben Anspruch auf «Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind». Arbeitslosigkeit sowie psychische, Gesundheits- und Suchtprobleme sind die wichtigsten Gründe für den Bezug von Sozialhilfe.¹³⁷ Der Kanton Bern hat auf diese Entwicklungen mit einer Revision des Sozialhilfe-

gesetzes reagiert, welches seit dem 1. Januar 2002 in Kraft ist. Bern ist einer der wenigen Kantone, welcher den Lastenausgleich zwischen Kanton und Gemeinden praktiziert. Gerade für die Stadt Bern, die als Stadtgemeinde verhältnismässig hohe Soziallasten tragen muss, ist dieser sehr bedeutsam.

Ziel der Sozialhilfe ist die Sicherung der gemeinsamen Wohlfahrt der Bevölkerung. Jeder Person soll die Führung eines menschenwürdigen und eigenverantwort-

¹³³ EDI. Eidgenössisches Departement des Inneren, 2004, S.38f

¹³⁴ Vgl. Wanner & Gabadinho, 2008. Die als «gefährdet» bezeichneten Haushalte erreichen ein Einkommen, das weniger als 60% des nach Personen gewichteten, Median-Einkommens der jeweiligen Haushaltskategorie beträgt. Für eine alleinstehende Person lag diese Grenze bei Fr. 30'600.– pro Jahr (a.a.O., S. 20)

¹³⁵ Die Sozialhilfequote lag in Bern einerseits tiefer als in Basel, Zürich und St. Gallen (Werte zwischen 6.4% und 7.8%) und etwa gleich hoch wie in Winterthur (5.1%). Andererseits lag die Sozialhilfequote in der Bundesstadt höher als in Luzern, Schaffhausen und Uster (Werte zwischen 2.5% und 3.9%). (Städteinitiative Sozialpolitik, 2008)

¹³⁶ Städteinitiative Sozialpolitik, 2008

¹³⁷ Bundesamt für Statistik, 2005

lichen Lebens ermöglicht sein.¹³⁸ Bedürftige Personen haben Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe, die ihnen den Grundbedarf für den Lebensunterhalt und eine angemessene Teilnahme am sozialen Leben ermöglicht (Art.30). Die Unterstützungen der Sozialhilfe umfassen Information, Beratung und finanzielle Hilfe. Die Massnahmen der Sozialhilfe sind auf folgende Ziele ausgerichtet: Prävention, Hilfe zur Selbsthilfe, Ausgleich von Beeinträchtigungen, Behebung von Notlagen, Verhinderung von Ausgrenzung und Förderung der Integration. Die Sozialhilfe beachtet den Grundsatz der Subsidiarität. Die Stadt Bern legt Wert auf die Unterstützung von Eltern von Kleinkindern, insbesondere Müttern, in ihren Erziehungsbemühungen und in der Erhaltung der Berufsfähigkeit.¹³⁹

Darstellungen der Sozialhilfebeziehenden als potentielle Missbraucher staatlicher Leistungen, haben eine grosse öffentliche Debatte ausgelöst. Entgegen diesem Bild, zeichnet sich die Tendenz ab, dass Klientinnen und Klienten des Sozialdienstes mehrheitlich erwerbstätig und/oder alleinerziehend sind.¹⁴⁰

16.2 Angebote zur sozialen und beruflichen Integration

Die berufliche Integration findet in koordinierter Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden statt. Es werden regional Angebote zur Beschäftigung, Arbeitsvermittlung, und beruflichen Wiedereingliederung von Erwerbslosen, die gegenüber der Arbeitslosenversicherung nicht mehr anspruchsberechtigt sind, bereitgestellt. Seit dem 1. Januar 2006 ist die geänderte Sozialhilfeverordnung in Kraft, nach der Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe, die sich um ihre soziale und berufliche Integration bemühen, belohnt werden, während bei ungenügender Mitwirkung Sanktionen vorgeschrieben sind.¹⁴¹ Besondere Aufmerksamkeit erhält die Jugendarbeitslosigkeit. Mit dem Ziel der raschen und nachhaltigen (Wieder-)Eingliederung in eine berufliche Grundbildung, bzw. in den Arbeitsmarkt werden arbeitsmarktliche Massnahmen für registrierte, arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene bereitgestellt und durchgeführt.¹⁴² Die **Regionale Arbeitsvermittlung (RAV)** und der Sozialdienst begleiten jugendliche Arbeitslose durch individuelle Beratung und Förderung und helfen bei der Suche nach einer geeigneten Anschlusslösung. Das **Kompetenzzentrum Arbeit** bietet spezielle Programme für junge Erwachsene ohne anerkannten Berufsabschluss («**MiniMax**») sowie für Jugendliche mit schulischen und sprachlichen Schwierigkeiten («**inizio**») an. Weitere Angebote sind ein **Motivationssemester** für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Lehrstelle, ein Arbeitstraining und Coaching für junge Erwachsene mit Integrationsschwierigkeiten («**Dock-in**»), Angebote für junge Erwachsene mit unklaren Integrationsperspektiven («**NIP**») und der Lehrstellennachweis («**Lena**») für Lehrstellensuchende.¹⁴³

¹³⁸ Kanton Bern, 2001. Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe

¹³⁹ Sozialamt, 2007, S.6

¹⁴⁰ Bundesamt für Statistik, 2005; Bundesamt für Statistik, 2005

¹⁴¹ Kanton Bern, 2007

¹⁴² Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, Jugendamt, 2007, S.29

¹⁴³ Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, 2007b

¹⁴⁴ Sozialamt, 2007

16.3 Alimentenbevorschussung

Der Inkassodienst des Sozialamtes kann gemäss kantonaler Gesetzgebung über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen auf Gesuch hin geschuldete und nicht bezahlte, laufende Kinderalimente bevorschussen. Der Kanton Bern hat in dieser Hinsicht eine vergleichsweise liberale und familienfreundliche Gesetzgebung. Nicht die finanzielle Situation der Gläubigerperson ist ausschlaggebend für die Berechtigung zur Bevorschussung. Alle Personen, die in der Stadt Bern Wohnsitz verzeichnen, können bei Unterlassung der Zahlung von Kinderalimenten Anspruch auf Bevorschussung geltend machen. Bedingung ist, dass ein gültiger Unterhaltstitel (Trennungsverfügung, Scheidungsurteil oder vormundschaftlich genehmigter Unterhaltsvertrag) vorliegt und die Gläubigerperson nicht durch den Sozialdienst der Stadt Bern unterstützt wird. Pro Kind kann ein maximaler Betrag von CHF. 884.– bevorschusst werden. Dieser Betrag entspricht der maximalen AHV/IV-Waisen- und Kinderrente. Sind zusätzlich zu den Kinderalimenten auch Frauenrenten geschuldet, kann auch für diese Forderungen Inkassohilfe geleistet werden.

Die Bevorschussung betraf 2007 748 Kinder und Jugendliche. Insgesamt wurden für rund 5,4 Millionen Franken Alimente bevorschusst. Viele arbeitstätige Mütter legen Wert darauf, nicht von Sozialhilfe abhängig zu werden. Sie sind darauf angewiesen, dass sich der Inkassodienst um die Regelung der von den Vätern unterlassenen Alimente sorgt. Somit ist die Alimentenbevorschussung nicht ausschliesslich ein materieller Dienst, er dient auch der Beruhigung familiärer Konfliktsituationen.

Rund 50% der Gelder können wieder eingeholt werden.¹⁴⁴ Der Rest wird von der Öffentlichkeit getragen, weil Personen nicht zahlungsfähig oder vom Sozialdienst abhängig sind, oder weil ihr Aufenthaltsort im In- oder Ausland nicht bekannt ist. Der Inkassodienst greift in solchen Fällen zu rechtlichen Massnahmen.

16.4 KulturLegi

Das Projekt KulturLegi Stadt Bern (www.kulturlegi.ch) erleichtert finanziell schlecht gestellten Personen den Besuch von Veranstaltungen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport. Das Projekt wird im Auftrag der Stadt Bern von der Trägerschaft KulturLegi (Caritas Bern und HEKS Bern) geführt. Die KulturLegi ist ein persönlicher Ausweis für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Anspruchsberechtigt sind Menschen, die in der Stadt Bern leben und Sozialhilfe beziehen, Ergänzungsleistungen erhalten, oder nachweislich unter dem Existenzminimum nach Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) leben. ■

17 Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung

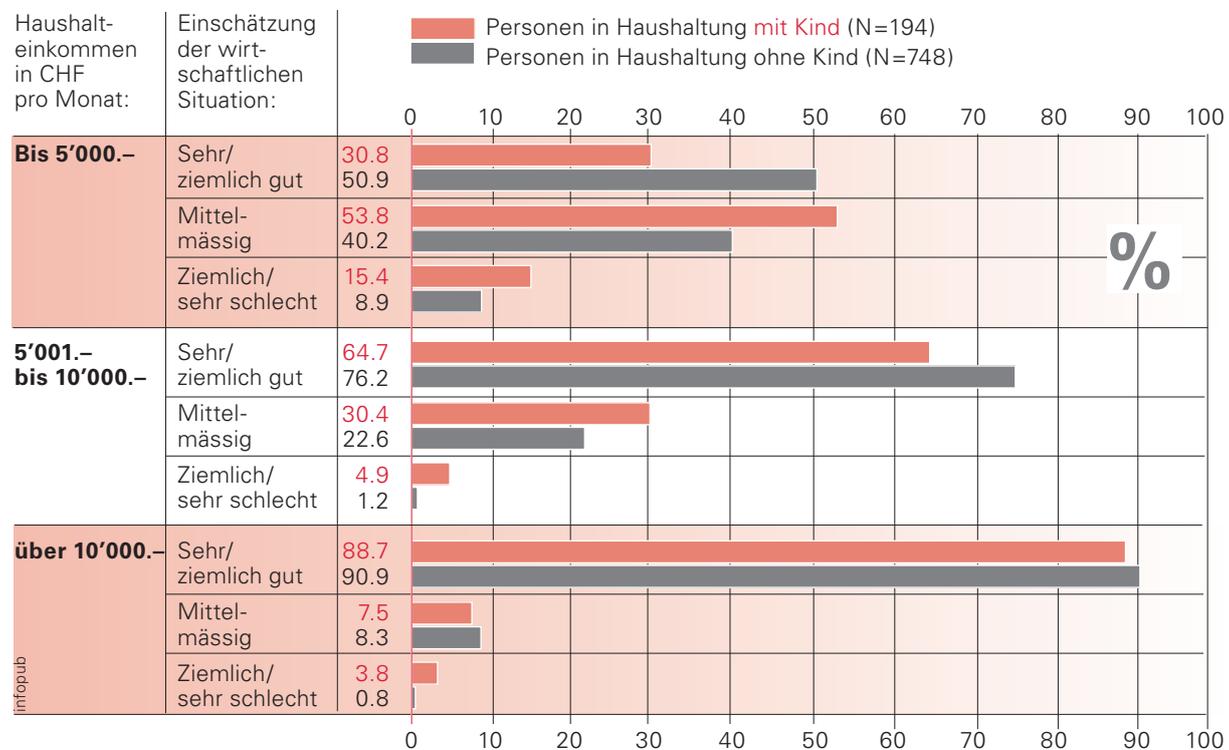
In der Bevölkerungsbefragung, die im Sommer 2007 von der Stadt Bern durchgeführt wurde, beantworteten die rund 1'000 Befragten die Frage «Wie geht es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment?». Haushalte mit Kindern der zwei unteren Einkommensgruppen schätzen ihre eigene wirtschaftliche Situation schlechter ein als Haushalte ohne Kinder. Für die Gruppe mit einem

Haushaltseinkommen bis Fr. 5'000.– pro Monat ist der Unterschied statistisch knapp nicht signifikant. Für die Gruppe mit einem Einkommen zwischen Fr. 5'000.– und 10'000.– ist er signifikant (vgl. [Abbildung V](#)).

Die Zahlen untermauern die Tatsache, dass Familienhaushalte mit Kindern einem höheren Risiko ausgesetzt sind, in wirtschaftliche Probleme oder Prekarität zu geraten als Haushalte, in denen keine Kinder leben. ■

ABBILDUNG V

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation: Haushalte mit und ohne Kinder im Vergleich (2007)¹⁴⁵



¹⁴⁵ Quelle: Statistikdienste der Stadt Bern, Bevölkerungsbefragung 2007.

18 Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten

Erste Befragungsrunde

Dem Politikfeld «Finanzielle Situation von Familien» wird seitens der Expertinnen und Experten eine hohe Bedeutung zugemessen (M = 5.07, SD = 1.03). In der Bewertung aller abgefragten Ziele und Massnahmen nehmen die dazugehörigen Ziele und Massnahmen jedoch vergleichsweise tiefe Plätze ein. Zwar sind die Expertinnen und Experten der Meinung, dass mit familienpolitischen Massnahmen die finanzielle Situation der Familie verbessert und die Familienarmut bekämpft werden soll. Gleichzeitig sind aber die griffigsten Massnahmen in diesem Politikfeld, der weitere Ausbau der Kinderzulagen sowie die Erhöhung von Steuerabzügen und -Gutschriften für Familien, nicht im Aufgabenbereich der Stadt anzusiedeln. Sie sind Sache des Bundes und des Kantons. Deshalb ist es auch nicht erstaunlich, dass die Expertinnen und Experten die Zielsetzung «Lobbying bei Bund und Kantonen zur Stärkung der finanzielle Situation von Familien» als die wesentlichste Zielsetzung für die Stadtpolitik in diesem Bereich ansehen.

Die Resultate der Auswertung der von den Befragten selbst formulierten Ziele und Massnahmen ergeben, dass einige Expertinnen und Experten Handlungsbedarf im Bereich der Verbilligung von familienergänzenden Betreuungsangeboten sowie bei der Entlastung der mittelständischen Familien bei familienergänzenden Betreuungskosten sehen. In der ersten Befragungsrunde wurde auch die gezielte Verbilligung von Angeboten für Familie angesprochen, wie «Verbilligung von Kultur- und Freizeitangeboten». Die Bedeutsamkeit derartiger punktueller finanzieller Entlastungen der Familien wird für die städtische Familienpolitik vergleichsweise tief eingestuft. Die Expertinnen und Experten sind tendenziell der Ansicht, dass in diesem Bereich strukturelle Veränderungen erforderlich sind. So schreibt eine Expertin: «Weniger Pflasterlipolitik dafür mehr strukturelle Veränderungen».

In den von den Expertinnen und Experten selbst formulierten Zielen und Massnahmen postulieren einige der Befragten, dass vor allem den spezifischen Problemlagen von Alleinerziehenden mehr Beachtung zugemessen werden soll. Ebenfalls wird eine höhere Alimentenbevorschussung gefordert.

TABELLE 5

«Finanzielle Situation von Familien» 2		
Rangfolge der vorgegebenen Ziele sowie der Begründungen/Kommentare der zweiten Befragung		
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Ziele	M	SD
1 Mit für alle Schichten bezahlbare Preisen für die Kinderbetreuung Anreize für die Erwerbsarbeit beider Elternteile schaffen	5.28	.80
2 Erwerbsbeteiligung der Mütter zur Vorbeugung gegen Armutsrisiken fördern	5.21	1.05
3 Die Anreize zur Erwerbsbeteiligung von SozialhilfebezügerInnen erhöhen	5.14	1.28
4 Ausbildungsbeiträge an Jugendliche und junge Erwachsene aus Familien mit niedrigen Einkommen erhöhen	4.97	1.15

Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung

Zweite Befragungsrunde

Tabelle 5 zeigt die familienpolitischen Ziele, die von Befragten in diesem Politikfeld in der zweiten Befragungsrunde bewertet wurden. Als am bedeutsamsten innerhalb dieses thematischen Schwerpunkts wird die Zielsetzung bewertet, «mit für alle Schichten bezahlbaren Preisen für die Kinderbetreuung Anreize für die Erwerbsarbeit beider Elternteile schaffen».

Die Bereitstellung von bezahlbaren familienergänzenden Betreuungsangeboten wird auch im Hinblick auf eine frühzeitige Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern sowie auf die Förderung der Kinder von Migrantinnen und Migranten zwecks Beherrschung der deutschen Sprache schon vor Schuleintritt als wichtig erachtet.

Auch das Ziel «Erwerbsbeteiligung der Mütter zur Vorbeugung gegen Armutsrisiken fördern» spielt für die städtische Familienpolitik nach Ansicht der Expertinnen und Experten eine hervorzuhebende Rolle. Ebenso sollen Anreize zur Erwerbsbeteiligung von Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger erhöht werden.

Des Weiteren wird postuliert, dass die Ausbildungsbeiträge an Jugendliche und an junge Erwachsene aus Familien mit niedrigen Einkommen eine Erhöhung erfahren sollen, wobei eine möglichst frühe Unterstützung diesbezüglich am erfolgversprechendsten sei. Ein Experte schreibt: «Die Erhöhung der Ausbildungsbeiträge ist eine Massnahme, die bedingt dem Problem der sozialen Schichten hilft. Das Ganze müsste früher im Rahmen des Schulsystems ansetzen, damit Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen überhaupt die Voraussetzungen erhalten, entsprechende Ausbildungen machen zu können».

19 Zwischenfazit

Wenn erwachsene Menschen eine **Familie mit Kindern** gründen, ist das ihre Privatsache. Oft geht dieser Schritt auch auf eine bewusste persönliche Entscheidung zurück. Dieser Entscheidung ist **in finanzieller Hinsicht folgenschwer**: Bis Kinder die finanzielle Selbständigkeit erreichen, verursachen ihr Lebensunterhalt und ihre Ausbildung hohe direkte Kosten. Im Vergleich zu kinderlosen Erwachsenen sind Mütter und Väter wegen der zu leistenden Kinderbetreuung weniger an der Erwerbsarbeit beteiligt, so dass weitere, sogenannte indirekte Kinderkosten entstehen.

Da die Politik erkannt hat, dass Familien Leistungen erbringen, auf die die Gesellschaft angewiesen ist, erhalten Familien finanzielle Transferleistungen. Die wichtigsten Instrumente bilden die Kinderzulagen, die kinderbezogenen Steuerabzüge, die Mutterschaftsversicherung sowie Stipendien an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Gerade im Kanton Bern, der keine Familien-Ergänzungsleistungen kennt, spielt für arme und einkommensschwache Familien die Sozialhilfe zur Überlebenssicherung eine wichtige Rolle.

Das heutige System zur Sicherung der materiellen Situation von Familien ist unzureichend. Die neusten Zahlen zur finanziellen Lage der Schweizer Bevölkerung belegen, dass nicht mehr die Generation der Pensionierten überdurchschnittlich von Armut betroffen ist, sondern einzelne Bevölkerungssegmente der Erwerbstätigen unter 50 Jahren. Dazu zählen auch Familien mit drei und mehr Kindern sowie Einelternfamilien. Die hohen Armutsquoten von Familien weisen auf einen gesellschaftlichen Widerspruch: Auf der einen Seite ist die Gesellschaft auf die Familie angewiesen.¹⁴⁶ Andererseits wird deutlich, wie Familien in materieller Hinsicht gegenüber Menschen ohne familiäre Pflichten benachteiligt sind. Nach Franz Xaver Kaufmann besteht der familienpolitische Auftrag unter anderem darin, diese relative Benachteiligung von Familien zu lindern.¹⁴⁷

Auch die befragten Expertinnen und Experten sind der Meinung, dass das System der Transferleistungen an Familien verbessert werden soll. Es geht ihnen weniger um «Pflasterlipolitik» im Sinne von punktuellen Verbesserungen für Teilgruppen, sondern um die Erhöhung der Familienzulagen und um gezielte Steuervergünstigungen.

Da diese Instrumente Sache des Kantons und des Bundes sind, soll die Stadt Bern über ein starkes Lobbying auf diese übergeordneten Ebenen Einfluss nehmen.

Neben dem **Ausbau der Transferzahlungen an Familien** befürworten die Expertinnen und Experten **Anreize zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung** verschiedener Zielgruppen, die zur Verbesserung der finanziellen Situation von Familien beitragen. Erstens soll durch den Ausbau der Familienergänzenden Tagesbetreuung die Erwerbsbeteiligung des zweiten Elternteils (der Mütter) erhöht werden. Dies trägt zum Familieneinkommen bei und erhält die Chancen beider Elternteile auf dem Arbeitsmarkt. Ein zweiter Anreiz betrifft die Zielgruppe der Mittelstandsfamilien. Für sie sollen die Preise der Tagesbetreuungsangebote so gestaltet werden, dass sich auch die Erwerbsarbeit des zweiten Elternteils bezahlt macht – dass das zweite Einkommen nicht durch die Betreuungskosten wieder entzogen wird. Schliesslich soll die Sozialhilfe so gestaltet werden, dass sich für Klientinnen und Klienten die Aufnahme einer Erwerbsarbeit, bzw. der Ausbau einer bestehenden Erwerbstätigkeit, stärker lohnt als dies zurzeit der Fall ist.

Durch eine in diesem Sinn gestaltete Politik der Anreize soll generell die Erwerbsbeteiligung der Menschen mit familiären Pflichten gefördert werden. Ein höheres Einkommen erhöht direkt die materielle Sicherheit der Betroffenen. Gleichzeitig tragen höhere Erwerbseinkommen zur Finanzierung ihrer Altersrenten der ersten und zweiten Säule bei. ■

¹⁴⁶ Vgl. Teil 2

¹⁴⁷ Kaufmann in Jans et al., 2000, S.47

Teil 5 Bern als Familienstadt fördern

20 Die Verbesserung der Wohninfrastruktur und des Wohnumfeldes als familienpolitisches Kernthema

Bern bietet ein breites modernes Leistungsspektrum für Familien an: Eine gut ausgebaute Volksschule mit Ergänzungsangeboten wie Tagesschulen und Schulsozialarbeit, ein breit gefächertes Bildungsangebot auf Sekundär- und Tertiärstufe sowie Gesundheitsdienste. Dazu kommen die Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit, Sportangebote und fortschrittliche Einrichtungen für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Die Stadt Bern befasst sich seit Jahren mit Quartierplanung, Wohnbauförderung und Wohnumfeldverbesserung und setzt sich so aktiv für das Wohl von Familien ein.

Dennoch muss sich Bern mehr für Familien einsetzen: Im Jahr 2000 wurden in der Stadt Bern knapp 13'000 Haushalte mit Kindern gezählt. Das waren 19.3% aller städtischen Haushalte. 1970 machte der Anteil Familienhaushalte – bei einer fast gleichen Gesamtanzahl Haushalte – noch mehr als 38% aus. Damals lebten etwas mehr als 25'000 Kinder bis 14 Jahre in Bern; im Jahr 2000 waren es noch etwas mehr als 14'000.¹⁴⁸ Der Rückgang der Familien in der Stadt Bern ist darauf zurückzuführen, dass die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre ihrerseits weniger Kinder zur Welt brachten. Gleichzeitig ist der Wanderungssaldo der Familien in der Stadt Bern seit Jahren negativ. Im Jahr 2005 betrug der Saldo minus 588: während 1'027 Familien aus der Stadt wegzogen – die Mehrheit davon in eine Gemeinde im Kanton Bern – zogen nur 419 Familien in die Stadt Bern.¹⁴⁹

Die Zahl der Beschäftigten übersteigt heute die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner in der Stadt Bern.¹⁵⁰ Besonders Familien tendieren zum Wohnsitzwechsel in die Agglomeration unter Beibehaltung des Arbeitsplatzes in der Stadt. Bern sieht sich aufgrund dessen mit verschiedenen nicht unproblematischen Auswirkungen konfrontiert. Die Zentrumslasten nehmen zu: die Pendlerinnen und Pendler nutzen zwar die städtische Infrastruktur, die Stadt muss aber gleichzeitig Verluste

an Steuereinnahmen verbuchen. Zudem wirken sich die durch den motorisierten Pendlerverkehr verursachten Abgas- und Lärmemissionen auf die Wohnqualität in der Stadt aus.¹⁵¹

Ein nicht unerheblicher Grund für den Wegzug der Familien aus der Stadt scheint die Tatsache zu sein, dass es in Bern zu wenige geeignete Wohnungen für Familien gibt. Fast drei Viertel aller Wohnungen in der Stadt Bern (73%) bestehen aus weniger als vier Zimmern. Die Nachfrage nach grossen Wohneinheiten (mit vier oder mehr Zimmern) ist grösser als deren Angebot.¹⁵²

Diesen verschiedenen Problematiken will der Gemeinderat mit gezielten Massnahmen entgegenwirken. Die Verbesserung der Wohnsituation in der Stadt Bern wird in den Legislaturrichtlinien 2005–2008 insbesondere unter dem Schwerpunkt «Lebensqualität in Bern» angesprochen.¹⁵³ Diese Erörterungen gehen nur am Rande auf die Situation von Familien in Bern ein. Vier Legislaturziele sind für die Wohnpolitik für Familien von besonderer Relevanz:¹⁵⁴

- 1) Die Wohnstadt Bern verfügt über ein ausgewogenes Wohnungsangebot
- 2) Die Wohnumfeldqualität wird weiter verbessert
- 3) Die Stadt Bern wird als sicher und sauber wahrgenommen
- 4) Umweltfreundliche Mobilität und stadtverträgliche Verkehrsarten werden gefördert

Der im Dezember 2007 verfasste Bericht «Bauliche Stadtentwicklung Wohnen» des Stadtplanungsamtes bezieht sich expliziter auf die Situation von Familien. Er verfolgt zwei Ziele: Erstens zielt er darauf hin, die in Bern ansässigen Personen zu halten und «insbesondere die Familienabwanderung zu minimieren» und zweitens will er Menschen, die in Bern arbeiten, aber nicht in der Stadt wohnen (ein hoher Anteil darunter sind Familien), als neue Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt gewinnen.¹⁵⁵ ■

¹⁴⁸ Gächter, 2005a, S.3-10

¹⁴⁹ Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, 2007, S.23

¹⁵⁰ Ende 2006 wohnten 128'000 Personen und arbeiteten 148'000 Personen in Bern (Stienen, 2007, S.5)

¹⁵¹ Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, November 2005, S.2

¹⁵² Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, November 2005, S.5

¹⁵³ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.3

¹⁵⁴ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.3. Eine detailliertere Darstellung der mit den Legislaturzielen einhergehenden Massnahmenpakete wird in Kap. «Stadtentwicklung und Angebote zur Wohnbau- und Wohnumfeldverbesserung», S.41, vorgenommen.

¹⁵⁵ Stadt Bern. Stadtplanungsamt, 2007, S.4

21 Bern als Familienstadt: Grundlagen und Entwicklungen

21.1 Wegzugsmotive

Welches sind die Gründe, die Familien zum Wegzug aus der Stadt Bern bewegen? Eine von den Statistikdiensten in den Monaten Oktober und November 2000 vorgenommene Befragung der zu-, weg- oder umziehenden Personen in der Stadt Bern, die sich mit deren Wandermotiven befasst, kann hierzu Erklärungsansätze liefern.

Die Studie bezieht sich auch auf den Wegzug von Familien aus der Stadt Bern.¹⁵⁶ In den zwei Monaten der Erfassungsperiode sind gemäss der Wanderungsstatistik der Einwohnerdatenbank insgesamt 239 Familien aus der Stadt Bern weggezogen, während 105 Familien zugezogen sind¹⁵⁷. Annähernd die Hälfte der 183 befragten Fälle, die mit zwei und mehr Personen aus der Stadt Bern wegziehen, geben als Hauptgrund die Wohnsituation an: 24% der Befragten ziehen hauptsächlich wegen der Wohnung, 22% wegen der Wohnumgebung/des Wohnorts weg. Die Arbeit oder Ausbildung als Hauptwegzugsmotiv fällt bei den Mehrpersonenwegzügen mit 22% deutlich geringer aus als bei den 312 befragten wegziehenden Einzelpersonen, die zu 37% wegen der Arbeit oder Ausbildung aus Bern wegziehen. Entsprechend tiefer liegt der Anteil der Einzelpersonen, die hauptsächlich wegen der Wohnung (14%) oder Wohnumgebung/ des Wohnorts (14%) aus Bern wegziehen.¹⁵⁸ Dieses Ergebnis wird in der Studie noch weiter ausdifferenziert, indem weitere Motive eruiert werden. Im Falle der Mehrpersonenwegzüge aus der Stadt Bern fungieren die Wegzugsgründe eine grössere Wohnung (Nennung in 85 von 183 Fällen), Wohnen in einer angenehmeren Umgebung (Grün) (80 Nennungen) neben anderen Begründungen wie Steuern (62 Nennungen), höherer Wohnkomfort, eine bessere Ausstattung der Wohnung (60 Nennungen) sowie den Störfaktoren Strassenlärm/Emissionen (60 Nennungen). Hingegen begründen nur wenige der Befragten ihren Wegzug mit Kinderbetreuung, Schulen oder Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten.¹⁵⁹

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Paare/Familien aufgrund verschiedener Faktoren betreffend ihrer Wohnsituation mehrheitlich in die nähere Umgebung der Stadt ziehen¹⁶⁰. Anders sieht die Wahl des Wegzugsortes bei Einzelpersonen aus, bei denen – bedingt durch die relativ hohe Gewichtung des Arbeitsplatzes als Wegzugsmotiv – die Wegzüge in die übrige Schweiz dominieren.

21.2 Sozialräumliche Betrachtungen

Von diesen in den 60er Jahren einsetzenden wohnbedingten Wanderungsbewegungen weg von der Kernstadt ins Umland und den damit einhergehenden Prozessen der Ausweitung der urbanen Zonen sind auch viele andere Schweizer und europäische Städte betroffen. Die sogenannte Suburbanisierung, die mit einem Einwohnerrückgang in den Kernstädten einhergeht, beeinflusst die städtische Bevölkerungsstruktur. Aufgrund des überproportionalen Anteils an Alten, AusländerInnen, Arbeitslosen, Armen und Auszubildenden in der «suburbanisierten» Kernstadt wird diese auch als A-Stadt bezeichnet. Gleichzeitig ist aber in der Stadtentwicklung seit Mitte der 90er Jahre zunehmend eine Tendenz zur Reurbanisierung zu beobachten: die Stadt gewinnt insbesondere für jüngere Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss an Attraktivität. Die Auswirkungen zeigen sich in einer Aufwertung bestimmter Stadtteile, vor allem von innenstadtnahen ehemaligen Arbeiter- und Industriequartieren. Diese für die Deindustrialisierung typische Gentrifizierung wird häufig von einer Verdrängung und Marginalisierung der alteingesessenen Bevölkerung begleitet.¹⁶¹

Welche Auswirkungen haben diese allgemeinen urbanen Bevölkerungsdynamiken auf die «Familienstadt» Bern? In den Sozialraumanalysen 1990/2000 der Stadt und Region Bern¹⁶² und deren Interpretation¹⁶³ finden sich Anhaltspunkte zur Diskussion dieser Frage. Die Sozialraumanalyse beschreibt die räumlich ungleiche Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen und typisiert die Wohngebiete nach ihrer Bevölkerungszusammensetzung. Sie untersucht die zwei Faktoren Sozialstatus (statushoch vs. statusniedrig) und Lebensstil (bürgerlich-traditionell vs. individualistisch) in den verschiedenen Stadtbezirken und Gemeinden.¹⁶⁴ Durch einen Vergleich der Daten der Volkszählung von 1990 mit der von 2000 werden dabei auch Veränderungen sichtbar gemacht. Zwei Trends sind bei der Berner Wohnbevölkerung insgesamt zu beobachten: ein tendenzieller sozialer Aufstieg sowie eine Vervielfältigung der Lebensstile.¹⁶⁵

Ein genauerer Blick auf die soziodemographischen Dynamiken lässt erkennen, dass statushohe und statusniedrige Gruppen zunehmend segregiert wohnen. Während die statushohe Bevölkerung insbesondere in den aufgewerteten innenstadtnahen Quartieren zunimmt, verschiebt sich die Bevölkerung mit tieferem

¹⁵⁶ Die Ergebnisse bezüglich der Wandermotive sind nur beschränkt auf Familien übertragbar, da sie sich meist auf die Kategorie «zwei und mehr Personen» beziehen und demnach auch andere Formen des Zusammenlebens wie Partnerschaften oder Wohngemeinschaften mit einschliessen.

¹⁵⁷ Gächter, 2002, S.15

¹⁵⁸ Gächter, 2002, S.25ff. Umgekehrt ist der meistgenannte Hauptgrund bei den Befragten, die mit zwei oder mehr Personen in die Stadt ziehen, die Arbeit oder Ausbildung (58%). Bei den Fällen, die innerhalb der Stadt Bern im Kollektiv von zwei oder mehr Personen umziehen wird hingegen als Hauptgrund am meisten (zu 47%) die Wohnung genannt.

¹⁵⁹ Gächter, 2002, S.29

¹⁶⁰ Gächter, 2002, S.32. Knapp die Hälfte der Befragten ziehen in die Region Bern, während auf die übrigen drei Angabemöglichkeiten – den Kanton Bern, die übrige Schweiz und das Ausland – nur noch 54% entfallen.

¹⁶¹ Stienen, 2007, S.4f; Gächter, 2005b, S.5

¹⁶² Gächter, 2005b

¹⁶³ Stienen, 2007

¹⁶⁴ Der Sozialstatus wird mit den Indikatoren Bildungsniveau (höchste abgeschlossene Ausbildung) sowie Berufsposition der Erwerbstätigen definiert. Die verschiedenen Lebensstile werden mit Indikatoren wie Wohnform und Haushaltstypus, Konfessionszugehörigkeit oder der Arbeitsteilung zwischen den Eltern in einem Familienhaushalt (Erwerbstätigkeit der Frau) zu erfassen versucht (vgl. ausführlicher dazu Gächter, 2005b).

¹⁶⁵ Stienen, 2007, S.9f

Sozialstatus in die Viertel mit modernen Grossüberbauungen am Stadtrand sowie in Stadtgebiete mit 40er- und 50er Jahr-Blöcken, die schwerpunktmässig im mittleren Ring um die Altstadt liegen.¹⁶⁶ Die geringere soziale Durchmischung in Bern ist auch bezüglich der Nationalitätzugehörigkeit zu beobachten: So wohnen sowohl SchweizerInnen wie auch Angehörige anderer Nationalitäten im Jahr 2000 segregierter als 1990. Die Segregation betrifft insbesondere Personen aus den neuen südosteuropäischen Staaten sowie jene islamischer Religionszugehörigkeit. Ein möglicher Erklärungsansatz geht davon aus, dass diese Personengruppen einerseits aufgrund ihrer Herkunft auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt werden, dass sie aber andererseits in den spezifischen Wohngebieten auch über soziale Beziehungen verfügen, die ihnen den Zugang zu einer Mietwohnung erleichtern.¹⁶⁷

Etwas anders verläuft die Dynamik der verschiedenen Lebensstile, wird doch die Stadt Bern in Bezug auf das Nebeneinander unterschiedlicher Lebensformen kleinräumig durchmischt.¹⁶⁸ Die Entwicklung zu zunehmend individualisierten Lebensstilen betrifft die Bevölkerung

in fast allen Stadtquartieren und ist auch in den Regionsgemeinden zu beobachten, die hingegen im Vergleich zur Stadt dem bürgerlich-traditionellen Lebensstil näher stehen¹⁶⁹. Was bedeutet dies nun für die Situation von Familien in Bern? Zwischen 1990 und 2000 haben die Einpersonenhaushalte in der Stadt Bern – insbesondere unter den 30- bis 49-jährigen Personen – weiter zugenommen¹⁷⁰, während die Stadt einen Verlust an Familienhaushalten mit Kindern zu verzeichnen hat.¹⁷¹ Dabei finden sich die Familienhaushalte mehrheitlich in den Quartieren des äusseren Rings um die Altstadt (Murifeld, Brunnadern, Holligen, Felsenau, Oberbottigen, Bümpliz, Stöckacker, Bethlehem), in denen es auch ein vielseitigeres Angebot an grösseren Familienwohnungen gibt.¹⁷² Die Diversifizierung der Lebensstile zeigt sich aber auch innerhalb der Familienzusammensetzungen in Bern: die traditionell-bürgerliche Rollenteilung innerhalb der Familie nimmt in den 90er Jahren ab und damit einhergehend die Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern zu. Zugleich konzentrieren sich die Familien, die sich eher an einem bürgerlich-traditionellen Lebensstil orientieren, im Jahr 2000 stärker als 1990 auf bestimmte Quartiere und Quartierteile.¹⁷³ ■

22 Stadtentwicklung und Angebote zur Wohnbau- und Wohnumfeldverbesserung

Städtische Fördermassnahmen

Die Frage stellt sich nun, wie Bern – ausgehend von diesen Entwicklungen – den Wegzug von Familien stoppen und sich als «Familienstadt» verorten kann? Wie lassen sich die Wohninfrastruktur und das Wohnumfeld für Familien verbessern? Und welche politischen Massnahmen sind geplant oder werden bereits realisiert?

Gemäss der Abteilung Stadtentwicklung der Stadt Bern müssen für eine familienfreundliche Wohnbauförderung genügend Wohnungen verfügbar sein, die – in Ausstattung, Grösse, Preis und Lage – für Familien angemessen sind. Zudem geht es darum, dass es attraktive Rahmenbedingungen für familiäres Wohnen gibt, das heisst beispielsweise, dass familienexterne Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder vielseitige schulische Angebote vorhanden sind. Wichtig ist aber auch, dass das Wohnumfeld stimmt, dass in der Nähe Grün- und Freiflächen

liegen, ein Angebot an Naherholungsmöglichkeiten existiert sowie Massnahmen zur (Verkehrs)Sicherheit und zum Lärmschutz gewährleistet werden.¹⁷⁴

Die Formulierung dieser grundlegenden Bedingungen lässt sich auf die Legislaturrichtlinien des Gemeinderates (und die damit einhergehenden Massnahmen) beziehen. Das Legislaturziel der Förderung eines **ausgewogenen Wohnungsangebotes** wird in erster Linie mit Neubauprojekten, aber auch über die Umnutzung von bereits bestehenden Liegenschaften – wie etwa die Zusammenlegung von bestehenden Kleinwohnungen – zu realisieren versucht.¹⁷⁵ Derzeit bewegt sich einiges im städtischen Wohnungsbau: zwischen 2001 bis 2007 wurden in der Stadt Bern insgesamt 736 neue Wohnungen gebaut. Fast 70% davon (514 Wohnungen) bestehen aus vier und mehr Zimmern.¹⁷⁶ Dass diese Neubauwohnungen auch häufig von Familien bewohnt werden, zeigt sich in dem überdurchschnittlich hohen Kinderanteil in den neu-

¹⁶⁶ Marty, 2007, S. 5; Stienen, 2007, S.9ff/19

¹⁶⁷ Stienen, 2007, S.13f

¹⁶⁸ Stienen, 2007, S.19f

¹⁶⁹ Gächter, 2005b, S.18

¹⁷⁰ In den Gemeinden der Region ist die Anzahl der Einpersonenhaushalte massiv tiefer, im Jahr 2000 liegen die Anteile abgesehen von Köniz in allen Gemeinden unter 10% (Gächter, 2005b, S.18)

¹⁷¹ vgl. Kap. Bern als Familienstadt: Grundlagen und Entwicklungen, S. 57

¹⁷² Gächter, 2005b, S.22; Stienen, 2007, S.14

¹⁷³ Stienen, 2007, S.14; vgl. Gächter, 2005b, Abb.43

¹⁷⁴ Korrespondenz der Abt. Stadtentwicklung und der Liegenschaftsverwaltung vom 25.4.07

¹⁷⁵ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.15.

¹⁷⁶ Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, 2008, S.5

en Überbauungen. Während der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 17 Jahre in der Gesamtbevölkerung der Stadt Bern 13 Prozent ausmacht, beträgt er in den neuen Überbauungen 22.3 Prozent.¹⁷⁷ Weitere Neubausiedlungen sind geplant oder bereits teilweise realisiert. So entstehen zum Beispiel in Brünnen gegen 800 neue Wohnungen, in Schönberg Ost sind 400 und in Baumgarten Ost 100 neue Wohnungen geplant.¹⁷⁸ Über gezielte Fördermassnahmen der bernischen Stadtentwicklung sollen diese Bauprojekte insbesondere auch für Familien eine geeignete Wohninfrastruktur und ein angenehmes Wohnumfeld bieten. Eine **Verbesserung der Qualität des Wohnumfelds** ist ein Legislaturziel des Gemeinderates, das insbesondere durch Lärm- und Immissionsschutzmassnahmen, eine grossräumige Verkehrslenkung und -beruhigung sowie durch Aufwertung von städtischen Naherholungsräumen, vor allem von Grünanlagen sowie Spiel- und Freizeitbereichen, erreicht werden soll.¹⁷⁹ Ein für das familiäre Wohnen in Bern relevantes Legislaturziel des Gemeinderates fokussiert zudem darauf, dass sich in Befragungen das Empfinden der Berner Bevölkerung bezüglich **Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum** positiv entwickelt. Dabei werden insbesondere Massnahmen zur Bekämpfung von Littering, Sprayereien und Vandalismus im öffentlichen Raum ins Auge gefasst.¹⁸⁰ Um die Lärm- und Luftbelastungen in den städtischen Quartieren zu vermindern – eines der Motive, das Familien zum Wegzug aus der Stadt bewegt – sieht der Gemeinderat Massnahmen zur **Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel** (öffentlicher Verkehr, Velos und Fussgänger) vor.¹⁸¹ Wenn bedacht wird, dass 41% der Pendlerinnen und Pendler aus der Agglomeration ihren Arbeitsweg in die Stadt per Auto zurücklegen, während diese Zahl für die Arbeitswege innerhalb der Stadt bei 17% liegt¹⁸², könnte die Förderung familienfreundlicher Wohnstrukturen in der Stadt Bern auch eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt zur Folge haben.

Günstiges Wohnen und Beteiligung der Stadt an Wohnbaugenossenschaften

Die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern verwaltet gemäss Angaben der Abteilung Stadtentwicklung ungefähr 3'300 Wohnungen (was etwa 4% des gesamten Wohnungsbestandes auf dem Gemeindegebiet entspricht). Rund 800 Wohnungen davon sind «günstige Wohnungen»¹⁸³. Es handelt sich dabei mehrheitlich um Wohnungen mit tieferem Ausbaustandard, die in älteren Liegenschaften oder günstigeren Quartieren liegen. Die «günstigen Wohnungen» werden in erster Linie an Familien und Alleinerziehende, aber auch an alleinstehende Personen vermietet. Zwar übersteigt die Nachfrage nach «günstigen Wohnungen» – gerade bei kinderreichen Familien, die nach Grosswohnungen suchen – das Angebot; die Abteilung Stadtentwicklung der Stadt Bern stellt jedoch auch gestiegene Ansprüche an Komfort, Lage und Ausbaustandard der Wohnungen seitens der Mieterinnen und Mietern fest.¹⁸⁴

In Bern gehört rund jede zehnte Wohnung der Stadt oder einer Wohnbaugenossenschaft.¹⁸⁵ Die Stadt selbst ist (in kleinerem oder grösserem Umfang) an sechzehn gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften und -gesellschaften beteiligt¹⁸⁶ und will sich damit insbesondere für den Bau von preisgünstigen Familienwohnungen einsetzen.¹⁸⁷

Nebst der Liegenschaftsverwaltung und den Wohnbaugenossenschaften bieten aber auch andere Immobilienbesitzer (z.B. Pensionskassen oder die Burgergemeinde) Wohnungen mit tieferen Mietzinsen an. Im Jahr 2000 betrug der durchschnittliche Netto-Mietzins für eine 4-Zimmer-Wohnung Fr.1'191.–. Dieser Ansatz lag tiefer als der durchschnittliche Netto-Mietpreis für eine 4-Zimmer-Wohnung in etlichen Vorortsgemeinden. Es gibt in der Stadt Bern also durchaus preisgünstige Wohnungen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Mietpreise der Wohnungen auf dem publizierten Wohnungsmarkt klar höher liegen als die durchschnittlichen Netto-Mietzinsen (wie sie aus den Zahlen der Volkszählung im Jahr 2000 hervorgehen).¹⁸⁸

¹⁷⁷ Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, 2008, S.7f

¹⁷⁸ Kunz, 25.04.2008, Der Bund, S.21; Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, November 2005, S.4f
www.bern.ch/leben_in_bern/wohnen/wohnen/stadtentwicklung/projekte/brunnen

¹⁷⁹ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.17

¹⁸⁰ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.19

¹⁸¹ Stadt Bern. Gemeinderat, 2005, S.20

¹⁸² Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, November 2006, S.6

¹⁸³ Als «günstig» gelten eine 1-Zimmer-Wohnung unter Fr. 500.– netto, eine 2-Zimmer-Wohnung unter Fr. 700.– netto, eine 3-Zimmer-Wohnung unter Fr. 900.– netto und eine 4-Zimmer-Wohnungen unter Fr. 1'100.– netto (Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, November 2006, S.2)

¹⁸⁴ Korrespondenz der Abt. Stadtentwicklung und der Liegenschaftsverwaltung vom 25.4.07

¹⁸⁵ Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, November 2006, S.2

¹⁸⁶ Korrespondenz der Abt. Stadtentwicklung und der Liegenschaftsverwaltung vom 25.4.07

¹⁸⁷ Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung, November 2006, S.1

¹⁸⁸ Stadt Bern. Stadtplanungsamt, 2007, S.11f

Verbesserung des Wohnumfelds

Wodurch zeichnet sich eine familien- und kinderfreundliche Wohnumgebung in der Stadt aus? Die Schaffung von Rahmenbedingungen zur vielseitigen Nutzung und Aneignung von öffentlichen Freiräumen leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

In der Stadt Bern gibt es gemäss Angaben der Stadtgärtnerei insgesamt 50 Begegnungszonen, 47 Parkanlagen, 55 Grünanlagen und 27 Areale mit Familiengärten, die alle als Spiel- und Erholungsmöglichkeit von der Bevölkerung genutzt werden können.¹⁸⁹

Die **Begegnungszonen** sind ein (seit 2002 vom Bund genehmigtes) Instrument zur Verbesserung der Wohnqualität von Familien in einem Stadtquartier. In einer Begegnungszone gilt Tempo 20 und die Fussgängerinnen und Fussgänger haben Vortritt. Die Quartierstrasse kann so zum Spiel- und Bewegungsort für Kinder sowie zum Treffpunkt in der Nachbarschaft werden. Die Realisierung von Begegnungszonen in den Berner Wohnquartieren setzt das Engagement und Interesse sowie die Mitarbeit und Mitverantwortung der Anwohnerinnen und Anwohnern voraus.¹⁹⁰ Ein kinderfreundliches Wohnumfeld in der Stadt zeichnet sich zudem durch das Angebot an **Spielplätzen** aus. Ein Vergleich der Anzahl Spielplätze in den verschiedenen Berner Stadtbezirken¹⁹¹ verdeutlicht, dass es in der Inneren Stadt und in der Länggasse-Felsenau im Vergleich zur Anzahl Kinder und im Verhältnis zu anderen Stadtteilen relativ viele Spielplätze gibt. In Bümpliz-Oberbottigen hingegen, wo der Anteil der Familienhaushalte mit Kindern unter sieben Jahren mit 29% sehr hoch ist, befinden sich nur ein Zehntel aller Berner Spielplätze.¹⁹²

Die Verteilung und Grösse der Parkanlagen und Spielplätze hängt nicht nur vom Verhältnis zur Grösse der Stadtteile ab, sondern auch von anderen Faktoren wie etwa der städtebaulichen Siedlungsstruktur. So befinden sich in dicht bebauten Quartieren (wie beispielsweise der Länggasse) eher weniger öffentliche Grünanlagen, und die Spielangebote sind vermehrt in öffentlichen Schulanlagen anzutreffen.¹⁹³

Neben den Parkanlagen, Spielplätzen und Begegnungszonen sind die sogenannten **Familiengärten** für viele ein willkommener Ausgleich zum Leben und Wohnen in der Stadt. So gibt es in Bern auf 27 verschiedenen Arealen etwa 2'225 Gartenparzellen. Die Motivation, eine **Gartenparzelle** zu pachten, mag vielseitig sein. Für Familien in der Stadt, die sich mit relativ engen Wohnverhältnissen konfrontiert sehen, kann der eigene Garten das Wohnumfeld um mehr Platz und etwas Grün bereichern.¹⁹⁴ Nicht zu unterschätzen ist zudem die Bedeutung, die Familiengärten in Bezug auf die Freizeitgestaltung sowie hinsichtlich des Neben- und Miteinanders verschiedener Bevölkerungsgruppen einnehmen können.

Im Allgemeinen stehen den EinwohnerInnen Berns Mitsprachemöglichkeiten zur Verbesserung ihres Wohnumfelds offen. Die Quartierkommissionen der verschiedenen Stadtteile können ein Projekt zur Wohnumfeldverbesserung einreichen, das anschliessend von der Stadtgärtnerei geprüft und allenfalls mit einem Wohnumfeldverbesserungskredit unterstützt und umgesetzt wird. Anfragen und Bedürfnisanmeldungen an die Stadtgärtnerei hinsichtlich der Neuanschaffung, Aufwertung und Umgestaltung von Spielplätzen oder Parkanlagen werden auch über die städtische Stelle für Kinder- und Jugendmitwirkung (**p_a_r_t**) vorgenommen.¹⁹⁵

¹⁸⁹ Persönliche Mitteilung der Stadtgärtnerei vom 20.6.07

¹⁹⁰ Stadt Bern, Abteilung Stadtentwicklung, November 2005, S.1

¹⁹¹ Insgesamt gibt es in Bern 92 Spielplätze. Davon befinden sich 6.5% in der Inneren Stadt, 21.7% in der Länggasse-Felsenau, 25.0% in Mattenhof-Weissenbühl, 14.1% im Stadtteil Kirchenfeld-Schosshalde, 21.7% im Breitenrain-Lorraine und die restlichen 10.9% in Bümpliz Oberbottigen (vgl. www.bern.ch/leben_in_bern/freizeit/spielplaetze/spielplaetze).

¹⁹² www.bern.ch/leben_in_bern/freizeit/spielplaetze/spielplaetze; Gächter, 2005a, S.16 (Daten aus dem Jahr 2000).

¹⁹³ Persönliche Mitteilung der Stadtgärtnerei vom 04.07.07

¹⁹⁴ www.bern.ch/leben_in_bern/freizeit/freizeit/familiengaerten

¹⁹⁵ Persönliche Mitteilung der Stadtgärtnerei vom 20.6.07 und 4.7.07

Tabelle 6

Wichtigkeit von / Zufriedenheit mit Lebensbedingungen/Einrichtungen in der Stadt Bern und Handlungsbedarfsindex 2007

Noten von 1 (überhaupt nicht wichtig/zufrieden) bis 6 (sehr wichtig/zufrieden), Angabe des Mittelwerts (Durchschnittsnote)

Nr.	Lebensbedingungen / Einrichtungen	Wichtigkeit				Zufriedenheit				Handlungsbedarfsindex (Zufriedenheit minus Wichtigkeit)			
		Famtyp1	Famtyp2	Famtyp3	Total	Famtyp1	Famtyp2	Famtyp3	Total	Famtyp1	Famtyp2	Famtyp3	Total
1	Öffentliche Verkehrsmittel (Tram, Bus)	5.39	5.46	5.56	5.58	5.08	5.24	4.94	5.16	-0.31	-0.22	-0.62	-0.42
2	Umweltsituation	5.41	5.46	5.57	5.47	4.09	3.92	4.13	4.12	-1.32	-1.54	-1.44	-1.35
3	Grünanlagen, Parks und Spielplätze	5.33	5.48	5.53	5.46	4.68	4.92	4.83	4.90	-0.65	-0.56	-0.7	-0.56
4	Abfallbeseitigung, Kehrichtabfuhr usw.	5.08	5.32	5.40	5.37	4.97	5.00	4.86	4.90	-0.11	-0.32	-0.54	-0.47
5	Verkehrssicherheit im Quartier	5.47	5.50	5.40	5.24	4.01	4.16	4.18	4.49	-1.46	-1.34	-1.22	-0.75
6	Bildungs- und Weiterbildungsangebot	5.09	5.67	5.52	5.22	4.61	4.62	4.76	4.78	-0.48	-1.05	-0.76	-0.44
7	Sauberkeit auf Strassen und Plätzen	4.87	4.80	5.13	5.18	4.23	4.64	4.38	3.96	-0.64	-0.16	-0.75	-1.22
8	Einkaufsmöglichkeiten im Quartier	4.91	5.21	5.14	5.08	4.74	5.08	5.02	4.87	-0.17	-0.13	-0.12	-0.21
9	Kinderfreundliches Wohnumfeld	5.60	5.75	5.49	5.02	4.35	4.60	4.53	4.42	1.25	-1.15	-0.96	-0.6
10	Kulturangebot	4.76	4.88	5.07	4.93	4.38	4.74	4.75	4.68	-0.38	-0.14	-0.32	-0.25
11	Wohnungsangebot, Wohnungsmarkt	4.77	5.00	4.91	4.89	3.74	3.39	4.08	3.98	-1.03	-1.61	-0.83	-0.91
12	Gestaltung u. Erhaltung v. Gebäuden	4.41	5.09	4.95	4.86	4.7	4.88	4.47	4.68	0.29	-0.21	-0.48	-0.18
13	Sportanlagen und Schwimmbäder	4.68	4.96	4.98	4.68	4.49	4.96	4.71	4.77	-0.19	0.00	-0.27	0.09
14	Kinderbetreuungsangebot	5.32	5.38	4.80	4.58	3.39	4.24	4.23	4.01	-1.93	-1.14	-0.57	-0.57
15	Möglichkeiten zum Ausgehen	4.34	4.68	4.60	4.54	4.60	4.67	4.88	4.65	0.26	-0.01	0.28	0.11
16	Treffpunkte und Freizeiteinrichtungen	4.54	4.84	4.67	4.39	4.40	4.50	4.64	4.40	-0.14	-0.34	-0.03	0.01
17	Parkplatzangebot in der Innenstadt	2.73	3.24	3.02	3.14	3.96	4.05	4.10	3.59	1.23	0.81	1.08	0.45

Famtyp1 = Befragte mit jüngstem Kind 0–3 Jahre im selben Haushalt
 Famtyp2 = Befragte mit jüngstem Kind 4–6 Jahre im selben Haushalt
 Famtyp3 = Befragte mit jüngstem Kind 7–17 Jahre im selben Haushalt

-0.50 bis -0.99

-1.00 und mehr

Quelle: Statistikdienste der Stadt Bern, Bevölkerungsbefragung 2007

23 Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung

Auf die Frage, wie die Lebensbedingungen und Einrichtungen in der Stadt Bern von Familien selbst eingeschätzt werden, lassen sich in der Bevölkerungsbefragung 2007 der Statistikdienste der Stadt Bern Antworten finden. Gefragt wurde einerseits nach der Einschätzung der Wichtigkeit von spezifischen Lebensbedingungen und Einrichtungen, andererseits nach der Zufriedenheit mit den bestehenden Bedingungen und Einrichtungen in der Stadt Bern. Aus der Differenz der beiden Angaben wurde der Handlungsbedarf ermittelt (vgl. **Tabelle 6** sowie **Auszug aus Tabelle 6**).

Aus den Resultaten wird ersichtlich, dass bei verschiedenen Faktoren, welche die Wohn- und Lebenssituation von Familien in der Stadt Bern bestimmen, ein nicht unerheblicher Handlungsbedarf besteht. So wird die Bedingung eines **kinderfreundlichen Wohnumfelds** insbesondere von Familien mit Kleinkindern und Kindern als sehr wichtig eingeschätzt. Die Zufriedenheit damit fällt demgegenüber deutlich tiefer aus und ein Handlungsbedarf kann angenommen werden. Die Diskrepanz zwischen eingeschätzter Wichtigkeit und Zufriedenheit (der Handlungsbedarfsindex), beträgt auf einer Notenskala von 1 bis 6 für Familien, in denen das jüngste Kind zwischen 0 bis 3 Jahren alt ist, erhebliche -1.25, für Familien, in denen das jüngste Kind zwischen 4 bis 6 Jahren alt ist, -1.15. Auch dem **Wohnangebot** und dem **Wohnungsmarkt** wird von Familien mit Kindern Wichtigkeit beigemessen,

die Zufriedenheit damit fällt hingegen deutlich tiefer aus. Der Handlungsbedarf ist insbesondere bei Familien, in denen das jüngste Kind zwischen 4 und 6 Jahren alt ist, besonders hoch (Index von -1.61).

Handlungsbedarf besteht zudem bei der **Verkehrssicherheit im Quartier**. Die sehr hohe Wichtigkeit, die diesem Thema von Familien mit Kindern beigemessen wird, steht in Kontrast zu der viel tiefer angegebenen Zufriedenheit. Am höchsten ist der Handlungsbedarfsindex mit -1.46 bei Familien, in denen das jüngste Kind zwischen 0 bis 3 Jahren alt ist.

Etwas zufriedener sind die Familien mit den **Grünanlagen, Pärken und Spielplätzen**. Dennoch besteht ein nicht zu unterschätzender Handlungsbedarf (Index von -0.65 für Familien mit Kindern bis drei Jahren). Zudem sollte nicht übersehen werden, dass Familien mit Kindern ein gutes Angebot an Grünanlagen, Pärken und Spielplätzen in der Stadt als sehr wichtig einschätzen.

Die Bevölkerung der Stadt Bern wurde auch gefragt, was für sie zur Lebensqualität gehört. Von den befragten Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, ist das Wohnumfeld mit 33.5% die meistgenannte Antwort und rangiert noch vor der Umwelt (27.2%) sowie vor persönlicher Gesundheit und Wohlbefinden (25.1%). Oft genannt werden auch die finanzielle Sicherheit (18.8%), die Familie (17.3%), die Sicherheit vor Kriminalität (14.7%), die Wohnung (11.5%) sowie die Grünanlagen und der städtische Erholungsraum (11%). Demgegenüber rangieren Faktoren wie der öffentliche Verkehr

Auszug aus Tabelle 6

Wichtigkeit von und Zufriedenheit mit Lebensbedingungen/ Einrichtungen in der Stadt Bern / Handlungsbedarfsindex 2007

Noten von 1 (überhaupt nicht wichtig/zufrieden) bis 6 (sehr wichtig/zufrieden), Angabe des Mittelwerts (Durchschnittsnote)

Nr.	Lebensbedingungen / Einrichtungen	Handlungsbedarfsindex (Zufriedenheit minus Wichtigkeit)			Total
		Famtyp1	Famtyp2	Famtyp3	
1	Öffentliche Verkehrsmittel (Tram, Bus)	-0.31	-0.22	-0.62	-0.42
2	Umweltsituation	-1.32	-1.54	-1.44	-1.35
3	Grünanlagen, Pärke und Spielplätze	-0.65	-0.56	-0.7	-0.56
4	Abfallbeseitigung, Kehrrichtabfuhr usw.	-0.11	-0.32	-0.54	-0.47
5	Verkehrssicherheit im Quartier	-1.46	-1.34	-1.22	-0.75
6	Bildungs- und Weiterbildungsangebot	-0.48	-1.05	-0.76	-0.44
7	Sauberkeit auf Strassen und Plätzen	-0.64	-0.16	-0.75	-1.22
8	Einkaufsmöglichkeiten im Quartier	-0.17	-0.13	-0.12	-0.21
9	Kinderfreundliches Wohnumfeld	1.25	-1.15	-0.96	-0.6
10	Kulturangebot	-0.38	-0.14	-0.32	-0.25
11	Wohnungsangebot, Wohnungsmarkt	-1.03	-1.61	-0.83	-0.91
12	Gestaltung u. Erhaltung v. Gebäuden	0.29	-0.21	-0.48	-0.18
13	Sportanlagen und Schwimmbäder	-0.19	0.00	-0.27	0.09
14	Kinderbetreuungsangebot	-1.93	-1.14	-0.57	-0.57
15	Möglichkeiten zum Ausgehen	0.26	-0.01	0.28	0.11
16	Treffpunkte und Freizeiteinrichtungen	-0.14	-0.34	-0.03	0.01
17	Parkplatzangebot in der Innenstadt	1.23	0.81	1.08	0.45

Famtyp1 = Befragte mit jüngstem Kind 0-3 Jahre im selben Haushalt

Famtyp2 = Befragte mit jüngstem Kind 4-6 Jahre im selben Haushalt

Famtyp3 = Befragte mit jüngstem Kind 7-17 Jahre im selben Haushalt

-0.50 bis -0.99

-1.00 und mehr

Quelle: Statistikdienste der Stadt Bern, Bevölkerungsbefragung 2007

(7.3%) oder die Infrastruktur (5.2%) eher an sekundärer Position. Hier wird also deutlich, dass verschiedene die Wohnsituation betreffende Aspekte – Wohnumfeld, Wohnung, Grünanlagen, Sicherheit, öffentlicher Verkehr – für die Lebensqualität von Familien in der Stadt Bern von grundlegender Bedeutung sind.

In der Bevölkerungsbefragung 2007 wurde zudem die Beurteilung politischer Massnahmen eruiert. Wenn zwischen Personen, die in einem Haushalt mit Kindern und Personen, die in einem Haushalt ohne Kinder leben, differenziert wird, lassen sich hier familienpolitisch relevante Angaben herauslesen. Erhebliche Unterschiede

sind beispielsweise bei der Dimension der **verkehrsberuhigenden Massnahmen** – die für das Politikfeld der «Familienstadt Bern» relevant ist – auszumachen. Während 45.4% der Befragten, die in einem Familienhaushalt leben, angeben, dass hinsichtlich verkehrsberuhigender Massnahmen zu wenig getan werde, wird dies nur von 34.2% der Personen in Haushalten ohne Kinder so eingeschätzt. Umgekehrt schätzen Personen in Familienhaushalten die Massnahmen für die öffentliche Sicherheit positiver ein (28.7% denken, dass zuwenig gemacht werde), als solche, die in Haushalten ohne Kinder leben (37.2% erachten die Massnahmen als zu gering).¹⁹⁶ ■

24 Ergebnisse der Befragung der Expertinnen und Experten

Erste Befragungsrunde

Die Resultate der ersten Befragungsrunde der Experten und Expertinnen ergaben, dass das Politikfeld «Familienstadt Bern» fördern (M = 5.07, SD = 0.87) als bedeutsam für die städtische Familienpolitik angesehen wird. Widersprüchlich dazu ist jedoch das Ergebnis der Einschätzung des politischen Handlungsbedarfs in diesem Politikfeld. Die Befragten stufen den politischen Handlungsbedarf im Vergleich zu anderen Themen wie der finanziellen Situation von Familien oder der Vereinbarkeit

von Familie und Beruf als weniger bedeutsam für die städtische Familienpolitik ein (M = 4.77, SD = 1.07). Jedoch hat nach Ansicht der Experten und Expertinnen die Zielsetzung «Infrastruktur für Familien verbessern» eine hohe politische Bedeutung (vgl. Tabelle 7). Diese Zielsetzung nimmt innerhalb der Gesamtzielsetzungen der vorgegebenen Massnahmen den 4. Platz ein und widerspiegelt, dass eine familienfreundliche Wohninfrastruktur eine Voraussetzung für Bern als Familienstadt

TABELLE 7

«Familienstadt Bern» fördern 1		
Rangfolge der vorgegebenen und von den Expertinnen und Experten selbst formulierten Ziele und Massnahmen der ersten Befragung		
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Ziele	M	SD
1 Infrastruktur für Familien verbessern	5.20	.93
2 Familienmarketing verstärken	3.86	1.58
Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung		
Ziele, die Expertinnen und Experten in der Befragung formulierten		
Vergrösserung Spielraum für Kinder, Verbesserung Infrastruktur für die ganze Bevölkerung, Verbesserung der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, Verbesserung der Überwachung der Freizeit von Kindern und Jugendlichen		4 Nennungen
Gratisbenützung Verkehrsmittel für Jugendliche bis 16, Gratisbenützung Hallenbäder, Tennishallen usw., mehr Sportplätze für Breitensport, auch andere Jugend- und Familienaktivitäten ermöglichen		3 Nennungen
Wohnung mit einem Zimmer mehr als Mitglieder der Familie, familienfreundlicher Wohnraum		2 Nennungen
Ordnungspolitische, raumplanerische Steuerungs-Möglichkeiten zur soz. Durchmischung aller Stadtteile fördern, Öffentlichen Raum für Familien zurückgewinnen, Multifunktionalität von Liegenschaften		2 Nennungen
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Massnahmen	M	SD
1 Wohnraum für Familien bedarfsorientiert fördern	5.33	.76
2 Wohnumfeld für Familien (z.B. Spiel- und Bewegungsräume für Kinder) verbessern	5.13	.90
3 Verkehrssicherheit gewährleisten	5.10	1.38
4 Städt. Innovationspreis für Projekte «Familie und Wohnen» und «Familie und Arbeitswelt»	4.48	1.30
5 Sensibilisierung der Bevölkerung für die Situation und Anliegen von Familien mit Kindern in der Stadt	4.41	1.38
6 Ausbau des Marketings für «Bern als Familienstadt»	3.77	1.65
Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung		

¹⁹⁶ Weitere Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung finden sich im Anhang

darstellt. Ebenso werden die drei Massnahmen «Wohnraum für Familien bedarfsorientiert fördern», «Wohnumfeld für Familien (z.B. Spiel- und Bewegungsräume für Kinder) verbessern» sowie «Verkehrssicherheit gewährleisten» als in hohem Masse bedeutungsvoll für die Stadtpolitik eingestuft. Diese Resultate weisen klar darauf hin, dass die Profilierung von Bern als Familienstadt davon abhängt, ob es gelingt, die Familienfreundlichkeit von Wohninfrastruktur und Wohnumgebung weiter zu entwickeln. Die Experten und Expertinnen sind sich einig, dass Bern bereits viele solche Qualitäten aufweist. Von den Befragten wird vor allem auch akzentuiert, dass Spielräume und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche fehlen, zu klein oder verbesserungsbedürftig sind. Ausserdem wünschen sich manche der Experten und Expertinnen eine Verbesserung der Überwachung der Freizeit von Kindern und Jugendlichen.

Ebenfalls sprechen sich Einzelne dafür aus, dass die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel, der Hallenbäder, der Tennisplätze sowie Sportplätze für Jugendliche bis 16 Jahre kostenfrei sein sollte.

Das Thema der sozialen Durchmischung wird aufgegriffen, das mittels ordnungspolitischer und raumplanerischer Steuerungsmöglichkeiten umgesetzt werden soll. Auf kaum Resonanz stösst bei den Befragten hingegen das Ziel «Familienmarketing verstärken», dem von den Experten und Expertinnen die geringste Bedeutsamkeit zugemessen wird. Diese Resultate weisen darauf hin, dass für die Befragten direkte Handlungen bedeutsamer sind als indirekte, möglicherweise durch Marketing induzierte Handlungen. Beim Politikfeld «Familienstadt Bern» fördern besteht eine der deutlichsten Konsistenzen von Zielen und Massnahmen.

Zweite Befragungsrunde

In der zweiten Befragungsrunde wird von den Befragten der Ausbau der sozialen Durchmischung (soziale Schicht, Nationalität, Generationen) als öffentliches Gut von allen Zielen in diesem Politikfeld als das wichtigste eingeschätzt (vgl. Tabelle 8). Allerdings wird die Realisierbarkeit dieses Ziels von einigen Befragten als äusserst kritisch angesehen. «Die soziale Durchmischung ist obschon wünschenswert nicht realistisch. Menschen suchen sich ein Umfeld aus, welches mit ihrem eigenen Familien-Lebensstil übereinstimmt.»

Infrastrukturelle Ziele wie «Road Pricing in der Stadt zur Verkehrsreduktion einführen» sowie «Politik für erschwingliche Familienwohnungen weiter verstärken» werden nach Ansicht der Befragten als ebenfalls bedeutsam für die städtische Familienpolitik gesehen.

Als weniger bedeutsam für die städtische Familienpolitik wird die Stärkung des allgemeinen Sicherheitsgefühls angesehen sowie die Verhinderung von Überfällen im öffentlichen Raum. Die relativ tiefe Bewertung dieser beiden Ziele hat sich auch in der Zurückhaltung gezeigt, die mehrere Expertinnen und Experten diesbezüglich artikuliert haben. Zu berücksichtigen ist hier, dass das Thema der Sicherheit im öffentlichen Raum politisch kontrovers diskutiert wird und nicht ein eigentliches Thema der Familienpolitik ist, sondern sich im Spektrum verschiedener Politikfelder ansiedelt.

TABELLE 8

«Familienstadt Bern» fördern 2		
Rangfolge der vorgegebenen Ziele sowie der Begründungen/Kommentare der zweiten Befragung		
Bewertung der im Fragebogen vorgegebenen Ziele	M	SD
1 Die soziale Durchmischung (soziale Schicht, Nationalität, Generationen) als öffentliches Gut ausbauen	5.17	1.20
2 Road Pricing in der Stadt zur Verkehrsreduktion einführen	4.86	.93
3 Politik für erschwingliche Familienwohnungen weiter verstärken	4.83	1.20
4 Eine «Familienverträglichkeitsprüfung» für Bau-, Infrastruktur- und Verkehrsvorhaben einführen	4.50	1.20
5 Überfälle im öffentlichen Raum verhindern.	4.41	1.55
6 Das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöhen	4.39	1.45
7 Den öffentlichen Raum für Familien zurückgewinnen	3.71	1.54

Legende: Skala von 1–6; M = Mittelwert; SD = Standardabweichung

Die geringste Relevanz für die städtische Familienpolitik innerhalb dieses Politikfelds wird der Zurückgewinnung von öffentlichem Raum für Familien beigemessen.

Fasst man die verschiedenen Aspekte der Begründungen und Kommentare der Expertinnen und Experten zusammen wird offensichtlich, dass die soziale Durchmischung, die Verkehrsreduktion, die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Familienverträglichkeitsprüfung für Bau-, Infrastruktur- und Verkehrsvorhaben ein zentrales Anliegen für die Förderung der «Familienstadt Bern» darstellen.

Die hohe Bewertung des Ziels «Infrastruktur für Familien verbessern» in der ersten Befragungsrunde verdeutlichte, dass Ziele, die auf eine Verbesserung der Infrastrukturen für Familie abzielen, bedeutsam für die städtische Familienpolitik sind. Aus diesem Grund wurde in der zweiten Befragung ausführlicher auf diese Thematik Bezug genommen.

Dabei wurde offensichtlich, dass die Ziele, die eine Verkehrsreduktion sowie eine Verstärkung der Politik für erschwingliche Familienwohnungen für die Familienpolitik der Stadt Bern anstreben, als bedeutsam angesehen werden. Aus der Auswertung der von den Befragten selbst formulierten Ziele und Massnahmen der ersten Befragungsrunde geht hervor, dass die Förderung der Sicherheit in der Stadt Bern ein bedeutsamer Aspekt für die Familienpolitik darstellt. In der zweiten Befragungsrunde wurde der Aspekt der Sicherheit aufgegriffen und als vorgegebenes Ziel formuliert. Interessanterweise wurden die beiden Ziele «Überfälle im öffentlichen Raum verhindern» und «das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöhen» als vergleichsweise weniger relevant für die städtische Familienpolitik eingereiht. ■

25 Zwischenfazit

Zwei Dimensionen seien in Bezug auf die bisherigen Ausführungen im Politikfeld «Bern als Familienstadt fördern» zusammenfassend hervorgehoben:

Erstens hängt eine Profilierung Berns als Familienstadt von der **Familienfreundlichkeit der städtischen Wohninfrastruktur und Wohnumgebung** ab.

Die städtische Wohnbaupolitik ist sich der Problematiken hinsichtlich der Wohnsituation von Familien in Bern durchaus bewusst. Die Formulierung der Legislaturziele 2005-2008 des Gemeinderates, die von der Abteilung Stadtentwicklung vorgenommenen Studien sowie verschiedene Fördermassnahmen, die in den letzten Jahren ins Auge gefasst worden sind, legen Zeugnis davon ab. Das Festhalten an deren dezidiertem Umsetzung, ist eine Herausforderung, die es in Zukunft weiter zu verfolgen gilt.

Die befragten Expertinnen und Experten erachten folgende Massnahmen als besonders relevant:

- Der Wohnraum für Familien soll bedarfsorientiert gefördert werden: Wichtig ist dabei insbesondere die Verfügbarkeit von «Familienwohnungen», d.h. von Wohnungen, die erschwinglich, aber auch genügend gross sind
- Das Wohnumfeld für Familien soll weiter verbessert werden: Es besteht insbesondere Bedarf an einem Ausbau der Spiel- und Bewegungsräume, aber auch an mehr Freizeitangeboten für Kinder
- Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit in der Stadt ist ein wichtiges familienpolitisches Anliegen: die Förderung des öffentlichen Verkehrs und die Prüfung von Massnahmen zur Verkehrsreduktion in der Stadt (wie etwa dem Road Pricing) erscheinen hier sinnvoll
- Ein interessantes Förderinstrument für familienfreundliches Wohnen könnte die Einführung einer Familienverträglichkeitsprüfung für Bau-, Infrastruktur- und Verkehrsvorhaben darstellen.

Die zweite wichtige Dimension betrifft die **Förderung der sozialen Durchmischung** (der sozialen Schichten, Nationalitäten, Generationen). So bewerten auch die befragten Experten und Expertinnen die soziale Durchmischung als grundlegendes öffentliches Gut und schätzen deren Ausbau als wichtigstes Ziel in diesem Politikfeld ein. Eine soziale Durchmischung soll mittels raumplanerischer und ordnungspolitischer Instrumente gesteuert werden.

Gleichzeitig scheint eine kritische Betrachtung hinsichtlich der Realisierbarkeit dieses stadtentwicklerischen Ziels durchaus gerechtfertigt und eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Konzept wünschenswert zu sein. Die Sozialraumanalysen der Stadt Bern zeigen auf, dass sich gerade die statushohen Bevölkerungsgruppen in Bern am meisten abschotten und es offenbar unter allen Status- und Lebensstilgruppen Strategien gibt, «den anstrengenden Umgang mit der Vielfalt möglichst einzuschränken».¹⁹⁷ Die räumliche Konzentration statusstiefiger Bevölkerungsschichten sowie von Angehörigen gewisser Nationalitätengruppen in bestimmten Quartieren kann zwar einerseits als «Ausdruck einer wachsenden ökonomischen, soziokulturellen, politischen und räumlichen Marginalisierung», aber auch als «Hinweis auf Beziehungsnetze und kollektive Ressourcen» interpretiert werden.¹⁹⁸ Gerade für Familien mit Kindern, deren Bindung an die Wohnumgebung oft besonders intensiv ist, kann das Vorhandensein von sozialen Netzwerken in der Nachbarschaft, in denen ähnliche Erfahrungswelten geteilt werden, durchaus vorteilhaft und sinnvoll sein. Deshalb sollte die raumplanerisch und wohnpolitisch zu organisierende Förderung der sozialen Durchmischung in einem Quartier immer auch mit der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner einhergehen. ■

¹⁹⁷ Stienen, 2007, S.46

¹⁹⁸ Stienen, 2007, S.47

Teil 6 Synthese: Zum familienpolitischen Profil der Zukunft

Die Potentiale von Familien erkennen und nutzen

Familien erbringen umfassende Leistungen für ihre Mitglieder. Sie betreuen und erziehen die Kinder und erfüllen unerlässliche Aufgaben für die Gesellschaft als Ganzes. Sie pflegen massgeblich die Beziehungen und den Austausch zwischen den Generationen, beispielsweise in der Begleitung und Betreuung betagter Eltern. Darüber hinaus nehmen sie eine Schlüsselrolle ein in der Schaffung eines gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der sozialen Durchmischung der Bevölkerung. Kinder und Eltern verschiedener Herkunft treffen in Schule und Freizeit überdurchschnittlich intensiv aufeinander. Diese Kontakte bieten ein hohes Potential für die Integration von Einwohnerinnen und Einwohnern mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund.

Insgesamt tragen Familien entscheidend zum sozialen und – in ihrer Wechselbeziehung zur Wirtschaft – auch zum ökonomischen Erfolg der Gesellschaft bei. Zwar regulieren gesellschaftliche Normen und Institutionen sowie die Gesetzgebung das Familienleben mit, doch Familien sind im kulturellen Kontext der Deutschschweiz klar dem privaten Bereich zuzurechnen. Die alltägliche Lebensgestaltung, die Erziehung, die Freizeitgestaltung usw. werden durch individuelle Entscheidungen gesteuert. Familienpolitik zielt auf Rahmenbedingungen ab, die es Familien ermöglichen, ihre Potentiale im genannten privaten Bereich zu entfalten und damit zum Wohlergehen der Gesellschaft beizutragen. Damit trägt Familienpolitik auch dazu bei, dass sich Individuen überhaupt für die Gründung einer Familie entscheiden.

Familien machen einen Teil des „Kitts« in der Gesellschaft aus. Sie bilden ein Scharnier zwischen den Kulturen und den Generationen. In der Erarbeitung dieses Familienberichtes zeigte sich, wie wichtig eine gewisse soziale Durchmischung der Bevölkerung für die Stadt Bern ist. Das Gegenbild sozialer Durchmischung sind einseitige Konzentrationen von Altersgruppen, von sozialen Schichten oder von Angehörigen bestimmter Kulturen in einzelnen Quartieren.

In der Stadt Bern besteht ein breites Angebot an Einrichtungen und Dienstleistungen, die auf die Erhaltung, Stärkung oder Kompensation des Potentials von Familien ausgerichtet sind. Für Familien, die Unterstützung brauchen, ist die Orientierung und der Zugang dazu allerdings nicht immer einfach. Nicht alle Angebote sind genügend auf die aktuelle Familienstruktur der Stadt ausgerichtet, sie werden von Familien aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen oder mit ausländischem Hintergrund noch zu wenig genutzt.

In diesem Zusammenhang stehen die folgenden familienpolitischen Massnahmen im Vordergrund:

Integration

- Die Leistungen der Familie und ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Integration des Gemeinwesens der Stadt Bern anerkennen und deklarieren.
- Soziale Netzwerke in den Stadtteilen fördern, beispielsweise für
 - Familien mit Kindern und Erwachsene ohne Kinder
 - Beteiligte verschiedener Generationen
 - Angehörige verschiedener Kulturen
 Die Gemeinwesenarbeit gezielt zum Aufbau dieser Netzwerke einsetzen.
- Die Leistungen von Familien mit Kindern für ältere Familienangehörige anerkennen und durch professionelle Dienste sowie Freiwilligenarbeit wirksam ergänzen.

Bildung

- Ausbauen der Frühförderung, um die Bildungschancen von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern zu verbessern.
- Die Volksschule weiterhin zur Integration nutzen, als ein Ort, an dem Kinder und Eltern verschiedener Kulturen und sozialer Schichten aufeinandertreffen und zusammenwirken. Erhalten der mit Schweizer- und Ausländerkindern durchmischten Klassen.
- Erhöhen der Quote der Kinder mit Migrationshintergrund, die bereits vor Schuleintritt über gute Kenntnisse der Unterrichtssprache verfügen.
- Die sprachliche Integration von Migrantinnen und Migranten weiter fördern. Konkret soll das Angebot der Deutschkurse für erwachsene Fremdsprachige finanziell unterstützt und in Kontakt mit der Arbeiterschaft ausgebaut werden.
- Freistellen fremdsprachiger Eltern mit geringen Zeit- und Geldressourcen für Sprachkurse.
- Förderung der Elternbildung, Abgabe von Gutscheinen für den Besuch dieser Angebote.
- Fortführung der Abgabe der Elternbriefe von pro juventute. Ersatzangebote für Eltern, die keine Landessprache sprechen.

Jugend

- Jugendliche sorgfältig auf den Übergang von der Sekundarstufe I in die Berufsbildung (Sekundarstufe II) vorbereiten, bei Schwierigkeiten gezielt fördern und mit Case-Management eng begleiten.
- Gender-Bewusstsein, Gemeinsinn und soziale Kompetenzen Jugendlicher mit Blick auf deren eigene Familienzukunft in Schule, Berufsbildung sowie bei kulturellen und sportlichen Freizeit-Aktivitäten fördern.
- Sportaktivitäten für die Integration jugendlicher Migrantinnen und Migranten nutzen.

Institutionen

- Die in diesem Bericht vorgestellten, auf die Potentiale und Defizite von Familien ausgerichteten Institutionen überprüfen im Hinblick darauf, ob die Angebote auch die Zielgruppen der sozial Benachteiligten und der Migrantinnen und Migranten erreichen.
- Schaffung einer niederschweligen physischen Informations- und Anlaufstelle für alle städtischen Angebote und Einrichtungen für Familien.
- Einrichten eines «Online-Familienportals», das alle Angebote für die Zielgruppe Familie übersichtlich darstellt.
- Verstärkung der fallweisen und strategischen Zusammenarbeit der verschiedenen familienpolitischen Angebote, Akteurinnen und Akteure. ■

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Angelpunkt der Familienpolitik. So orten auch die befragten Expertinnen und Experten in diesem Gebiet den grössten Handlungsbedarf für die städtische Familienpolitik der nächsten Jahre. Generell sollen die Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt und im Bereich der Kinderbetreuung in die Richtung entwickelt werden, dass sich Frauen und Männer gleichberechtigt in der Berufsarbeit und in der Kinderbetreuung engagieren können. Um diese Wahlfreiheit zu verbessern, ist einerseits ein selbstverständlich zur Verfügung stehendes, für alle Einkommen erschwingliches Angebot der Kinderbetreuung unabdingbar. Andererseits müssen dazu in der Arbeitswelt Bedingungen geschaffen werden, die Frauen wie Männern auch in Führungspositionen Teilzeitarbeit erlauben.

Ein längerer Mutterschafts- oder generell ein Elternurlaub mit garantiertem Arbeitsplatz für eine bestimmte Zeit könnte zudem die Abhängigkeit junger Eltern von der Kinderbetreuung für ihre Säuglinge reduzieren.

Wenn die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass junge Paare für die Familiengründung effektiv ein Modell der Teilung von Erwerbs- und Kinderbetreuungsarbeit wählen können, und die Geburt von Kindern nicht mehr mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Zäsur in der Berufsbiographie bedeutet, werden sie die Verantwortung für eigene Kinder eher bejahen können. Dies zeigen Erfahrungen und Zahlen aus anderen europäischen Staaten. Die erhöhte Kontinuität in den Berufsbiographien von Frauen verbessert ihre Erwerbsbeteiligung. Dies wiederum verringert ihre materiellen Risiken, z.B. bei Ehescheidungen und bei Berentungen.

Zusammengefasst sollen die folgenden Massnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern:

Gleichberechtigte Teilung der Berufs- und Familienarbeit der Elternteile

- Bereitschaft der Väter stärken, sich vermehrt in der Kinderbetreuung zu engagieren
Ausbau der Teilzeitarbeit für Männer auch in spezifischen „Männer-Berufen“.
- Einrichten von Teilzeitkaderstellen.
- Besserer Kündigungsschutz für Mütter und längerer bezahlter Mutterschaftsurlaub sowie generell Ausbau des Elternurlaubs.
- Fördern des Wiedereinstiegs von Frauen nach einer Kinderphase.
- Erhöhung der Wertschätzung für die Haushalt- und Familienarbeit, Anerkennung der dort gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen.
- Lohngleichheit fördern (wo nicht bereits realisiert).
- Öffentliche Anerkennung für familienfreundliche Unternehmungen in der Form von Auszeichnungen, Preisen usw.

Familienergänzende Betreuung

- Ausbau der Angebote. Vor allem für Kleinkinder (bis 2 Jahre) bestehen Angebotslücken.
- Betreuungsangebote im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Integration von Kindern im Vorschulalter aus bildungsfernen und fremdsprachigen Familien entwickeln und diese Familien besser über die Vorteile der familienergänzenden Betreuung informieren.
- Angebote flexibel auf den Betreuungsbedarf der Familien ausrichten (von der Vollzeitbetreuung bis zur Entlastung für einzelne Halbtage). Das Angebot auch auf unregelmässige Arbeitszeiten von Eltern ausrichten.

Finanzierung der familienergänzenden Betreuung

Für die Finanzierung sind mehr Mittel notwendig; gleichzeitig gibt es auf Kantonsebene die politische Forderung, dass das Kostenwachstum im Sozialwesen einzuschränken sei.

- Die Stadt soll eine Pionierrolle in der wissenschaftlich belegten Argumentation übernehmen, dass sich Investitionen in die familienergänzende Betreuung volkswirtschaftlich und sozialpolitisch lohnen.
- Der Ausbau der familienergänzenden Betreuung ist als Teilprojekt einer wirtschaftlichen Wachstumsstrategie zu verstehen.
- Schaffung von Anreizen für Unternehmen zur Beteiligung an Einrichtungen der Tagesbetreuung, bzw. an deren Ausbau.

Preisgestaltung der familienergänzenden Betreuung

- Schaffung eines auch für Mittelstandsfamilien tragbaren Tarifsystems, welches den konfiskatorischen Effekt der Steuer- und Tarifprogression aufhebt. Die Stadt Bern sollte dementsprechend auf die Festsetzung der Elternbeiträge – anlässlich der voraussichtlich 2010 stattfindenden Revision der kantonalen Verordnung über Angebote zur Sozialen Integration (ASIV) – Einfluss nehmen. ■

Die finanzielle Situation von Familien verbessern

Politisch besteht der Konsens, dass der Entscheid, eine Familie mit Kindern zu gründen, keine Frage des Geldes sein darf. Die Zahlen der im Frühjahr 2008 erschienenen, bisher präzisesten Studie zur materiellen Situation der Schweizer Bevölkerung zeichnen jedoch ein anderes Bild: Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern und Haushalte von alleinerziehenden Elternteilen gehören zu den Bevölkerungsgruppen, die überdurchschnittlich gefährdet sind, vorübergehend oder dauerhaft in finanzielle Probleme zu geraten.

Mit verschiedenen familienpolitischen Instrumenten wird auf Ebene des Bundes und der Kantone die finanzielle Situation von Familien abgedeckt. Die Wichtigsten sind:

- Kinderzulagen (neues Bundesgesetz ab 2009)
- Mutterschaftsversicherung (Bundesgesetz seit Mitte 2005)
- System der Familienbesteuerung auf allen Ebenen des Staates: Beispielsweise Kinderabzüge, Abzug für Kosten der familienergänzenden Betreuung, getrennte Besteuerung von Ehepaaren usw.

Da der Kanton Bern (im Unterschied zu andern Kantonen) keine Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien kennt, werden Familien mit geringen Einkommen gezwungen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. In der Stadt Bern lebt beinahe jedes achte Kind in einem Haushalt, der Sozialhilfegelder bezieht. Besonders alleinerziehende Elternteile sind ausserordentlich häufig auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Ihre Sozialhilfequote beträgt mit mehr als 27% fast das Fünffache des Durchschnittswertes aller Haushalte.

Für eine familienpolitische Einflussnahme auf die finanzielle Situation von Familien sind primär der Bund und die Kantone zuständig. So muss sich in diesem Gebiet die

städtische Politik auf das Lobbying für den Weiterausbau der Transferzahlungen von Kanton und Bund richten.

Aus den Materialien dieses Berichtes sind vier familienpolitische Massnahmen ableitbar, die aktuell die finanzielle Situation von Familien verbessern würden.

- Preispolitik der Angebote der familienergänzenden Betreuung mit der Zielsetzung verfolgen, dass die Kombination von Berufstätigkeit und Fremdbetreuung auch für Familien mit mittleren Einkommen eine Option darstellt.
- Hindernisse im Zugang zum Arbeitsmarkt für Erwerbstätige mit ausländischem Hintergrund abbauen.
- Stipendien, die es Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien erlauben, höhere Schulen zu besuchen. Bisherige Ansätze genügen nicht.
- Schaffung von Ergänzungsleistungen für Familien.

Auch für diese Handlungsfelder ist primär der Kanton zuständig. Daraus ergibt sich für die Stadt Bern wiederum die Konsequenz, dass sie als grösste Stadt im Kanton für diese Massnahmen ein Lobbying aufbaut.

Auf Ebene der Stadt sind Zuschüsse an Familien gezielt auszubauen:

- Prüfen, ob die «Kulturlegi» (Verbilligungsangebot für Sozialhilfe und EL-Beziehende) auf weitere Bevölkerungssegmente ausgedehnt werden könnte.
- Die Gratisbenützung von Freizeiteinrichtungen und Verkehrsmitteln auf dem Stadtgebiet für Berner Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre prüfen. ■

Bern als Familienstadt fördern

Das Label «Familienstadt» begründet sich vorab über die Ausstattung einer Stadt mit Infrastrukturen und sozialen Einrichtungen. Auch die geographische Lage und die Ausstattung mit nahe gelegenen natürlichen Erholungsräumen bestimmt das Gesicht einer Stadt. Für ein Urteil zur Familienfreundlichkeit sind zahlreiche weitere Faktoren ausschlaggebend: So beispielsweise der Wohnungsmarkt, das Wohnumfeld, das Angebot an Schulen, Bildung, Kultur und Freizeit und der öffentliche Verkehr. Wie im Politikfeld «Potentiale von Familien erkennen und nutzen» spielt auch hier das Kriterium «Förderung der sozialen Durchmischung» eine wichtige Rolle. Die Segregation der sozialen Schichten auf dem Stadtgebiet ist zu vermeiden.

Wohnen und Wohnumfeld

Langjährige Forderungen haben weiterhin Gültigkeit:

- Bedarfsorientierte Förderung des Wohnraumes für Familien: Erhöhen der Verfügbarkeit von Wohnungen, die erschwinglich, aber auch genügend gross sind.
- Wohnumfeld familienfreundlich ausgestalten und weiter ausbauen (Spielräume, Freizeitangebote); dabei auf Bedürfnisse der Kinder Rücksicht nehmen.
- Gewährleisten der Verkehrssicherheit, Fördern des öffentlichen Verkehrs.
- Abbauen von verkehrsbedingten Beeinträchtigungen des Wohnumfeldes von Kindern.
- In ausgewählten Bereichen – bei der Ausgestaltung von Verkehrsprojekten, der Gestaltung öffentlicher Räume und Gebäude, der Planung von Wohnsiedlungen – eine Familienverträglichkeitsprüfung einführen.

Durchmischung der Bevölkerung als öffentliches Gut

- Die Durchmischung der verschiedenen sozialen Schichten und der in- und ausländischen Bevölkerung erhalten, bzw. fördern.
- Wohnraum mit unterschiedlichen Preisniveaus in einem Quartier/Stadtteil.
- Zugangshindernisse auf dem Wohnungsmarkt für Familien mit ausländischem Hintergrund abbauen.
- Nachbarschaftliche Netzwerke in einem Quartier als Ressource erkennen. Dabei auch Potentiale der räumlichen Nähe von Menschen mit ähnlichen Erfahrungswelten berücksichtigen.

Sicherheit im öffentlichen Raum

- Allgemeines Gefühl der Sicherheit im öffentlichen Raum fördern. Dabei spezifische Bedürfnisse von Eltern und Kindern berücksichtigen.
- Mit präventiven Massnahmen neuralgische Brennpunkte entschärfen und sie kinder- und familienverträglich machen.

Information und Marketing für die Familienstadt Bern

- Umbenennung des Jugendamts, das viele für Familien wichtige Dienstleistungen anbietet, in Amt für Jugend und Familie.
- Die Vorteile und Attraktivität der Familienstadt Bern mit einem Online-Portal für Familien im Sinn von Stadtmarketing deutlicher sichtbar machen. ■

Teil 7 Zehn familienpolitische Empfehlungen für die Stadt Bern

1. Die Stadt Bern anerkennt die Leistungen von Familien für ihre Mitglieder und deren Bedeutung für das städtische Gemeinwesen insbesondere für den sozialen Zusammenhalt, die Partizipation und die Integration der verschiedenen Gruppen der Einwohnerschaft.
2. Die Stadt Bern respektiert die private Lebenswelt der Familien. Gleichzeitig stärkt sie durch optimale Rahmenbedingungen die Leistungen von Familien. Die Stadt unterstützt gezielt Familien in schwierigen Lagen. Sie fördert Kinder in sozial benachteiligten und schlecht integrierten Familien möglichst früh.
3. Die Stadt Bern zielt auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit der zahlreichen Institutionen, die für Familien tätig sind. Sie bietet ihnen eine Plattform für den gemeinsamen Auftritt und für eine gute Information der Bevölkerung. Besonderes Augenmerk richtet sie auf die Information derjenigen Bevölkerungsgruppen, welche die Angebote nicht oder nur teilweise kennen und nutzen.
4. Die Stadt Bern schafft mit der Umbenennung des Jugendamts ein Amt für Jugend und Familie.
5. Die Stadt Bern fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf primär durch den weiteren Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung. Wegen des kurzen Mutterschaftsurlaubs und mangels Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie für eine bestimmte Zeit, werden in den nächsten Jahren vor allem Plätze für Kleinkinder geschaffen.
6. Als Arbeitgeberin und Leistungsvertragspartnerin fördert die Stadt Bern weiterhin die Teilzeitarbeit für Männer und schafft Rahmenbedingungen, welche Männern die Übernahme einer neuen, erweiterten partnerschaftlichen Rolle in Erziehung und Haushalt ermöglichen. Sie unterstützt familienfreundliche Unternehmungen ideell durch öffentliche Anerkennung in der Form einer Auszeichnung oder eines Preises.
7. Die Stadt Bern kennt die wirtschaftliche Situation der Familien und unterstützt arme Familien im Rahmen der übergeordneten Gesetze und Richtlinien. Sie schafft Anreize für die Erwerbstätigkeit von Eltern und setzt sich bei Kanton und Bund für den Ausbau des Transfers zu Gunsten von Familien ein.
8. Die Stadt Bern nutzt ihren kleinen finanzpolitischen Spielraum für Familien optimal und prüft den Ausbau von bestehenden und die Möglichkeit weiterer Zuschüsse und Vergünstigungen an Familien wie beispielsweise die Kulturlegi oder Ausbildungsbeiträge an Jugendliche und junge Erwachsene. Die Tarife der familienergänzenden Tagesbetreuung sollten zudem für Familien mittlerer und höherer Einkommen überprüft werden, sie sollen die Nutzung der Angebote nicht verhindern.
9. Städtische Vorhaben in den Bereichen Stadt- und Quartierplanung, Verkehr, Wohnen, Wohnumfeld und Natur werden auf ihre Familienverträglichkeit überprüft. Eine gute Durchmischung der verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen und das Anliegen der öffentlichen Sicherheit sind dabei auch aus familienpolitischer Sicht wichtig.
10. Die Stadt Bern macht ihre Vorteile als Familienstadt in den Bereichen Wohnen, Wohnumfeld, Schule usw. besser bekannt. Sie errichtet ein Online-Portal für Familien und kommuniziert damit ihre Attraktivität für Familien. ■

Literaturverzeichnis

- Aebersold, D., & Belsler, K. (2006). facts & figures. *Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadt Bern*. Bern: Stadt Bern. Präsidialdirektion. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern.
- BAFFAM. Beratungsstelle für Frauen und Familien mit Migrationshintergrund. (2007). *Jahresbericht 2006*. Bern: BAFFAM. Beratungsstelle für Frauen und Familien mit Migrationshintergrund.
- Bauer, T., Strub, S., & Stutz, H. (2004). *Familien, Geld und Politik. Von den Anforderungen an eine kohärente Familienpolitik zu einem familienpolitischen Dreisäulenmodell für die Schweiz*. Zürich: Verlag Rüegger.
- Beobachter 08/2008. 18.04.2008. *Familienmonitor. Familie heisst Glück*. S.56–101.
- BFH. Soziale Arbeit. (2007). *Offerte Evaluation Schulsozialarbeit Stadt Bern*. Bern: Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit.
- BSV. Bundesamt für Sozialversicherungen. (2007). *Kinderschutz, Adressverzeichnis von Hilfs- und Beratungsstellen in der Schweiz im Zusammenhang mit Kindesmisshandlung*. In: www.bsv.admin.ch/themen/kinder_jugend_alter/kinderschutzstellen/index.html?lang=de
- Bühler, E. (2001). *Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz*. Zürich: Seismo.
- Bundesamt für Statistik. (2005). Medienmitteilung Nr.0350-0513-60. *Die Sozialhilfestatistik im Kanton Bern*.
- EDI. Eidgenössisches Departement des Inneren. (2004). *Familienbericht 2004. Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik*. Bern: EDI.
- Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF. (2005). *Die Leistungen der Familien anerkennen und fördern. Strategische Leitlinien 2010*. Bern: EKFF.
- Fritschi, T., Strub, S., & Stutz, H. (2007). *Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertageseinrichtungen in der Region Bern. Schlussbericht*. Bern: Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS.
- Fux, B. (2005a). *Eidgenössische Volkszählung 2000 – Familiäre Lebensformen im Wandel*. Neuchâtel: Soziologisches Institut, Universität Zürich und Bundesamt für Statistik.
- Fux, B. (2005b). *Familiäre Lebensformen im Wandel*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik (BFS).
- Fux, B., & Bertschiner, A. (o.J.). *Zusammenfassender Bericht über die schweizerische Delphi-Studie zuhanden der Teilnehmer an der Befragung*. Zürich: Dialog – population policy acceptance study.
- Gächter, E. (2002). *Die Motive der umziehenden Personen. Befragung Oktober-November 2000*. Bern: Stadt Bern, Präsidialdirektion, Statistikdienste.
- Gächter, E. (2005a). *Kurzbericht Eidg. Volkszählung 2000: Haushaltungen und Familien in der Stadt Bern*. Bern: Stadt Bern, Präsidialdirektion, Statistikdienste.
- Gächter, E. (2005b). *Sozialraumanalysen 1990/2000. Stadt/Region Bern*. Bern: Stadt Bern, Präsidialdirektion, Statistikdienste.
- Häder, M. (2002). *Delphi-Befragungen. Ein Arbeitsbuch*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hügli, S. (2007, 12.11.2007). Referat Gemeinderat Stephan Hügli, Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie. *Paper für Medienkonferenz Suchtpolitik der Stadt Bern 2007–2012 vom November 2007*.
- Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen (isa). (2007). *Jahresbericht 2006*. Bern: isa. Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen.
- Iten, R., Stern, S., Menegale, S., Filippini, M., Banfi, S., Piro, D., et al. (2005). *Wie viele Krippen und Tagesfamilien braucht die Schweiz? Kurzfassung der NFP52-Studie «Familienergänzende Kinderbetreuung in der Schweiz: Aktuelle und zukünftige Nachfragepotentiale»*. Zürich: INFRAS, Mecop Università svizzera italiana, Tassinari Beratungen.
- Jans, B., Habisch, A., & Stutzer, E. (Eds.). (2000). *Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale*. Grafschaff: Vektor Verlag.
- Kanton Bern. *Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG), 860.1 C.F.R.* (2001).
- Kanton Bern. (2007). Medienmitteilung des Kantons Bern. *Änderung in der Sozialhilfeverordnung: Regierung präzisiert Bestimmung zur Berechnung der Sozialhilfe* (19.01.2007). Bern: Kanton Bern.
- Kaufmann, F.-X. (2005). *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen* (2., erweiterte Auflage ed.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kunz, R. (25.04.2008). *Die Wende ist endlich geschafft*. Der Bund, p. 21.
- Marty, I. (2007). *Eine sozialwissenschaftliche Betrachtung der Sozialraumanalysen*: Stadt Bern, Abteilung Stadtentwicklung, Wohnstadt Bern, August 2007.
- NFP52. Leitungsgruppe. (2007). *Impulse für eine politische Agenda aus dem Nationalen Forschungsprogramm Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen*. Bern: Schweizerischer Nationalfonds.

- Olibet, E. (2007, 12.11.2007). *Suchtpolitik der Stadt Bern 2007–2012: Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen*. Paper für Medienkonferenz Suchtpolitik der Stadt Bern 2007–2012
- Sozialamt. (2007). *Sozialamt, Produktgruppenrechnung 2007. Version 6 (nach Delegationsgespräch)*. Stand: 29. Juni 2007 (No. 310). Bern: Sozialamt.
- Stadt Bern. (o. J.). *Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. Teil Kinder/Text für Kinder*. Bern.
- Stadt Bern. (2008). *Jahresbericht 2007. Produktgruppen-Rechnung. Band 2*. Bern: Finanzverwaltung der Stadt Bern und Stadtkanzlei der Stadt Bern.
- Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung. (2007). *Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern. Berichtsjahr 2005*. Bern: Stadt Bern, Präsidialdirektion, Abteilung Stadtentwicklung.
- Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung. (2008). *Neubauwohnungen in der Stadt Bern und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Kurzbericht*. Bern: Stadt Bern, Präsidialdirektion, Abteilung Stadtentwicklung.
- Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung. (November 2005). *Wohnstadt Bern. Informationen zur aktuellen Wohnbaupolitik*. Bern: Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung.
- Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung. (November 2006). *Wohnstadt Bern. Informationen zur aktuellen Wohnbaupolitik der Stadt Bern*. Bern: Stadt Bern. Abteilung Stadtentwicklung.
- Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport. (2006). *BSS-Strategie. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport: Was sie will, was sie tut*. Bern.
- Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport. (2007a). *Jahresstatistik 2006*. Bern: Stadt Bern, Direktion für Bildung Soziales und Sport, Jugendamt, Bereich Ambulante Jugendhilfe.
- Stadt Bern. Direktion für Bildung Soziales und Sport, Jugendamt (2007). *Produktgruppenrechnung 2006*. Bern: Jugendamt Bern.
- Stadt Bern. Direktion für Bildung, Soziales und Sport (2007). *Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern. Bestandesaufnahme, Zielsetzungen und Massnahmen*. Bern: Stadt Bern – Direktion für Bildung, Soziales und Sport.
- Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann. (2007). *Strategie zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadt Bern. Ziele und Schwerpunkte 2008–2015* (unveröffentlichtes Dokument).
- Stadt Bern. Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann. (2008). *Aktionsplan Gleichstellung* (unveröffentlichtes Dokument).
- Stadt Bern. Gemeinderat. (2005). *Legislaturrichtlinien 2005–2008*. Bern: Stadt Bern, Gemeinderat.
- Stadt Bern. Gemeinderat. (2008). *Sozialbericht 2008*. Bern: Direktion für Bildung, Soziales und Sport.
- Stadt Bern. Stadtplanungsamt. (2007). *Bauliche Stadtentwicklung Wohnen. Künftige Planungsstrategie zum Wohnungsbau*. Bern: Stadt Bern, Präsidialdirektion, Stadtplanungsamt.
- Städteinitiative Sozialpolitik. (2008). *Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2007*.
- Stienen, A. (2007). *Sozialräumliche Stadtentwicklung in Bern. Eine Interpretation der Sozialraumanalyse am Beispiel ausgewählter Quartiere*. Bern: Stadt Bern, Präsidialdirektion, Abteilung Stadtentwicklung.
- Strohmeier, K. P. (2002). *Family policy – How does it work?* In F.-X. Kaufmann, A. Kuijsten, H.-J. Schulze & K. P. Strohmeier (Eds.), *Family life and family policies in Europe. Problems and issues in comparative perspective* (pp. 321-362). New York: Oxford, University Press.
- Strohmeier, K. P., Schultz, A., Schulze, H.-J., Strohmeier, H., Perek-Bialas, J., & Kangas, O. e. a. (2006). *Familienpolitik im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der lokalen und regionalen Familienpolitik in NRW, den Niederlanden, Dänemark und Polen. Endbericht*. Bochum/Amsterdam: Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung.
- Strohmeier, K. P., Schultz, A., & Strohmeier, H. (2005). *Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderungen*. Bochum: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Wanner, P., & Gabadinho, A. (2008). *Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand*. Bern: EDI, Eidgenössisches Departement des Inneren.
- Wyler, S. (12.06.2008). *Höhere Kinderzulagen*. Der Bund, p. 28. ■

Liste der zur Erarbeitung des Familienberichtes befragten Expertinnen und Experten

Frau Dr. med.	Ursula Ackermann	Leiterin Gesundheitsdienst der Stadt Bern
Frau	Désirée Aebersold	Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern
Herr	Thomas Balmer	Pädagogische Hochschule, Institut für Weiterbildung
Herr	Thomas Beyeler Moser	Fachstelle UND, Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen, Zürich
Herr	Osman Besic	Schweizerisches Rotes Kreuz, Departement Gesundheit und Integration
Frau	Birgit Bögli-Jankowski	UBS AG, Personalabteilung, Teamleiterin HR Beratung Nachwuchs Mittelland
Frau	Regula Buchmüller	Leiterin Abteilung Stadtentwicklung der Stadt Bern
Frau	Cristina Camponovo	Jugendamt der Stadt Bern, Bereichsleiterin ambulante Jugendhilfe
Herr Dr.	Pascal Coullery	Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
Frau	Susana Fankhauser-Pérez de León	Fachkommission für Integration der Stadt Bern
Herr Prof. Dr.	Beat Fux	Universität Zürich, Soziologisches Institut
Frau	Silvia Gfeller	Pädagogische Hochschule, Institut für Weiterbildung
Frau	Irene Hänsenberger	Leiterin Schulamt der Stadt Bern
Herr Dr.	Michael Hohn	Leiter Sozialamt der Stadt Bern
Frau	Eva Jaisli	PB Swiss Tools GmbH, Werkzeugfabrik
Frau Prof.	Véréna Keller	Haute Ecole de travail social et de la santé Vaud, Ecole d'études sociales et pédagogiques (éésp)
Herr Dr.	Carlo Knöpfel	Caritas Schweiz
Frau	Renate Kohler	Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern, Generalsekretärin
Frau	Béatrice Landolt	Loeb AG Bern, Human Resources
Herr Prof. Dr.	Ueli Mäder	Universität Basel, Institut für Soziologie
Frau Dr.	Lucrezia Meier-Schatz	Geschäftsführerin Pro Familia Schweiz, Nationalrätin
Frau	Heidi Rüesch	Jugendamt der Stadt Bern, Bereichsleiterin Tagesstätten für Schulkinder
Frau	Barbara Ruf	Kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau	Anna Paula Sardenberg	Fachkommission für Integration der Stadt Bern
Frau Prof. Dr.	Shirin Sotoudeh	Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit
Herr Prof. Dr.	Martin Stähli	Berner Fachhochschule, Direktor Departement Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit
Herr Dr.	Marc Stampfli	Bundesamt für Sozialversicherungen
Frau	Andrea Trochsler	Teamleiterin Mütter-/Väterberatung Bern Stadt
Herr	Thomas Weber	Abteilung Stadtentwicklung der Stadt Bern, Statistikdienste
Frau	Franziska Zimmermann-Rohr	Leiterin Personalamt der Stadt Bern

Liste wichtiger Beratungsangebote für Familien auf dem Platz Bern

Institution	Dienstleistungen, Tätigkeitsbereich	Adressatenkreis	Trägerschaft
147 – Telefonhilfe für Kinder und Jugendliche	Beratung	Kinder, Jugendliche	
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	Beratung/Information zu Beistandschaften, Vaterschaftsregelung, Unterhaltsbeiträge, gemeinsame elterlich Sorge, Erbschaftsangelegenheiten	Eltern, Kinder, Jugendliche, Fachstellen	Stadt Bern
Beratungsstelle Ehe-Partnerschaft-Familie	Beratung	Familien, Paare	Kirche
Berner Gesundheit (BeGes), Stiftung für Gesundheitsförderung und Suchtfragen	Unterstützung und Beratung in Suchtpräventionsangelegenheiten. Therapie. Gruppenangebote, Coaching, Schulung u. a. m..	Erziehungsverantwortliche, Schulen, Gemeinden, Betriebe, Menschen mit Suchtproblemen, Angehörige	Verein/Stiftung
Bernische Stiftung Efenau	Hilfen für Alleinerziehende	Alleinerziehende, Familien	Verein/Stiftung
Blaues Kreuz Fachstelle für Suchtprävention	Fachstelle für Suchtprävention, Beratung und Begleitung bei Alkoholproblemen	Jugendliche, Familien, Angehörige etc.	Verein/Stiftung
Caritas Bern	neue Armut, Einelternfamilien, Wohnungsnot, Flüchtlingsdienst, Integration und Migration, Überbrückungshilfen in Not situationen	Familien, Migrantinnen und Migranten	Verein/Stiftung
Contact, Jugend-, Eltern- und Suchtberatung des Contact Netz	Beratung bei persönlichen und suchtmittelbedingten Problemen; Information über Suchtmittel, rechtliche Fragen, Ausbildung, Beruf; Mithilfe bei der Organisation von Entzugsprogrammen, Vermittlung von Rechtshilfe, Psychiaterinnen, Psychiatern, Therapie, Methadongestützte Behandlung (MeTz)	Jugendliche, Eltern, Familien, Arbeitgeberinnen, Arbeitgeber, Lehrerinnen und Lehrer, Fachstellen	Verein/Stiftung
Ehe- und Familienberatung Bern – Fachstelle für Beziehungsprobleme	Beratung	Kinder, Jugendliche, Familien	Verein/Stiftung
Fachstelle Spielraum	Beratung und Planung für kindergerechte Aussenräume	Eltern, Fachstellen	Verein
Fachstelle UND – Familien- und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer.	Beratung, Kurse für Eltern, Väter, Betriebe zum Thema Vereinbarkeit, Elternschaft	Frauen, Männer, Eltern	Verein/Stiftung
Frauengesundheitszentrum	Psychologische, psychosoziale, medizinische Betreuung und Beratung	Frauen	Verein/Stiftung
Frauenhaus Bern	Stationäre Beratung/Betreuung	Frauen, Kinder/Jugendliche	Verein/Stiftung ▶

Institution	Dienstleistungen, Tätigkeitsbereich	Adressatenkreis	Trägerschaft
Frauzentrale Bern	Beratungsstelle für Frauen	Frauen	Verein/ Stiftung
FRAW Frau – Arbeit – Weiterbildung	Weiterbildung, Coaching, Laufbahn	Frauen	
Gesundheitsdienst der Stadt Bern	Schulärztliche und schulsoziale Abklärungen und Beratungen. Information zu gesundheitlichen Fragen, Prävention.	Kinder, Jugendliche, Eltern	Stadt Bern
Info Jugendamt	Informationen zu allen Themen, die Kinder, Jugendliche und Familien betreffen; insbesondere auch familienergänzende Tagesbetreuung	Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachpersonen	Stadt Bern
INFRA	Rechtsfragen, Sozialhilfe, Ausländerrecht, Scheidung/Trennung	Frauen	Verein/ Stiftung
Jugendamt der Stadt Bern (Beratungsstellen Bern Stadt und Bern West)	Beratung/Betreuung/Information bei erzieherischen und familiären Schwierigkeiten. Abklärung von Gefährdungsmeldungen. Einleitung von Kinderschuttmassnahmen. Vermittlung von Sachhilfe. Platzierungsberatung.	Eltern, Kinder, Jugendliche, Erziehungspersonen, Fachstellen etc.	Stadt Bern
Kantonale Erziehungsberatung Bern und jugendpsychiatrische Poliklinik Bern	Abklärung, Beratung, Betreuung, Behandlung und Begutachtung von Kindern und Jugendlichen, therapeutische Interventionen, Lebenshilfe und Notfallhilfe	Eltern, Kinder, Jugendliche, Fachpersonen	Kanton Bern
Kinderklinik Bern –Kinderschutzgruppe	Beratung/Betreuung	Kinder, Jugendliche, Eltern	Kanton Bern
Kindernotaufnahmegruppe KINOSCH	Kriseninterventionsstelle, Notplatzierungen	Kinder von 6 – 13 Jahren	
Koordinations- und Anlaufstelle Häusliche Gewalt	Freiwillige Beratung und Hilfestellung bei häuslicher Gewalt	Einwohnende Stadt Bern	Stadt Bern
Lantana – Fachstelle für Opferhilfe bei sexueller Gewalt	Beratung/Betreuung	Opfer sexueller Gewalt	Verein/ Stiftung
Mütter-Väter-Beratung	Beratung und Begleitung von Eltern von Säuglingen und Kleinkindern	Eltern	Verein
Notaufnahmegruppe für Jugendliche NAG	Kriseninterventionsstelle für Jugendliche; Aufnahme und Beratung rund um die Uhr	Jugendliche ab 14	Stadt Bern
Opferhilfe	Beratung/Betreuung	Gewaltopfer	Verein/ Stiftung
Pflegekinder-Aktion Bern	Beratung/Vermittlung im Bereich Pflegeverhältnisse	Familien Pflegefamilien	Verein/ Stiftung ▶

Institution	Dienstleistungen, Tätigkeitsbereich	Adressatenkreis	Träger- schaft
Pflegekinder-Aktion Bern	Beratung/Vermittlung im Bereich Pflegeverhältnisse	Familien Pflegefamilien	Verein/ Stiftung
Pro juventute Bern	Ausbildungsbeiträge, finanzielle Überbrückungshilfen, Information	Eltern, Kinder und Jugendliche	Stiftung
Schulsozialarbeit	Beratung von Schülerinnen, Schülern und Eltern	Kinder, Jugendliche und Eltern aus der Stadt Bern	Stadt Bern
Seelsorgestelle für Ehe, Familien und Lebensfragen	Beratung/Betreuung	Familien, Paare	Kirche
Sozialdienst	Beratung und Betreuung. Vermittlung finanzieller Unterstützung	Erwachsene mit Wohnsitz in der Stadt Bern	Stadt Bern
Stiftung Familienhilfe	Unterstützung in Notsituationen, finanzielle Beratung Finanzierung, bzw. Unterstützung von Erholungsurlaub, Familienferien, Freizeitgestaltung der Kinder, Aus- und Weiterbildung.	Familien, Alleinerziehende	Verein/ Stiftung
Stipendienfonds für Alleinerziehende, Verband alleinerziehender Mütter und Väter	Beiträge an die Finanzierung von Grund- und Weiterbildungen und von beruflichen Umorientierungen. Hilfe bei Aufbau einer gesicherten Existenz ohne Sozialhilfe.	Familien, Alleinerziehende	Verein/ Stiftung
UPD – Kinder- und jugend-psychiatrische Poliklinik	Ambulante Beratung/Betreuung	Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachstellen	Kanton Bern
Zentrum für Familienplanung, Verhütung und Schwangerschaftskonfliktberatung	Information Beratung	Jugendliche und Erwachsene	Insel- spital

Ergebnisse Bevölkerungsbefragung 2007

Thema: Lebensqualität**«Was gehört für Sie zur Lebensqualität?»**

Mehrfachantworten, Reihenfolge nach meistgenannten Antworten

%

	Personen in Haushaltung mit Kind (N=191)	Personen in Haushaltung ohne Kind (N=781)	Total (N=972)
Wohnumfeld	33.5	32.0	32.3
Umwelt	27.2	30.5	29.8
Persönliche Gesundheit, Wohlbefinden	25.1	25.5	25.4
Geld, finanzielle Sicherheit	18.8	16.6	17.1
Sicherheit vor Kriminalität	14.7	17.3	16.8
Wohnung	11.5	15.1	14.4
Arbeit	13.1	10.5	11.0
Kulturelles Angebot	8.4	11.1	10.6
Grünanlagen, Erholungsraum, Natur	11.0	9.3	9.7
Familie	17.3	5.9	8.1
Freizeit	11.0	7.4	8.1
Infrastruktur	5.2	6.3	6.1
ÖV	7.3	5.2	5.7
Freunde	5.2	5.4	5.3
Selbstbestimmung, Freiheit	3.7	4.6	4.4
Sauberkeit	2.1	4.0	3.6
Bildung	6.8	2.2	3.1
Ausgelmöglichkeiten	2.6	3.1	3.0
Ernährung	3.7	2.6	2.8
Weiteres	23.6	24.2	24.1

Quelle: Statistikdienste der Stadt Bern, Bevölkerungsbefragung 2007

Ergebnisse Bevölkerungsbefragung 2007

Thema: Beurteilung politischer Massnahmen**«Wird Ihrer Meinung nach in der Stadt Bern in den folgenden Bereichen zu wenig oder zu viel getan oder ist es gerade richtig?»****%**Personen in Haushalt **mit Kind** (N=196), Nennungen in Prozent

	zu wenig	gerade richtig	zu viel
Massnahmen			
– zur Verkehrsberuhigung	45.4	34.7	19.9
– für die öffentliche Sicherheit	28.7	52.8	18.5
– zur Schaffung von Arbeitsplätzen	51.1	43.8	5.1
– zur Förderung der Wirtschaft	36.5	44.8	18.8
– gegen den Drogenmissbrauch	56.1	36.9	7.0
– zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung	45.7	40.3	14.0
– zur Verbesserung der Umweltsituation (Lärm, Luft, Gestank)	44.6	44.6	10.8
– zur besseren Gestaltung der Innenstadt und der Quartieren	22.8	51.8	25.4
– zur Förderung von Familien	63.5	30.2	6.3
– zur Förderung von Jugendlichen	55.4	35.9	8.7

Personen in Haushalt **ohne Kind** (N=802), Nennungen in Prozent

	zu wenig	gerade richtig	zu viel
Massnahmen			
– zur Verkehrsberuhigung	34.2	39.0	26.8
– für die öffentliche Sicherheit	37.2	50.9	11.9
– zur Schaffung von Arbeitsplätzen	48.5	43.4	8.2
– zur Förderung der Wirtschaft	33.8	48.4	17.8
– gegen den Drogenmissbrauch	63.2	25.3	11.5
– zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung	40.1	39.3	20.6
– zur Verbesserung der Umweltsituation (Lärm, Luft, Gestank)	41.6	46.0	12.4
– zur besseren Gestaltung der Innenstadt und der Quartieren	23.6	53.2	23.2
– zur Förderung von Familien	41.5	46.1	12.4
– zur Förderung von Jugendlichen	53.2	35.5	11.3

Quelle: Statistikdienste der Stadt Bern, Bevölkerungsbefragung 2007